

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1.10 Mark monatlich, 1.10 Mark vierteljährlich, 3.30 Mark halbjährlich, 6.60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. Haldt außer Montag.

Die Inertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgefallene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 9. Mai 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das heutige Zentrum.

II.

Mit dem Kapitalismus erlangte zugleich der ländliche Großgrundbesitz steigende Bedeutung in der Zentrumspartei. Zur Zeit des Kulturkampfes hatte sich der liberale Adel und Grundbesitz teils aus religiösen Gründen, teils aus dem Gefühl heraus, im Staatsdienst nicht die gleiche Berücksichtigung zu finden wie das evangelische Junkertum, dem Zentrum angeschlossen. Als dann infolge der ausländischen Getreidekonkurrenz die Agitation für die Einführung von Agrarzöllen stetig an Ausdehnung gewann, wurde auch der katholische adelige und nicht-adelige landwirtschaftliche Grundbesitz in den Strudel hineingezogen. Sollte das Zentrum diese Schichten nicht verlieren, mußte es ihren Forderungen Rechnung tragen. Es tat dies und behielt dadurch nicht nur den katholischen Adel, sondern besetzte auch im bäuerlichen Grundbesitz seine Stellung, gelangte dafür aber in steigendem Maße unter die Botmäßigkeit seiner agrarischen Elemente, so daß es sich bei den letzten Sozialkämpfen bereits gezwungen sah, die Lebensinteressen der Zentrumsarbeitererschaft einfach den Voll- und Proletariatsparteien der katholischen Agrarier aufzuopfern.

Trotz seiner kapitalistischen Politik suchte natürlich das Zentrum die Mittelstände und selbst die Arbeitererschaft möglichst festzuhalten, da es deren Stimmen bei der Reichstagswahl brauchte. Dem kleineren Mittelstand bot es Handwerker- und Innungsgesetze sowie einzelne Mittelschichten gegen die Uebermacht der großen Industrie, den Arbeitern zunächst sozialpolitische Gesetze. Je mehr aber der industrielle und landwirtschaftliche Kapitalismus im Zentrum erstarkte, desto schmaler wurden die sozialpolitischen Rationen für die Arbeiter, bis sie schließlich in den letzten Jahren ganz wegfielen. Wenn trotzdem die christliche Arbeitererschaft noch immer von der Tradition des Kulturkampfes zehrt, so liegt der Grund hierfür ausschließlich in dem religiösen Einfluß. Das Zentrum will zwar keine konfessionelle, es will eine politische Partei sein; doch das ist bloßes Spiel mit Worten. Kein konfessionelle Parteien sind überhaupt nicht mehr möglich, weil die Religion keinen reinen Ausdruck der Klassenschichtung mehr darstellt. Und doch ist heute mehr denn je das Zentrum als politische Partei, die die heterogensten Wirtschaftsklassen umfaßt, nur möglich auf religiöser Basis. Sollen die unversöhnlichen Interessen, soll die unversöhnliche Ethik von Kapital und Arbeit in der Klassengesellschaft auf eine gemeinsame Formel gebracht werden, so kann das nur eine dogmatische sein, die die kapitalistische Ethik zur göttlichen und den kapitalistischen Willen zum Gotteswillen macht. Ohne die religiöse Ideologie, ohne die Betonung der Scholastik hätte das Zentrum die Arbeiter lange verloren.

Die christlichen Arbeiter des Zentrums sind, soweit sie sich als Arbeiter fühlen, die einzige Gruppe im Zentrum, die es mit Demokratie und Wahlrecht ehrlich meint, auf Grund ihrer Klassenlage ehrlich meinen muß. Für die herrschenden Klassen des Zentrums Anlaß genug: diesen Instinkten mit Nachdruck entgegenzuwirken. Den Organisationstrieb der Arbeiter gegen das Kapital suchte es zu lähmen, indem es ihn oberflächlich in einer falschen den Klasseninteressen der Arbeitererschaft widersprechenden Weise befriedigte. Mit der Empfehlung der Patronage belgischer und französischer Fabrikanten begann man; dann wurden konfessionelle Arbeitervereine gegründet und später, als das Berufsinteresse gebieterisch Verdrängung heischte, Fachsektionen in ihnen errichtet. Schließlich willigte man mit jüdischer Miene in interkonfessionelle Gewerkschaften. Je weiter aber der Organisationsgedanke seine Basis steckte, je mehr er seinen demokratischen Kern enthüllte, um so energischer ward versucht, unter Zuhilfenahme der päpstlichen Lehrgewalt den Sinn des Wortes „Demokratie“ zu fälschen. Schon Leo XIII. unterschob ihm eine Auslegung, die eine Farce auf den Begriff Demokratie und ein Hohln auf den Klassenkampf bildet, in den auch, oft halb widerwillig, die christlichen Gewerkschaften mehr und mehr hineingezogen werden.

Nun lese, was der Papst in seiner Enzyklika vom 18. Januar 1901 schreibt:

„Darum darf der christlichen Demokratie nichts heiliger sein, als die Gerechtigkeit; das Gewerbe- und Beschäftigungsrecht muß sie für unantastbar erklären; sie achtet den Unterschied der Hände, die da für ein geordnetes Staatsleben wahrlich notwendig sind... Demnach ist es klar, daß die Sozialdemokratie und die christliche Demokratie nichts mit einander gemein haben... Es ist verwerflich, dem Namen „christliche Demokratie“ einen politischen Sinn unterzulegen zu wollen. Freilich bedeutet das Wort „Demokratie“ nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch und nach seiner Ableitung Volksherrschaft; im vorliegenden Fall jedoch ist jede politische Vorstellung ausgeschlossen, es bedeutet eben nur die mildtätige christliche Bewegung für die Volkswohlfahrt... Dem Gesagten entsprechend darf der Katholik, der sich zugunsten der Beschäftigten bemüht, weder praktisch noch theoretisch darauf ausgehen, eine Staatsform auf Kosten der anderen vorzuziehen und sie zur Einführung zu bringen. Auch ein anderer Mißgriff muß von der christlichen Demokratie vermieden werden. Sie darf nicht nur, um den Vorwurf

zu verdienen, sie wende dem Volke der niederen Stände dermaßen ihre Sorge zu, daß die höheren Stände von ihr vernachlässigt werden. Die Leistungen der letzteren sind doch sicherlich für die Erhaltung und Vervollkommnung des Staatswesens von nicht geringerer Bedeutung.“

Diese Worte sind durchaus eindeutig; sie bedürfen keiner Erläuterung. Unter dem Gesichtswinkel der päpstlichen Theologie läßt sich für eine demokratische Erweiterung des Wahlrechts nur dann eintreten, wenn man es von vornherein damit nicht ernsthaft meint und nur beabsichtigt, die Massen einzulullen, um sie später einzuseifen. Aus dem Rahmen, den Leo XIII. der christlichen Demokratie steckt, fallen schon die christlichen Gewerkschaften heraus. Sie bewegen sich bereits auf einem anderen grundsätzlichen Boden. Mehr und mehr geht man denn auch im Zentrum dazu über, die konfessionellen Vereine gegen sie auszuspielen; ihre Prinzipien als Ketzerei und Modernismus zu brandmarken. Den Bruderkrieg, den man einst in die Arbeitererschaft trug, entfesselt man in den eigenen Reihen. So wenig man mit der Organisation der Arbeiter eine Wahrung ihrer Interessen bezweckte, so wenig will man innerhalb der Partei das demokratische Gewicht ihrer Zahl.

Durch diese Entwicklung der Klassengegenstände in der Zentrumspartei stieg aber zugleich der Einfluß des Klerus, der schon in der Kulturkampfperiode die Leitungsfäden in seiner Hand zu vereinigen gewußt hatte. Nur er kann die widerstreitenden gegensätzlichen Elemente innerhalb des Zentrums zusammenhalten; nur er vermag unter Verufung auf die göttliche Autorität und die in Gottes Willen begründete Notwendigkeit der heutigen Eigentumsordnung die noch zur Zentrumsfahne haltenden katholischen Arbeiter von der Abschwertung in das sozialistische Lager zurückzuhalten.

Der Einfluß dieser inneren Machtverschiebung auf die Politik des Zentrums läßt sich seit der Beendigung des Kulturkampfes deutlich verfolgen. Mehr und mehr entwickelte es sich zur Regierungspartei, die sich einerseits im Interesse ihrer kapitalistischen Elemente der Flotten-, Kolonial-, Schutzoll- und Weltpolitik anpaßte, und die andererseits sich den reaktionärsten Wünschen der Regierung fügte, um von dieser als Entgelt schul- und kirchenpolitische Zugeständnisse für den auf Erfüllung seiner Ansprüche drängenden Klerus zu erlangen.

Es zeugte deshalb auch von einer völligen Verleugnung der Zentrumsentwicklung, als nach dem Hinauswurf des Zentrums aus der Koalition der Regierungsparteien im Dezember 1906 in einigen Blättern die Ansicht auftauchte, nun würde das Zentrum zu seinen sogenannten Kulturkampfstraditionen zurückkehren. Die Zeiten, wo das Zentrum eine demokratisch schillernde Oppositionspartei sein konnte, sind endgültig vorbei. In diese Rolle wie die einer Freundin der Wahlrechtserweiterung vermag es sich ebenso wenig mehr zu schicken, wie die Regierung in ständiger, einen neuen Kulturkampf zu führen. Die Folge des 13. Dezember ist vielmehr gewesen, daß der hohe Klerus eine noch einflussreichere Stellung im Zentrum erlangt hat als bis dahin.

Wenn heute das Zentrum für den Agrarkonservatismus eintritt und im Anschluß an diesen sein Heil sucht, folgt es demnach nur seiner inneren Natur. Die Interessen der Arbeitererschaft spielen längst keine Rolle mehr im Zentrum; der Wille des hohen Klerus und der agrarkonservativen Elemente entscheidet über seine politische Haltung.

Keine Hängebilder mehr!

Im Sommer vorigen Jahres erhielt der Genosse Oskar Ged von der „Mannheimer Volksstimme“ einen Monat Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung der deutschen Soldaten in Südwestsafrika. Ged hatte ein Bild veröffentlicht, das eine widerwärtige Massenhinrichtungsszene an Regern darstellte und nach einer in Afrika aufgenommenen Momentphotographie angefertigt war. Auf dem Bildnis waren von den erhängten Regern nur sechs zu sehen; der siebente war heruntergefallen, weil der Strick gerissen war. Ged hatte in seinem Blatt kritisiert, daß man die Vollstreckung eines standrechtlichen Kriegsurteils zu einem Sensationsstück für Schaukünstlerne und für Amateurphotographen herabwürdigt habe. In einem zweiten Artikel: „Die Angst vor der Afrikawahrheit“ hatte Ged von den Bemühungen des Staatsanwalts zur Erlangung des Originals der von der „Volksstimme“ veröffentlichten Szene einiges mitgeteilt.

Damals konnte daran nicht im mindesten gerüttelt werden, daß die schreckliche Photographiererei wirklich vor sich gegangen war, und Ged wurde auch nur wegen einiger angeblich beleidigenden Äußerungen bestraft. Dieser Prozeß hat wenigstens das Gute gehabt, daß er dem Kommandeur der Schutztruppe Gelegenheit gegeben hat, in einem Erlaß das Photographieren solcher Kulturbilder zu verbieten. Die Verfügung, von der wir eine Abschrift erhalten haben, lautet:

Kommando der kaiserl. Schutztruppe. Windhof, 8. Juni 1907. J.-Nr. 15 012.

Es ist vorgekommen, daß der Vollzug der Hinrichtung von sechs wegen Auftrags herzurückgelassenen Häftlingen von einem

Zuschauer — wahrscheinlich von einer Militärperson — photographiert und das Bild in einer deutschen Zeitung veröffentlicht worden ist.

Ich nehme hieraus Anlaß, zu verbieten, daß Gefangenentrupps oder Exekutionen von Militärpersonen photographiert werden und befehle, daß die mit der Führung oder Beaufsichtigung von Gefangenentrupps oder mit Ausführung von Exekutionen betrauten militärischen Vorgesetzten in jedem Falle besondere Anordnungen treffen, daß photographische Aufnahmen, auch seitens der Zivilpersonen, unmöglich sind.

Dieser Befehl ist allen Offizieren, Beamten, Unteroffizieren und Reiteren der Schutztruppe bekanntzugeben und bei der Anordnung von Gefangenentransporten und Exekutionen erneut in Erinnerung zu bringen.

Der Kommandeur, gez. v. Storff, Oberleutnant.

Dieser Erlaß ist ein würdiges Dokument deutsch-christlicher Zivillisation. Das Photographieren ist vorgekommen, und niemand hat daran Anstoß genommen, bis eine sozialdemokratische Zeitung diesen unerhörten Unfug beleuchtete. Erst dann begann man sich, daß man hinausgehört war, um „Kultur“ zu verbreiten, und verbot die Photographiererei. Wäre die sozialdemokratische Presse nicht eingeschritten, so hätte man höchstwahrscheinlich lustig weiter photographiert und zahlreiche „gechmackvolle“ Bilder in Deutschland, das an der Spitze aller Kulturenationen marschiert, verbreitet. Dem hat nun unsere Presse ein Ende gemacht, dafür hat Ged aber auch einen Monat hinter Gefängnismauern zubringen müssen! —

Querulantenzüchtung.

Der Württembergische Landtag ist am 6. Mai wieder zusammengetreten, nachdem er fast neun Monate vertagt war. Nachmittags kurz vor 4 Uhr eröffnete Präsident v. Payer die Sitzung, die sich bis in die späten Abendstunden ausdehnte. Zunächst gedachte der Präsident der drei verstorbenen Abgeordneten Friedrich Haußmann (Vollpartei), Lang (Bauernbund) und Roth (Soz.) Für sie treten in die Kammer ein Kugl (Vollpartei), Strödel (Bauernbund) und Reichel (Soz., 2. Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes). Die sozialdemokratische Landtagsfraktion zählt 14 Mitglieder. Das Rätlinger Mandat ist durch den Rücktritt des Genossen Seeger erledigt.

Zu ersten Sitzung lagen gleich vier Anträge zum neuen Reichsvereinsgesetz vor. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion will für Württemberg die bisherigen Freiheiten auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts soweit als möglich sicher stellen. Die Vollpartei, die Nationalliberalen und das Zentrum haben Anträge eingebracht, die sich in gleicher Richtung bewegen. Die Verlesung des vollparteilichen Antrags wurde mit lautem „Hört! hört!“ und ironischem „Bravo!“ ausgenommen. Den Anträgen wurde die „Dringlichkeit“ zuerkannt.

Im weiteren beschäftigte sich die Kammer über zwei Stunden lang mit einem „Querulanten“, einem Säger aus dem Städtchen Kalen, namens Wendelin Kurz. Der Mann kämpft seit dem Jahre 1879 um sein Recht. Zehn Jahre lang hat man den Unglücklichen als einen „im hohen Grade gemeingefährlichen psychotischen Querulanten“ ins Irrenhaus gesperrt. Und nun, nach fast dreißig Jahren, stellt sich heraus, daß der Mann kein Querulant ist, sondern nur sein gutes Recht vertreten hat. Sämtliche Behörden haben ver sagt; erst als ein Landtagsabgeordneter, Speth (Bauern Zentrum), sich der Sache annahm, stellte sich in kürzester Frist heraus, daß dem Unglücklichen bitter Unrecht geschehen ist, daß sein Leben zertrümmert und er ein Jahrzehnt im Irrenhaus vergraben wurde, weil früher mal ein Beamter sich geirrt hat und später die Behörden zu bequem waren, der Sache auf den Grund zu gehen. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Der Säger Kurz hatte im Jahre 1872 von einer Schmiedewitwe in Kalen ein Ackergrundstück mit anstehender Wiesenparzelle gekauft. Bis zum Jahre 1879 bewirtschaftete er unangefochten beide Grundstücke. Dann macht ein angrenzender Grundbesitzer Konkurs. Ein falscher Eintrag im Grundbuch besagt, daß die Wiesenparzelle des Kurz dem in Konkurs Geratenen gehöre. Kurz protestiert gegen die Wegnahme seines Eigentums. Insonst. Die Wiese wird ihm genommen und zur Konkursmasse geschlagen. Alle Beschwerden und Eingaben des Kurz wurden kurzerhand abschlägig beschieden. Schließlich wendet er sich mit einer Witschrift an den König. Die Schrift enthält eine drastische Wendung gegen einen Beamten; Kurz hat nämlich den Krieg 1870/71 mitgemacht, in Erinnerung an diese Zeiten redet er in der Witschrift von „Verschmettern“, genau so, wie Wilhelm II. von Preußen einst seinen Feinden drohte. Deshalb wird Kurz ins Irrenhaus gesperrt. Das war im Jahre 1885.

Im Jahre 1894 endlich erscheint in Stuttgart eine Broschüre, die sich mit der Angelegenheit befaßt. Kurz wird darauf in ein anderes Irrenhaus übergeführt und nach dreiwöchiger Beobachtung als ungefährlich entlassen. Der Landtagsabgeordnete Speth nimmt sich des Mannes an. Speth ist nämlich Referent über eine Eingabe des Kurz an die Kammer. Zweis Information reist Speth nach Kalen und läßt sich die alten Grundbücher anschauen. Und da stellt sich sonnenklar heraus, daß der unglückliche Kurz kein gemeingefährlicher Querulant ist, sondern daß er für sein wohlbegründetes Recht zehn Jahre lang ins Irrenhaus gesperrt worden ist.

In der Beratung sagte unser Genosse Mattutat dem Justizminister ins Gesicht, hier habe man es mit einem typischen Fall der Querulantenzüchtung zu tun. Dreißig Jahre

lang habe der Mann einen Kampf um sein gutes Recht geführt und dafür nichts erhalten als eine Einsperrung ins Irrenhaus. Wenn es dem Richterherren gelang, den Fall klarzustellen, so hätte das den Behörden erst recht gelingen müssen.

Sein Grundriss kann die Kammer dem Manne nicht wiedergeben, auch die zehn Jahre nicht, die er im Irrenhaus nicht zubringen mußten. Der Regierung wurde aber in einem Auftrage, der einstimmig zur Annahme gelangte, mit scharfen Worten gesagt, daß sie die moralische Pflicht habe, dem Unglücklichen eine angemessene Entschädigung zu gewähren.

Eulenburgs Verhaftung.

Fürst Eulenburg ist gestern nachmittags als Untersuchungsgangener in die Berliner Charité eingeliefert worden. Nach langen Erwägungen ist demnach die Staatsanwaltschaft doch zu der Ansicht gelangt, daß der Fürst Whitt des Mordmordes verdächtig ist. Gewöhnliche Sterbliche haben diese Ansicht längst gewonnen; aber für die Staatsanwaltschaft gelten nicht die Gesetze der gewöhnlichen Logik, sondern nur die der höheren juristisch-vaterländischen Logik, und überdies ist in Preußen bekanntlich die Staatsanwaltschaft so vorsichtig, daß sie nie eine Untersuchung einleitet, bis sie nicht klare Schuldbeweise gesammelt hat. Auch diesmal ist der Haftbefehl erst erfolgt, nachdem sie vorgefunden in Schloß Liebenberg die Münchener Zeugen Nibel und Ernst dem Fürsten Eulenburg gegenübergestellt hatte.

Nachdem vorgestern vormittag die beiden Zeugen hier in Berlin vom Landgerichtsrat Schmidt vernommen worden waren, wurden sie nachmittags durch einen Kriminalbeamten nach dem Stettiner Bahnhof begleitet. Sie führen gemeinsam nach Liebenberg, nachdem inzwischen Fürst Eulenburg von der bevorstehenden Gegenüberstellung benachrichtigt worden war. Der Fürst hatte deshalb seinen ärztlichen Berater Sanitätsrat Dr. Sennerich kommen lassen, während der Untersuchungsrichter den Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Hoffmann mitbrachte.

Ueber die Aussagen der Zeugen und Eulenburgs fehlt natürlich jede authentische Nachricht, doch läßt sich aus den Mitteilungen, die Nibel und Ernst einigen Zeitungs-Berichterstattern machten, deutlich erkennen, daß es dem Fürsten Whitt, dieser feinsten Blüte des preussischen Hochadels, beliebt, die Komödie des ungerechtfertigten zu spielen und dreist alle Anschuldigungen mit der nonchalanten Miene des erhabenen Grandseigneurs abzuleugnen.

Der Zeuge Nibel hat darüber einem Mitarbeiter des „Berl. Lokal-Anzeigers“ erzählt:

„Fürst Eulenburg leugnet alles, was die beiden in Münden ausgesagt, was sie gestern und heute in aller Ausführlichkeit wiederholt. Fürst Eulenburg behauptete, die beiden Zeugen gar nicht zu kennen, sie nie gesehen zu haben. Nibel sagte: „Aber, Herr Fürst, ich kenne Sie doch so gut und habe das, was ich heute hier sagte, schon achtmal wiederholt, da ist doch nichts daran zu ändern! Ich kann dies doch nicht aus der Luft greifen!“ Darauf habe der Untersuchungsrichter dem Fürsten ebenfalls vorgehalten, daß Nibel gestern und heute jedesmal das gleiche gesagt habe und daß er ihm unbedingt glauben schenken müsse. Nibel erzählte ferner, daß der Fürst wohl im Bette läge; ob er aber krank sei, könne er nicht sagen, das müsse der Arzt wissen. Er halte alles aufrecht, was er in Münden besprochen habe.“

Ähnlich hat sich auch Ernst ausgesprochen. Er fühlte sich tief gekränkt, daß der Fürst Whitt ihm einfach alles abjunkt und rundweg erklärte, er habe nie etwas mit ihm vorgehabt. Ja, der Fürst habe ihn sogar gefragt: „Jakob, Jakob, hast Du denn Geld bekommen, bist Du denn bestochen worden zu solcher Aussage?“ Das könne doch kein Mensch glauben, daß er, der nie daran gedacht habe, den Fürsten bloßzufallen, sich habe bestechen lassen, daß er wider besseres Wissen Dinge bekunden werde, denen er sich in der Seele schämen müsse.

Die Gegenüberstellung hatte zur Folge, daß noch vorgestern abend ein Haftbefehl gegen den Fürsten Eulenburg erlassen und er gestern vom Kriminalkommissar Rasse in einem verdeckten Automobil nach Berlin abgeholt wurde.

Das englische Budget.

Vor einer erwartungsvollen Zuhörerschaft hielt Donnerstag der englische Premierminister seine Budgetrede. Es war das dritte und letzte Mal, daß Asquith als Schatzkanzler sprach und den Abgang, den er sich geschaffen hat, ist in der Tat ein guter. Er führte aus, daß der auswärtige Handel Englands nach Umfang und Wert im Jahre 1907 größer gewesen sei, als in irgend einem vorhergehenden Jahre. Diese Ausdehnung sei Teilergebnis einer internationalen Bewegung und es seien überall Anzeichen dafür vorhanden, daß diese Bewegung Ende 1907 abzuebben begonnen habe. Der englische Handel habe indessen keinen ernsthaften Schlag erlitten und die zeitigen Anzeichen deuteten auf nichts weiter hin, als daß er an Expansionskraft einbüße. Der Ueberschuß für das verfloßene Finanzjahr habe 4 726 000 Pfund Sterling betragen, der nach gewissen Abzügen zur Verminderung der Staatsschuld verwendet werden würde. Die Staatsschuld sei im letzten Finanzjahre um annähernd 18 Millionen Pfund Sterling zurückgegangen. Während des laufenden Jahres würde die Schuld um nahezu 18 Millionen noch weiter verringert werden und am 31. März 1908 würde sie auf denselben Betrag reduziert sein, den sie vor zwanzig Jahren hatte. (Beifall.) Wenn andere Länder, von denen man annimmt, daß sie sich eines besseren Finanzsystems erfreuen als England, gestungen seien, Jahr für Jahr Anleihen aufzunehmen, so sei es keine unbefriedigende Erwägung für England, daß es in drei Jahren imstande sein werde, 40 bis 50 Millionen Pfund Sterling seiner Staatsschuld abzusagen. Jetzt sei die Zeit gekommen, wo man den Teil des Einkommens, der bisher zur Verminderung der Staatsschuld bestimmt wurde, einem anderen Zwecke zuführen könne. Das Gesamtbudget sehe für das Finanzjahr 1908/09 eine Ausgabe von 1 528 800 000 Pfund Sterling und der bestehenden Schätzungsgrundlage gemäß eine Einnahme von 1 577 700 000 Pfund Sterling vor, was einen Ueberschuß von 4 901 000 Pfund Sterling ergeben würde.

Der Premierminister Asquith ging im weiteren auf die Alterspensionsfrage ein und führte aus, ein brauchbarer Entwurf müßte zur Grundlage die Unterscheidung bezüglich des Alters, der Bedürftigkeit, des Standes und der Würdigkeit haben. Die Regierung schlägt vor, eine wöchentliche Pension von fünf Schilling für über sechzig Jahre alte Personen in Aussicht zu nehmen, deren Einkommen zehn Schilling die Woche nicht übersteige. Er glaube die Zahl der Pensionäre würde 500 000 nicht übersteigen und die Kosten würden sich nicht höher stellen als 6 Millionen Pfund Sterling jährlich. Der Entwurf würde nicht vor dem 1. Januar 1909 in Kraft treten und die Kosten für das laufende Finanzjahr würden daher schätzungsweise sich nur auf 1 200 000 Pfund Sterling belaufen.

Asquith teilte ferner mit, daß der Zuckergoll von 4 Schilling 2 Pence für das Hundredpfecht auf 1 Schilling 10 Pence herabgesetzt werden würde. Die Herabsetzung der Zuckerssteuer soll, soweit Roh- und raffinierter Zucker davon betroffen werden, vom 18. Mai ab in Wirksamkeit treten, und vom 1. Juli ab, soweit Zuckerverarbeiten in Betracht kommen. Asquith fügte hinzu, daß er die Steuer um diesen Betrag herabgesetzt habe, damit der Verbraucher den größten Vorteil von der Herabsetzung haben könnte.

Die Herabsetzung des Zuckergolles würde eine Minder-einnahme von 3 400 000 Pfund Sterling mit sich bringen und, da die anderen Zölle fast unverändert blieben, so würde sich der Ueberschuß unter Berücksichtigung der Aufwendungen für die Alterspension auf annähernd 241 000 Pfund Sterling stellen.

Die liberale Presse begrüßt das Budget mit Jubel. In der Tat wird es voraussichtlich die propagandistische Kraft der Partei, die in letzter Zeit in raschem Verfall begriffen erschien, wieder geben. Die Herabsetzung des Zuckergolles, der während des Burenkrieges erhöht wurde, ist ein alter Wunsch des englischen Volkes, und die Ermäßigung um mehr als vier Mark für 100 Pfund bedeutend. Der Zuckergoll beträgt jetzt nur mehr ungefähr 1,70 Mark.

In der Frage der Altersversicherung wird zwar das Verlangen der Arbeiterpartei, die Alterspensionen vom 65. Jahre an forderte, nicht erfüllt. Aber die Alterspensionen werden vom Staate gezahlt ohne Beiträge der Arbeiter, wie es die Konservativen verlangt hatten; die wöchentliche Pension von 5 M. ist dabei durchschnittlich höher als in Deutschland. Dazu kommt noch die starke Verminderung der Staatsschuld ganz im Gegensatz zu der größten Schuldenwirtschaft Deutschlands. Freihandel, Schuldenabnahme, Herabsetzung der indirekten Steuern, Sozialreform, das sind die Kennzeichen des englischen liberalen Budgets, das sich glänzend abhebt von dem deutschen Etat. Allerdings, die englische Demokratie zwingt die liberale Partei, gebührende Rücksicht zu nehmen auf die Arbeiter, und das Dasein der unabhängigen Arbeiterpartei hat den Arbeiterforderungen den genügenden Nachdruck verschafft. In Deutschland aber existiert keine Demokratie; eine ungerechte Wahlkreisverteilung im Reiche, die Vorherrschaft Preussens mit seinem Dreiklassenwahlrecht, der Zusammenschluß der Besitzenden gegen die gerechtesten und bescheidensten Forderungen der Arbeiter hindert jede vernünftige Finanzreform, jeden sozialpolitischen Fortschritt. Welcher Abstand zwischen dem deutschen Etat mit seinen indirekten Steuern und seinen alles auffressenden Militärausgaben und dem englischen Budget, in dem die Erbschaftsteuer über 880 Millionen, die Einkommensteuer über 648 Millionen Mark bringt, während die Zuckerzölle unbekannt sind! —

Aus dem Wahlkampf.

Das Zentrum in Berlin.

Das Zentralwahlkomitee der Zentrumspartei für Berlin und die Provinz Brandenburg hat beschlossen:

„Die Zentrumspartei Berlins und der Provinz Brandenburg tritt im allgemeinen nicht selbständig in die Landtagswahlbewegung ein. Es können jedoch Wahlvereinigungen mit anderen bürgerlichen Parteien getroffen werden.“

Die Betonung der bürgerlichen Parteien, die damit allgemein als für das Zentrum händnisfähig anerkannt werden, entspricht vollkommen der Haltung des Zentrums in der Wahlrechtsfrage. In Berlin hat das Zentrum keine Arbeitermassen, auf die es nötig hätte, Rücksicht zu nehmen. Deshalb darf man es auch risikieren, ganz offen für jene Parteien einzutreten, mit denen das Zentrum im Reichstage in Fehde liegt. —

Noch ein konservativ-freiwirtschaftliches Wahlbündnis.

Im Wahlkreise Bromberg-Wirsitz haben die „Ordnungsparteien“ folgende Kandidaten aufgestellt: Martini (l.), Schmidt (st.) und Arousohn (freiwirtschaftl.).

Die „Freiwirtschaftliche Zeitung“ behauptet jetzt, dieses Verhalten sei ihr aufgezwungen worden durch die sozialdemokratische Wahltaktik. Es sei auch keineswegs ein Vorrecht der Sozialdemokratie, den Konservativen Wahlhilfe angedeihen zu lassen. Das ist eine ganz faule Ausrede. Die Absicht der Freiwirtschaftlichen, unter allen Umständen zu verhalten, daß ein Sozialdemokrat in den Landtag gewählt werde, stand bereits fest, als die Grundzüge unserer Wahl-taktik veröffentlicht wurden. Außerdem ist es erlogen, daß wir die Konservativen unterstützten. Das tut lediglich der Freiwirtschaft, der den Wahlkampf lediglich unter dem Gesichtswinkel der Erschöpfung möglichst vieler Mandate führt und sich nicht einmal schämt, zu diesem Zwecke sich mit den offenen Gegnern einer vernünftigen Wahlrechtsreform zu verbünden! —

Schulungen als konservative Zwangsagitatoren.

Die liberal schillernde „Zittauer Zeitung“ veröffentlicht nachstehendes, an Lehrer gerichtetes Schreiben des Kreis-schulinspektors:

„Nach Mitteilung des königl. Landratsamts sollen die Konfirmanden Ihrer Schule sich weigern, die „Volkshilfe“ von Herrn Pfarrer Stein mitzunehmen. Ich ersuche Sie daher, jedesmal selbst dasjenige Kind zu bestimmen, welches die „Volkshilfe“ von Herrn Pfarrer Stein zu holen und ihnen zu überbringen hat. Da damit absolut keine Mithilfe verbunden ist, kann und muß es schon im Interesse der Erziehung von den Kindern verlangt werden, daß sie sich dienstfertig zeigen, sich gefällig erweisen. Doch bin ich auch nicht abgeneigt, solchen Kindern, welche die keine Dienstleistung regelmäßig auf sich nehmen, eine Anerkennung in Form eines Geschenkes zuteil werden zu lassen, und würde ich vor der Einlegung Ihrem diesbezüglichen Vorschlage entgegensehen. Ergebenst Vorkennt.“

Der „Volkshilfe“ ist ein Ableger der „Ostpreussischen Zeitung“, des bekannten Organs der ostelbischen Konservativen. Wahrscheinlich ein ostelbischer Kulturbild! Der Landrat wendet sich an den Schulinspektor, dieser wieder an die Lehrer, weil die Schullinder sich weigern, eine konservative Zeitung zu verbreiten. Ueber den „Wert“ der Zeitung sind die Kinder vermutlich von ihren Eltern unterrichtet worden. Würde man den Besuchern eines ostelbischen Gymnasiums auch zumuten, für die Konservativen als Zeitungsboten tätig zu sein? Dieser Vorfall beweist wieder einmal, wie die Konservativen die Volksschule bewerten!

Er hat's erreicht!

Die Nationalliberalen im Wahlkreise Nordhausen-Hohenstein haben beschlossen, einen eigenen Kandidaten nicht aufzustellen, sondern sofort für Dr. Wiemer einzutreten. Es würde auch furchtbar schwer halten, einen Unterschied zwischen Wiemer und Wassermann zu finden, nur daß letzterer doch wesentlich klüger ist. Die Wiemer und Mugdan sind die berufenen Konkursverwalter des Freijuns.

Zentrumsagitation am Niederrhein.

Der Verbandstag der katholischen Arbeitervereins des Kreises der Provinz nahm Stellung zum Landtagswahlrecht. In einer Resolution wird die Einführung des für den Reichstag geltenden allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen gefordert.

Weiter erklärte sich die Konferenz gegen die Erhöhung der Tabaksteuer und gegen das Branntweinmonopol. Das letztere wird aus prinzipiellen Gründen verworfen, weil Monopole nicht im Interesse des Volkes liegen. Durch die Erhöhung der Tabaksteuer würden die Industrie und die darin beschäftigten 200 000 Arbeiter sehr geschädigt.

Gefordert wird eine Reichserbschaftsteuer, eine bewegliche Vermögenssteuer und die Beibehaltung der Matrularbeiträge.

Die katholischen Arbeiter interpellierten auch den Landtagsabgeordneten des Stadtkreises Krefeld, Dr. König, als er dieser Tage in seinem Kreise Bericht erstattete, über seine Stellung zum Wahlrechtsfrage. Gleichzeitig forderten sie Auskunft darüber, warum er den Wahlrechtsantrag des Zentrums nicht unterschrieben habe.

Dr. König erklärte, daß er die Einführung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag fordere. Den Wahlrechtsantrag habe er nicht direkt unterschrieben, weil die Unter-schriften schon genügt, (1) denselben zur Verhandlung zu bringen, später habe er aber unterzeichnet. Dr. König wurde wieder als Kandidat aufgestellt.

Wir vermuten stark, daß Dr. König kein besonders warmer Freund des Reichstagswahlrechts ist, wir nehmen vielmehr an, daß Rücksicht auf die zahlreiche katholische Arbeiterschaft in seinem Wahlkreise die Veranlassung zu der verspäteten Unterschrift war!

Das Zentrum ist am Niederrhein auf dem Beamten-fang, in allen größeren Städten werden Versammlungen arrangiert, in welchen Zentrumabgeordnete über die vertagte Gehaltsauf-besserung der Beamten im Reich und in Preußen referieren. Daß die Vorlage zurückgestellt wurde, sei Schuld des Blocks, gegen den nicht schlecht losgelegt wird. Wäre das Zentrum noch anschlagend, dann hätten die Beamten schon längst ihre Gehaltserhöhung. (7) Bei den teuren Lebensverhältnissen sei die Erhöhung der Gehälter eine dringende Notwendigkeit. Das sagen Vertreter der Partei, welche die Leuerung durch ihre Zoll-politik verursacht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Mai 1908.

Das Wahlrecht der drei Familien.

Dessen Grundzüge wir bereits mitgeteilt haben, muß zu einer Volks-entragung schlimmster Art führen, wenn es so besch wird. Jede Bestimmung ist darauf berechnet, die unteren Volksschichten Sachsens, in erster Linie die Arbeiter, recht- und einflusslos zu machen. Man will zwar den Arbeitern und anderen kleinen Leuten gnädig eine Stimme gewähren, macht sie zugleich aber illusorisch. Mit reaktionärer Teufelskunst hat man es so ausgeübt, daß die Stimmen der breiten Wählermassen von denen der Besitzenden erdrückt werden müssen. Vor allem sucht man die Arbeiterstimmen dadurch zu reduzieren, daß ein zweijähriger Wohnsitz am Wahl-orte zur Voraussetzung des Stimmrechts gemacht wird. Dadurch gehen namentlich in den dicht besamtenliegenden Arbeiterdörfern großer Städte, wo ein Anzeichen aus der einen in den anderen Ort sehr häufig ist, viele Tausende von Arbeitern ihres Wahlrechts verlustig. Für die Altersstimme hat man die Altersgrenze von 40 auf 50 Jahre hinaufgerückt, sicher deshalb weil man weiß, daß verhältnismäßig wenig Arbeiter dieses Alter erreichen. So wird der kapitalistische Arbeitermord zu einem Hebel „nationaler“ Wahlen gemacht; die Altersstimme wird zu einer Waffe gegen die Arbeiter! Als man 40 Jahre als Altersgrenze festsetzen wollte, hatte die Regierung berechnet, daß die Sozialdemokratie durch die Altersstimme 6-7 Proz. ihres Einflusses einbüßen werde, bei 50 Jahren kann man wohl mit 10 Proz. Verlust des sozialdemokratischen Stimmengewichts durch die Altersstimme rechnen!

Eine Stimme will man der Ansässigkeit geben, schiebt aber die Besitzer von Wohnhäusern mit weniger als 75 Steuereinheiten aus! Davon werden alle Grundstücke, Häuser und Wirtschaften mit weniger als 8000-10 000 M. Wert betroffen! Der Zed der Einschränkung ist, zu verhalten, daß die Häuser und kleinen Wirtschaftsbesitzer, die ja vielfach Arbeiter sind und von denen man behauptet, daß sie sozialdemokratisch wählen, keine Plural-stimme bekommen sollen! Die Selbständigkeit soll ein Zuschlagsstimme erhalten, aber die kleinen Handwerksmeister, die weniger als zwei Gehülfen beschäftigen, sind davon ausgeschlossen, dagegen sollen die Staats- und Kommunalbeamten mit mehr als 1800 M. Einkommen als selbständig betrachtet und einer Zuschlagsstimme teilhaftig werden. Warum das? Nun, weil man glaubt, daß die kleinen Handwerker sozialdemokratisch wählen und andererseits die besser bezahlten Beamten sichere konservative Gefolgschaft sind. Schließlich hat man die Steuergrenze für die (dritte) Zuschlagsstimme auf Einkommen von 1800 bis 2200 M. herauf-gerückt, weil man so sicher alle Arbeiter davon ausschließen glaubt!

Dieses Wahlrechtskompromiß ist eine Ausgeburt volksfeindlicher Reaktion und engstirnigen Parteigeistes; ein Wahlsystem auf dieser Grundlage würde schlimmer sein als das jetzige Dreiklassenwahlrecht, es würde eine Vertretung der Arbeiterschaft dadurch ausgeschlossen. Statt einer Wahlrechtsreform bietet man dem sächsischen Volke eine Wahlrechtsverschlechterung! —

Eine Unflughheit.

Wie aus Hamburg telegraphiert wird, sind die Abgesandten Mulya Hafids dort eingetroffen; zugleich wird offiziell gemeldet, daß die Herren Marokkaner in Berlin im Auswärtigen Amt empfangen werden, wenn auch nicht vom Staatssekretär v. Schoen selbst, doch von einem Rat, der ihr Anliegen entgegennehmen wird. Auch werden sie nicht als Beauftragte eines Souveräns, sondern als Privatleute behandelt werden. Von der Natur ihrer Eröffnungen wird es abhängen, ob darüber weiter der französischen Regierung berichtet werden wird.

Damit wird ein heißes Verlangen unserer Kolonial-enthusiasten erfüllt, die sich, man weiß nicht recht was von diesem Empfang versprechen. Aber dieser Empfang steht in schroffem Widerspruch mit nur zu der einen Politik, die wir bisher in Marokko verfolgt haben, sondern auch zu der anderen. In Tanger hat bekanntlich Wilhelm II. in den stärksten Worten versichert, daß er nur Abdul Aziz als souveränen und legitimen Sultan betrachte. Ist es freundschaftlich, jetzt die Gesandten des Gegen-sultans zu empfangen? Aber auch die deutsche Regierung gibt damit ihren bisherigen forresten und, was für uns das wichtigste ist, den Frieden fördernden Standpunkt

auf. Als nämlich zu Beginn des Jahres Abdul Mis, also der „rechtmäßige“ Sultan, der Hoffnung Ausdruck gab, daß das Deutsche Reich gegen das „die Agenciratsakte verlebende Vordringen der Franzosen in Marokko Einspruch erheben werde, antwortete — wir zittern das jüngst erst erschienene Weißbuch über Marokko — der Staatssekretär v. Schoen:

„Wenn die marokkanische Regierung glaube beweisen zu können, daß das französische Vorgehen die Äkte verlege, so stehe es ihr frei, sich deswegen an die sämtlichen Unterzeichner der Äkte zu wenden, die ja ihre Vertreter in Tanger hätten. Deutschland könne, nachdem die Äkte in Kraft getreten sei, in der Sache nicht wohl mehr allein etwas tun.“

Wir denken, diese Antwort wäre jetzt um so mehr am Platze, da der Empfang der Abgesandten Muley Hafids, gegen den die Franzosen, wenigstens offiziell, den Kampf führen, sicher kein besonders freundlicher Akt gegen Frankreich ist. Aber allzu große Bedeutung wollen wir diesen diplomatischen Streitereien nicht beilegen. Die Herren wissen ja selbst, daß die breiten Massen in Deutschland sowohl als in Frankreich nicht die geringste Lust haben, wegen Marokkos den europäischen Frieden stören zu lassen. Und wir hoffen, daß diese Ueberzeugung sie vor allzu großen Dummheiten bewahren wird.

Krupp-Schwindel.

Den Abg. v. Dierken wandelte anscheinend am Donnerstag im Reichstage die Lust an, zu beweisen, daß er mindestens ebenso lächerliche Behauptungen über die Krupp'sche Wohlfahrtsplage weiter verbreiten kann, wie der Staatssekretär Niederding. Diesem wiesen wir in der Nummer vom Dienstag grobe Unrichtigkeiten nach, die er in bezug auf die finanzielle Leistung der Firma Krupp verbreitet hatte. Vielleicht in dem Gefühl, daß eine Verichtigung an derselben Stelle nicht mehr möglich sein werde, leistete der Junker v. Dierken sich am Donnerstag folgende Unwahrheit und grobe Beschimpfung Tausender betrogenen Arbeiter:

Ich . . . will nur feststellen, daß ich den Beweis liefern könnte, daß, wo Arbeiter von Krupp ohne Pension entlassen worden sind, die Entlassung wegen Diebstahls oder anderer Vergehen erfolgte, daß aber Arbeiter, die wegen Arbeitsmangel entlassen wurden mühten . . . entschädigt worden sind.

Das ist wirklich der tollste Schwindel, der bisher über die Krupp-Wohlfahrt verbreitet worden ist! Viele Tausende Arbeiter sind Jahr für Jahr von Krupp entlassen worden, entweder wegen Arbeitsmangel oder auch aus politischen Gründen. Und unter den Hinweggeschickten waren Leute, die 10 bis 20 Jahre zur vollsten Zufriedenheit dort beschäftigt waren. Von der viele Tausende zählenden Schar der Geforderten und freiwillig Abtretenden hat bis vor einigen Jahren kein einziger auch nur einen Pfennig von den zwangsweise einbehaltenen Beiträgen zurückbekommen. Erst seitdem die Kenntnis über solche Skandale Wohlfahrtspolitik in die Öffentlichkeit gedrungen ist und großen Unwillen erregt, bequemt die Firma sich dazu, in einzelnen Fällen auf untertäniges Bitten anstelle der Rückzahlung der Beiträge ein „Gnadengehalt“ zu bewilligen. Und nun kommt ein preussischer Junker her und beschimpft die Tausende gedrückter Arbeiter als Spitzbuben. Welche Antwort die Wohlfahrtsfirma auf Gesuche um Erstattung der Beiträge gab, das bezeugt folgendes und vorliegendes Originalschreiben:

Mitteilung

von Friedr. Krupp, Gussfabrik, für Herrn (Datum)
H. C. N. Nr. (Datum)
Antwort auf Ihr Gesuch vom

Die Pensionstafel ist gemäß § 15 ihres Statuts zur völligen oder teilweisen Rückzahlung geleisteter Beiträge nicht berechtigt. Von einer Zuwendung aus anderen Mitteln muß gleichfalls abgesehen werden.

Friedrich Krupp.

So steht die Krupp-Wohlfahrt aus. Und Junker Dierken tut ein übriges, er bekämpft die Geprehten! Das ist die Roblesse der Edelsten der Nation.

Landtagswahl in Württemberg.

Der Wahlkreis Rüdigen wurde 1906 mit Hilfe der Volkspartei mit 15 Stimmen Majorität zum ersten Male erobert. Genosse Seeger trat zurück. Die Wahl blieb im ersten Wahlgang unentschieden. Im zweiten Wahlgang entschied die relative Mehrheit. Bauernbund und Sozialdemokratie standen an erster Stelle, die vereinigten Nationalliberalen und die Volkspartei an dritter. Die Liberalen traten von der Kandidatur Gabeler zurück und gaben die Parole für den Bauernbund aus. Die Volkspartei proklamierte für ihre Anhänger Wahlfreiheit, jedoch unter keinen Umständen für den Bauernbund. Die heutige Wahl ergab den Sieg unseres Genossen Krennig mit 2755 Stimmen. Der Bauernbundkandidat erhielt mit Hilfe der Liberalen 2718 Stimmen. Somit ist der Genosse Krennig mit 37 Stimmen Majorität gewählt.

Das Reichsvereinsgesetz im württembergischen Landtag.

Stuttgart, 8. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute vormittag gelangten in der württembergischen Zweiten Kammer die Anträge der Parteien zum Reichsvereinsgesetz zur Beratung. Das Haus war stark besetzt. Die sozialdemokratische Fraktion war vollständig anwesend. Der Antrag der Sozialdemokraten lautet: 1. Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Vollzugsbefugnis zum Reichsvereinsgesetz im Entwurf der Kammer zur Begutachtung vorzulegen. 2. Ueber die im Reichsvereinsgesetz der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Ausnahmen den Ständen in Würde einen Bescheid zu erteilen.

Die Anträge der Volkspartei, sowie der Deutschen Partei und des Zentrums fordern gleichfalls Aufrechterhaltung der alten freiheitlichen Praxis. Den Antrag der Volkspartei, der einzelne Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes herausgreift, begründete Dr. Glaser, derselbe, der seinerzeit einen württembergischen Bloß aller Parteien gegen das Reichsvereinsgesetz vorschlug, der von seinen eigenen Parteigenossen aber schmählich im Stich gelassen und von der eigenen Presse als nicht ganz zurechnungsfähig verhöhnt wurde. Seine Rede wirkte bei aller Schonung der eigenen Partei doch wie ägender Hohn auf die Vorkredner, die im Reichstage von seinen Parteifreunden Payer und Genossen gehalten worden sind. Nachdem Glaser beendet, nahm Professor Gieber, der nationalliberale Führer das Wort zur Begründung des deutschparteilichen Antrages. Er präsidierte das Reichsvereinsgesetz als gewaltigen Fortschritt, anscheinend, ohne sich bewußt zu werden, daß der Antrag, den er zu vertreten hatte, zu seiner Rede passte, wie die Faust aufs Auge. — Vizepräsident v. Kienz begründete den Zentrumsantrag.

Den Antrag der Sozialdemokraten vertrat Genosse Keil. Mit schneidender Ironie kennzeichnete er die Praxis der Blockparteien, die das Reichsvereinsgesetz schufen und dasselbe in allen Komparten als Fortschritt priesen, auch das alte württembergische Recht nach Möglichkeit schlecht machen, um dann im Landtage dringliche Anträge einzubringen, damit die Schäden des neuen liberalen Gesetzes nach Möglichkeit abgewendet und die alte Praxis Württembergs aufrecht erhalten werde! Minister von Wischak versprach, soweit es das Gesetz gestattet, die frühere Praxis beibehalten zu wollen. Er lehnte aber ab, die Vollzugsbefugnis vor ihrer Inkraftsetzung dem Land-

tage vorzulegen. Ebenso lehnte er fast alle Forderungen der Volkspartei ab, was natürlich die Volksparteier nicht abhielt, zum Schluß dem Minister ein kräftiges Bravo zu spenden.

Morgen findet die Fortsetzung der Beratung statt, in der wahrscheinlich zuerst Gröber reden wird.

Oesterreich.

Die Militärdebatte.

Wien, 8. Mai. Das Abgeordnetenhaus begann heute die Verhandlungen über den Dringlichkeitsantrag betreffend die Erhöhung des Landwehr- und Rekrutenkontingents. Graf Kolowrat begründete die Dringlichkeit damit, daß mit der Erhöhung des Kontingents die Regierung in die Lage versetzt werde, die langersehnten Begünstigungen für die Reservisten und andere Wünsche der Bevölkerung durchzuführen. Abgeordneter Reisel (Sozialdem.) betonte, die Erhöhung des Landwehrkontingents bedeute eine Stärkung des Militarismus, durch die allein schon die ablehnende Stellung der Sozialdemokraten gegenüber der geforderten Vermehrung des Kontingents gegeben sei.

Schweiz.

Regierungs- und Großratswahlen.

Basel, 8. Mai. (Sig. Ber.) Am nächsten Sonnabend und Sonntag finden in unserem Kanton die Neuwahlen der Regierung und des Großen Rates statt, die auch für die sozialdemokratische Partei große Bedeutung besitzen. Seit sechs Jahren ist sie in der Regierung durch den Genossen Wullschlegler vertreten und in den Großen Rat brachte sie vor drei Jahren, da das erstemal nach dem Proporz gewählt wurde, 33 Abgeordnete hinein, während sie sich bis dahin mit zirka zwei Dutzend begnügen mußte.

Unser Genosse Wullschlegler hat sich während seiner sechs-jährigen Ministerstätigkeit als alleiniger Sozialdemokrat neben sechs Bürgerlichen in der Regierung gut gehalten und manchen Fortschritt auf sozialem Gebiete durchgesetzt. Das von 1886 datierende Arbeiterinnenschutzgesetz ist zeitgemäß revidiert, der 11. durch den Jehnstundentag ersetzt, sowie manche andere schätzenswerte Neuerungen in das Gesetz hineingebracht worden. Das Lehrlingschutzgesetz mit dem Jehnstundentag, das Wohnungsgesetz, das nationale Fabrikinspektorat mit einem Beamten und einer Beamtin, die die erste Gewerbeinspektorin in der Schweiz war, sind seine Schöpfungen, und überdies hat er sich die erste Durchführung der Arbeiterschutzgesetze sehr angelegen sein lassen. Für die Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung bezw. Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenklassen liegt ein Gesetzentwurf vor.

Durch diese positive Sozialreform hat sich der Sozialdemokrat Wullschlegler den Haß des Unternehmertums zugezogen, trotzdem die Herren Angehörige der bürgerlichen Parteien sind, die alle die Förderung der Arbeiterschutzgesetzgebung, des sozialen Fortschritts usw. auf ihrem Programm stehen haben. Dem Haß der Unternehmer sollte Wullschlegler zum Opfer fallen und nur die höheren Parteiführer konnten verhindern, daß ihm ein Gegenkandidat gegenübergestellt wurde. Diese Vorgänge zeigen, daß weiten Kreisen der Bürgerlichen die sozialen Punkte in ihrem Programm nur Paradeputz und Vorwand für die Wahlen sind, um die Arbeiter als Stimmvieh zu fangen. Jene Vorgänge beleuchten aber auch hell den bekannnten bürgerlich-demagogischen Schwindel, daß die Sozialdemokratie nichts Positives leiste, während sie umgekehrt dem Bürgertum viel zu viel positive Arbeit leistet. Unser Genosse Wullschlegler bleibt also aus politischen Klugheitsrücksichten von den Bürgerlichen unangefochten und ist daher seine Wiederwahl ohne heftigen Kampf gesichert.

Für die Großratswahlen hat unsere Partei 64 Kandidaten aufgestellt und es besteht in den Kreisen der Genossen die beste Zuversicht auf befriedigende Erfolge. Wir wünschen und hoffen solche ebenfalls umso mehr, als in den letzten Jahren unsere Partei in Kanton Baselstadt leider mehr zurückgegangen als vorwärts marschiert ist, so daß auch unsere Vertretung einen Rückgang von 38 auf 24 erfahren hat.

Frankreich.

Die Taktik bei den Stichwahlen.

Paris, 7. Mai. (Sig. Ber.)

Die zwei großen Gruppen der bürgerlichen Linken haben Manifeste an die Wählerschaft über die im zweiten Wahlgang einzuschlagende Taktik erlassen. Die demokratische Allianz befragt die Wähler, in keinem Fall ihre Stimme einem geeinigten Sozialisten zu geben, dagegen fordert ein von 218 Deputierten der radikalen Linken unterzeichnete Aufruf zur Aufrechterhaltung der republikanischen Solidarität zwischen den bürgerlichen Radikalen und den Sozialisten auf. Dieses zweite Manifest ist, wenn es auch sicher in hohem Maße von den augenblicklichen Wahlinteressen inspiriert ist, eine politische Kundgebung, die ihre Spitze deutlich gegen das Ministerium richtet. Hat doch Clemenceau, als er unlängst den Kreis der von ihm gewünschten Majorität umschrieb, die geeinigten Sozialisten ausdrücklich ausgeschlossen. Das Manifest ist eine Demonstration der demokratischen Richtung gegen die im Ministerium besonders von Herrn Raujan repräsentierte Kleinbürgeri, die sich dem Radikalismus mit unbewaffnetem Auge kaum mehr unterscheiden läßt.

Ist das Manifest der Radikalen als eine Kundgebung politischer Verstandes zu verzeichnen, so ist die Tatsache, daß einige formell noch immer der sozialistischen Partei angehörnde Deputierte wie Broussé und Breton es mit unterzeichnet haben, anders zu beurteilen. Ueber die Haltung der sozialistischen Wähler hat die Partei in ihren berufenen Instanzen zu entscheiden und die Unterzeichnung des Aufrufs bedeutet darum, daß sich die bezeichneten Abgeordneten über die Parteidisziplin hinweggesetzt haben — gemäß dem von den „Kossibillien“ festgehaltenen Grundsatz, daß ein ins Parlament gewählter Parteigenosse das Privilegium erhalte, der „Wählerschaft“ und nicht mehr der Parteioberleitung verantwortlich zu sein.

Auch von den sozialistischen Organisationen liegen schon einige Beschlüsse über die Stichwahltaktik vor. Der Vorstand der Seine-Föderation hat gestern mit 64 gegen 30 Stimmen eine Resolution beschloffen, die angeht die „Unmöglichkeit, zwischen den verschiedenen bürgerlichen Kandidaten die der Arbeiterklasse am wenigsten feindlichen herauszufinden“, die einfache Zurückziehung der Kandidaturen in allen Bezirken anordnet, wo die Resultate vom 8. Mai den Sieg der Partei ohne Kompromisse ausschließen. Demgemäß sind zwei Kandidaturen zurückgezogen, zwölf aufrechterhalten. Wohlgerne, es handelt sich um eine einfache Zurückziehung, nicht um einen Verzicht zugunsten irgend Jemandes und um kein Kompromiß. In diesem Beschlusse tritt die Erbitterung der Arbeiterschaft über die radikale Reaktion deutlich zutage. In der Praxis wird indes wohl die Masse der sozialistischen Wähler für die von den Reaktionsären bedrohten Radikalen stimmen. Die Föderation beschloß überdies, als einzig berechtigte Instanz den sozialistischen Wählern die Beschlüsse über die Stichwahltaktik mitzuteilen und zu erklären, was einer Desavouierung der sozialistischen Deklaranten gleichkommt. — Für die Pariser Kommune wurde der Abschluß von Kompromissen unter den vom Nationalrat festgesetzten Bedingungen gestattet.

In der Provinz sind Kompromisse an sehr viel Orten abgeschlossen worden. Besonders hervorzuheben ist die Vereinbarung zwischen den Sozialisten und den Radikalen in Roubaix. Dort sind am Sonntag 15 Sozialisten und ebensoviel Kandidaten des

bekannnten Scharfmachers Rolle — auch er selbst darunter — gewählt worden. Ueber 6 Mandate ist im zweiten Wahlgang zu entscheiden. Die Sozialisten überließen 4 davon den Radikalen, trotzdem diese nur etwa 200 Stimmen gegen fast 1800 sozialistische aufgebracht haben. Im künftigen Gemeinderat werden also unsere Parteigenossen 17 von 38 Stimmen haben und als relative Mehrheit die Verwaltung der Gemeinde wieder übernehmen.

Sozialistische Studenten gegen den Chauvinismus.

Paris, 7. Mai. Heute nachmittags veranstalteten in der Sorbonne eine Anzahl Studenten eine Kundgebung gegen Professor Andler, den Führer der französischen Studenten, die vor kurzem Deutschland besuchten. Die Manifestation ist von nationalistischen Publizisten veranstaltet worden. Bei einer Gegenkundgebung sozialistischer Studenten kam es zu einem unerheblichen Zusammenstoß. Weitere Ausschreitungen wurden durch das Eingreifen der Polizei verhindert.

Die Lieferungskontakte.

Konstanz, 8. Mai. Der Appellhof hat das Urteil gegen den Schlächter Levy aus Barleben wegen Lieferung verdorbenen Fleisches von ein Jahr auf 16 Monate und die Geldstrafe von 600 auf 1000 Fr. erhöht. Levy hat außerdem noch 4575 Fr. Entschädigung an das 94. Infanterieregiment zu zahlen.

Belgien.

Die Nachtarbeit der Frauen.

Brüssel, 7. Mai. Die Kammer nahm das internationale Berner Abkommen an, welches die Nachtarbeit von Frauen in industriellen Betrieben verbietet.

Indien.

Die Grenzunruhen.

Simsa, 7. Mai. Die Nachrichten von der Grenze deuten im allgemeinen darauf hin, daß die Unruhen im Erdschen begreifen sind. Einige Mullahs der Afghanen beteiligen sich nicht mehr an der Bewegung; es wird dies dem Einfluß des Emirats zugeschrieben.

China.

Die japanische Regierung gegen den Boykott.

Peking, 8. Mai. Der hiesige japanische Gesandte hat dem auswärtigen Amt die Namen vier chinesischer Kaufleute mitgeteilt, die den Boykott des japanischen Handels in Südschina nach Möglichkeit auszudehnen bemüht sind. Der Gesandte verlangte, daß die Kaufleute daran gehindert würden, den Unwillen gegen Japan zu schüren. Der englische Gesandte hat auf Anweisung aus London den englischen Generalkonsul in Kanton ersucht, dem Sitzort von Kanton den Rat zu erteilen, den Boykott zu unterdrücken.

Marokko.

Der Gegenakt.

Die Erfolge Muley Hafids werden jetzt auch offiziell zugegeben. Admiral Philibert telegraphiert, daß Muley Hafid einer Adhäsion des französischen Vertreters in Rabat zufolge am Sonntag Urdgah verlassen hat, um auf Naitra zu marschieren. Die Jaramen melden, sein Weitermarsch nach Fez stehe bevor, doch habe er nur einen wenig zahlreichen Truppenbestand bei sich. Andererseits soll auch die Mahalla Bagdadis nach Naitra abmarschieren sein.

Aus der Partei.

Ein Parteiveteran.

Genosse Wilhelm Wegger vollendet heute sein sechzigstes Lebensjahr. Mit Stolz kann er sich zu den Ältern der Partei zählen, ist Wegger doch ein Menschenalter, seit 40 Jahren, in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung hervortretend und unermüdet tätig. Bereits das Jahr 1868 sah ihn als Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und nicht lange ließen die polizeilichen Verfolgungen wegen seiner Ueberzeugung auf sich warten. Durch das Vertrauen seiner Berufsgenossen war Wilhelm Wegger zum Redakteur des Fachorgans des Deutschen Klempnerverbandes erwählt und erhielt im Jahre 1874 wegen seiner redaktionellen Tätigkeit einen Monat Gefängnis. Wenig „ergiebiger“ Erfolg schien jedoch die Strafe auf ihn auszuüben, denn schon im nächsten Jahre bezog er wieder wegen „Verächtlichmachung von Staatsanstellungen“ auf vier Monate die Staatspension. Im Jahre 1884 gab unser Jubilar seinen Klempnerberuf auf, um sich als Redakteur der Hamburger „Bürgerzeitung“ ganz dem Dienste der Arbeiterbewegung zu widmen. Bald jedoch wurde mit Hilfe der Paragrafen des Schandgesetzes das weitere Erscheinen des Blattes verboten. Doch die Hamburger Genossen wählten Rat. An Stelle der verbotenen Zeitung erschien nunmehr das „Hamburger Echo“, dessen Redakteur Wilhelm Wegger wurde. Im Jahre 1890 erwählten die Genossen des 8. Hamburger Reichstagswahlkreises Wegger zu ihrem Reichstagsvertreter; in unermüdeter Tätigkeit für die Interessen des Proletariats hat sich Genosse Wegger das ihm geschenkte Vertrauen zu erhalten gewußt. In seiner parlamentarischen Tätigkeit unterzog er speziell die Leiden und Rechtslosigkeit der Seeleute einer eingehenden Kritik und seine Kenntnis der fernöstlichen Verhältnisse ermöglichte es, daß bei der Beratung der Seemannsordnung die Rechte der Seeleute erweitert wurden. Auch außerhalb des Parlamentes verstand er es, für die Leiden des Proletariats kräftige Worte zu finden. So brachte ihm im Jahre 1898 eine Versammlungsbreda eine Verurteilung wegen Beleidigung des Senats und der Bürgerschaft der freien Hansestadt Hamburg zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten ein, die er in der alten Kabaufbewache in Hamburg verbüßte.

Im Interesse der Arbeiterbewegung wünschen wir dem Jubilar, daß er noch recht lange in voller Frische für die Befreiung des Proletariats wirken möge.

Verhinderung der Mandatansübung eines Sozialdemokraten in der Schweiz.

In Grellburg ist unser Genosse Massot, Telegraphenbote, in den Stadtrat (Magistrat) gewählt worden, aber seine vorgesezten Behörden verweigern ihm die Ausübung seines Mandats, indem sie ihm die dafür nötige Zeit, einige wenige Stunden in der Woche, nicht gewähren. Ein Rekurs an den Bundesrat blieb ebenfalls erfolglos, so daß er noch bei der Bundesversammlung verurteilt, zu jenem Rechte zu kommen. Es ist die nackte Klassen- und Interessenpolitik, die in diesem Falle die schweizerischen Behörden gegen einen Sozialdemokraten befolgen. In Laufenburg z. B. ist der Chef des Polizeibureau Kantonsrat (Landtagsabgeordneter) und der Gehilfe desselben Bureau Stadtrat, und beiden haben die vorgesezten Behörden die Erlaubnis zur Annahme der Aemter gegeben. Beide sind aber bürgerliche Politiker und das erklärt alles.

Gewerkschaftliches.

Hirsch-Dunkersche Streifbroschervermittlung.

Wir waren kürzlich in der Lage, die Berliner Hirsch-Dunkerschen und ihr Organ, die „Volks-Zeitung“, der Streifbroschervermittlung in der Schuhfabrik von Krause, Weinbergsweg 2, zu überführen. Die getroffene Volks-

Zeitung" quittierte darauf mit einem Bescheide und schimpfte hinterher auf den "Vorwärts", der über den Tort antat, ihre Praktiken der Arbeiterchaft gegenüber aufzudecken. Wir verdanken ihr nicht. Jeder Geprügelte hat das Recht, sich über seine Striemen zu beschweren. Nur gehen sie davon nicht fort.

Jetzt erhalten wir Mitteilung von einem neuen Fall Hirsch-Dunderscher Streifbrechervermittlung.

In Nürnberg bemühen sich die Hirsch-Dunderscher schon seit langer Zeit vergeblich, aus ihrer Bedeutungslosigkeit herauszukommen. Zu diesem Zwecke hat man für die wenigen Mitglieder, die sie dort haben, gleich zwei Sekretäre angestellt, die aber die Werkvereinsfrage auch nicht hochzubringen vermögen, da es, um die Arbeiter von der Gerechtigkeit einer Sache zu überzeugen, noch lange nicht genügt, wenn man die Agitation einzig darauf einrichtet, die freien Gewerkschaften, speziell ihre Führer herunterzureißen. Gelegentlich der gegenwärtigen Maleraussperrung ist man hinter ein feines Stückchen der braven Hirsche gekommen. In diesem Verufe haben sie in Nürnberg gar keinen Anhang, und um nun Boden zu gewinnen, wurde der Plan ausgedacht, die Stellen der Ausgesperrten durch Hirsch-Dundersche zu besetzen und aus den Streifbrechern einen Gewerbeverein zu gründen. Die Hirsche sind deshalb bemüht, von allen Seiten Arbeitswillige heranzuziehen. Das geschieht auf folgende Weise: In Berliner Blättern und wohl auch in der Provinzpresse erschienen kürzlich Inserate, wonach Maler für dauernde Beschäftigung gesucht werden. In Berlin werden die Nachfragenden an den Gewerbeverein der graphischen Verufe, Maler und Radierer, gewiesen, wo sie nach Nürnberg geschickt werden mit einem Briefe, den sie bei der dortigen Verwaltung der Gewerbevereine abgeben sollen. Der Brief lautet:

Herrn Bernhard Neufken, Nürnberg.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Der Ueberbringer dieses... ist von uns auf Euer leiches Schreiben hin direkt nach Nürnberg verwiesen worden. Ich bitte nun, denselben in passende dauernde Stellung unterzubringen. Hoffentlich wird nun der Stamm bald voll, um den Verein definitiv zu begründen. Dabei bitte ich gleich, Kollegen Barnholt mitzuteilen, daß wir nicht gewillt sind, den Portefeuillieren den Schranke und die Bibliothek zu überlassen, sondern beides entschieden reklamieren und diese Sachen für den ev. neuen Verein bereit halten. Bitte noch H. Barnholt unseren besten Dank für seine freundlichen Bemühungen zu übermitteln. In der angenehmen Hoffnung auf baldige erfreuliche Nachricht zeichne ich mich mit kollegialem Gruß C. A. Bergmann.

Es ist also alles schon in schönster Ordnung; Schranke und Bibliothek stehen schon für den neuen Gewerbeverein bereit, es brauchen nur noch die Mitglieder zu kommen, die man aus dem ganzen Reiche zusammentrommeln möchte. In Nürnberg wird aber der heimtückische Plan der guten Hirsche schamhäftig zu Wasser werden.

Ueber den Berliner Fall wird uns von der Leitung des Schuhmacherverbandes noch geschrieben:

Der Artikel im "Vorwärts" vom 1. Mai über den Zustand bei der Schuhfabrik von Dr. Krause, Weinbergweg 2, und das Verhalten der Gewerkschaften hat die Redaktion der "Volkzeitung", den Gewerbeverein und den Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes auf den Plan gerufen.

Wir wollen mit der Redaktion der "Volkzeitung" über die Aufnahme des Streifbrecheres nicht rechten; wir sind zu sehr daran gewöhnt, um noch etwas Besonderes hierin zu finden, doch müssen wir uns um so mehr mit den Erklärungen des Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes und des Gewerbevereins der Lederarbeiter beschäftigen.

Herr Schlichtweg stellt die lächerliche Behauptung auf, daß die Arbeiter eine Lohnzulage auf einen Artikel gefordert hätten. Diese Behauptung ist unwahr, weil besagter Artikel, ein Damenschuh, bis herauf in Volzoll nicht gearbeitet wurde, sondern nur in leichteren Lederarten. Als dieser neue Artikel in Arbeit gegeben wurde, glaubten die Arbeiter, daß ihnen hierfür eine höhere Bezahlung von 25 Pf. gegeben werde, da dieselben bei Herrenschuhen seit Jahren diesen Zuschlag bei Volzoll erhielten. Auf ihre Anfrage beim Werkführer wurde ihnen dieses auch zugesprochen und auf den Kupon der höhere Lohn vermerkt. Bierzehn Tage später fällt es dem Fabrikanten ein, die Erklärung abzugeben, daß er diesen Zuschlag nicht anerkenne, weil er irtümlich erfolgt sei. Wir können somit mit größerem Recht von einer Lohnreduzierung reden, und sollte dies Herr Schlichtweg hinreichend bekannt sein. In der Tat handelt es sich um die Festsetzung eines Akkordlohnes für einen bis dahin nicht gefertigten neuen Artikel. Nach Fabrikantenlogik ist die Festsetzung des Lohnes ihre Sache, und trivial ist's von den Arbeitern, bei Festsetzung desselben mitreden zu wollen. Die Arbeiter kämpfen aber in dieser Sache um die prinzipielle Anerkennung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es ist deshalb vollkommen gleichgültig, ob die allgemeinen Verhältnisse der Fabrik gute oder schlechte sind. Der Vorliegende ist empört, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niedergelegt haben. Der Fabrikant hatte aber Tags zuvor erklärt: "Wer den Artikel für den von ihm festgesetzten Lohn nicht macht, ist entlassen."

Durch die Arbeitsunterbrechung kamen die Arbeiter einer ev. Entlassung zuvor. Mögen sich doch die Fabrikanten diese ständige Nebenart, welche das Ehrgefühl der Arbeiter empfindlich verletzt, abgewöhnen. Sie werden sich selbst den besten Dienst damit erweisen.

Nun zu dem Rechtfertigungsversuch des Gewerbevereins der Lederarbeiter! Seine Streifbrecherrolle verteidigt er damit, daß er zu den Verhandlungen mit dem Fabrikanten resp. Fabrikantenverbande nicht zugezogen wurde. Seit dem Verrat bei dem Streik in Weihenfeld im Jahre 1906, wo die gegenseitig eingegangenen Verpflichtungen von der Leitung des Vereins schände gebrochen wurden, und dadurch der Zustand verloren ging, haben wir ein Haar in der Suppe gefunden, allzu weit gehende Verpflichtungen dem Gewerbeverein gegenüber einzugehen. Wir sind trotzdem immer loyal genug gewesen, wenn einige Gewerbevereiner bei einem Kampfe beteiligt waren, oft ohne ihr direktes Verlangen, eines ihrer Mitglieder in den Fabrikantenrat zu wählen. Bei dieser letzten Firma waren drei Gewerbevereiner beteiligt, von denen einer stehen blieb. Dieser war bis Oktober 1906 Mitglied unseres Verbandes und wurde ausgeschlossen wegen Streikbruch bei der Aussperrung 1906. Einige Monate später trat er als Belastungszeuge in einer Klagesache gegen ein Mitglied unseres Verbandes wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung auf. Der Angeklagte wurde zu 2 Tagen Gefängnis verurteilt.

Bei dieser fälschlichen Anzucht von Hirschen und dem Verhalten des zu leicht gezeichneten, dem Zentralverbande zuzumuten, der Leitung des Gewerbevereins von allen unseren Entschlüssen während eines Streiks Kenntnis zu geben, und ihnen den Einfluß einzuräumen, bei allen Fragen mitzuentcheiden, heißt denn doch unserer Aktivität zu viel zuzumuten. Der Gewerbeverein ist am hiesigen Plage zu unbedeutend, um eine selbständige Rolle bei wirtschaftlichen Fragen spielen zu können. Da er sich dieser Ohnmacht bewußt ist, hat die Gewerbevereinsleitung den einzigsten Hebel, von dem "roten" Verband zu allen Verhandlungen zugezogen zu werden, um seinem verbliebenen Firmenschild einigen Glanz zu verleihen. Es ist möglich, daß ihm die Rolle als Unternehmerhauptgruppe noch besser gefällt.

Wesentliche Zugeständnisse sollen dem Gewerbeverein von der Firma gemacht werden sein. Welcher Art sind diese Zugeständnisse? Hat der Fabrikant dem einen Wider aus dem Gewerbeverein die

25 Pf. bewilligt, oder haben die Arbeitswilligen generell eine Lohnzulage unter Aufsicht des Gewerbevereins erhalten, obgleich von uns keine Forderungen gestellt waren? Oder flunkert der Vorstand? Denn in der Erklärung des Herrn Schlichtweg heißt es mit dürren Worten: "Dieser (der Gewerbeverein) entschied, daß der Streik ungerechtfertigt sei, und seine Mitglieder bei Krause arbeiten können. Es ist von Zugeständnissen hier keine Rede, und wir haben schon betont, daß gerade der Vorsitzende der Unternehmervereinigung jeder Einigung abhold und diese Abneigung in die Worte kleidete: "Wir haben die Nadelstiche satt!"

Eine Charakteristik und eine freilich ungewollte Verhöhnung der Hirsche liefert sich der Rechtgenannte in dem letzten Satze seiner an die "Volkzeitung" gerichteten Erklärung, nachdem er die Verhältnisse der bestreiten Firma über den grünen Meer gelobt hat. Er schreibt: "Solche Klagen gefallen denn auch anderen Leuten, nicht bloß den Zentralverband Organisierten." Somit hatten die Gewerbevereiner Sehnsucht nach der vollen Stompottschüssel bei der Firma Krause und verrieten deshalb ihre Klassengenossen. Mögen sie sich nicht den Regen verderben!

Berlin und Umgegend.

Tarifverhandlungen in der Kofferindustrie.

Die gestern vormittag gepflogenen Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts unter Leitung des Dr. Prerauer, der an Stelle des erkrankten Magistratsrats v. Schulz eingetreten war, betreffend die Groß-Berliner Kofferindustrie, verliefen vollständig resultatlos. Die Forderungen der Arbeitnehmer anlässlich des schon am 9. Mai d. J. abgelauteten Tarifes, auf Verärgerung der Arbeitgeber von 54 auf 63 Stunden wöchentlich und Erhöhung der Löhne um 10 Proz. auf 55 Pf. pro Stunde, wurden, wie in allen schon vorausgegangenen Verhandlungen, von den Fabrikanten abgelehnt. Sie bestanden auch auf Geltung des Tarifes bis zu dem gemeinsamen Termin für die gesamte deutsche Lederindustrie, der auf den 30. Juni 1911 festgesetzt worden ist. Die Vertreter der Kofferarbeiter lehnen jedoch diesen Termin ab, da für die Kofferarbeiter, als einer Spezialbranche, ein Einheitsarif für die Taschen, Portefeuilles, Galanterie- und Stulnarbeiter nicht zutreffend sei. Nach stundenlangen Verhandlungen griff das Einigungsamt ein, konnte jedoch Fällung des Schiedsspruchs nicht vornehmen, da die Arbeitgeber jede Verpflichtung der Anerkennung des Schiedsspruches ablehnten. Die Arbeitnehmer erklärten sich persönlich hierzu bereit und verpflichteten sich, eventuell ihrer Mitgliedsversammlung den Schiedsspruch zur Annahme zu empfehlen. Das Einigungsamt forderte schließlich die Fabrikanten auf, noch einmal bei ihrem Zentralverbandsvorstand vorstellig zu werden, um Aufhebung des obigen Beschlusses für Berlin zu erreichen. Die Sitzung soll bis zum Dienstag, den 12. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, vertagt werden. Bis dahin sollen sich die Arbeitgeber den Bescheid des Zentralverbandsvorstandes besorgt haben.

Eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Kofferarbeiter Groß-Berlins, die zu den resultatlos verlaufenen Verhandlungen vor dem Einigungsamt des hiesigen Gewerbegerichts Stellung nahm, beschloß gestern nacht, auf Vorschlag ihrer Leitung, am kommenden Montag in allen Betrieben, wo auf schon vorher erfolgter Anweisung der Leitung die Arbeit bis heute abend fertiggestellt sein sollte, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Ferner stimmten die Versammelten einstimmig dem zweiten Vorschlag der Leitung zu, den eventuellen Schiedsspruch des am Dienstag, den 12. Mai, wieder zusammentretenden Einigungsamtes anzuerkennen, beauftragten aber die Leitung, ihren ganzen Einfluß auf das Einigungsamt geltend zu machen, daß ein früherer Endtermin als der 30. Juni 1910 festgesetzt werde.

Achtung, Gastwirtsgehülsen! Die bekannten Differenzen unserer Organisation und dem Gastwirt Voigt, Krampenburg, sollten in der gestern, Freitag vormittag, abgehaltenen Ausschussung der Berliner Gewerkschaftskommission besprochen und eventuell beigelegt werden. Eine Verständigung konnte jedoch nicht erzielt werden, da die Vertreter der unterzeichneten Organisation glaubten, zu Einigungsverhandlungen, nicht aber zur Entgegennahme eines Schiedsspruches geladen zu sein.

Organisierte Gastwirtsgehülsen arbeiten also zurzeit noch nicht in dem Etablissement Voigts Krampenburg bei Schmiedwitz. Verband deutscher Gastwirtsgehülsen.

Für Zentralverbandsgehülsen gesperrt ist nach einer Mitteilung des Verbandes in unserer Nummer vom 3. Mai das Vorbiergeschäft des Herrn Rosemann, Emdener Straße 4. Herr Rosemann bittet uns, mitzuteilen, daß er nie andere als organisierte Gehülsen beschäftigt habe, daß aber allerdings sein jetziger Gehülse lokalorganisiert sei.

Lebendes Reich.

Nach berichtigtem Muster.

Der geschäftsführende Ausschuss der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe von Hamburg-Altona faßte folgenden Beschluß:

"Die bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen werden als zu Recht bestehend angesehen. Am Mittwoch, den 13. Mai d. J., mit Schluß der Tagesarbeit, tritt die Stilllegung der sämtlichen Baubetriebe und Spezialgewerbe von Hamburg-Altona ein, im Fall bis zum Ablauf dieser Frist die Arbeit von allen betreffenden Arbeiterkategorien nicht wieder aufgenommen ist und die verhängten Wausperren bis dahin nicht wieder aufgehoben sind."

Die Tüpfelaussperrung in Oromberg, die am 1. April dieses Jahres erfolgte, dauert noch immer fort. Die Unternehmer greifen zu der Aussperrung, weil die Arbeiter sich ihrem Anfinnen nicht gefügig genug zeigen. Sie kündigten den Arbeitern nämlich den bis zum 31. März d. J. laufenden Tarif und verlangten die Abschließung eines neuen Tarifes, der aber viel schlechter war, wie der bisherige. Da die Arbeiter hiervon aber nichts wissen wollten, wurden sie auf die Straße gesetzt.

Die Bewegung im Baugewerbe. In Köln haben sich Versammlungen der Maurer und der Bauarbeiter mit den neuen Tarifabmachungen befaßt. In der Versammlung der Maurer kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Die Resolution des Gauleiters Rutz, die den Abmachungen zustimmt, wurde abgelehnt und statt dessen eine Resolution angenommen, die das Verhalten der Verbandsvertreter verurteilt; man habe vor der Zustimmung zu dem Schiedsspruch erst die Mitglieder befragen müssen und verbitte sich für die Zukunft ein ähnliches Vorgehen.

In der Versammlung der Bauarbeiter wurde ebenfalls eine Resolution, die bedauert, daß den Mitgliedern keine Gelegenheit gegeben worden ist, Stellung zu dem Schiedsspruch zu nehmen, die aber im übrigen die Zustimmung zu dem Verhalten der Vertreter auspricht, abgelehnt. In geheimer Abstimmung bekundete die Mehrheit der Versammlung, daß sie mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden sei.

Die Aussperrung in den Mühlenbetrieben und Bestrafen in Dresden und Umgegend, die einen unerhörten Gewaltakt des Unternehmerverbandes der sächsischen Mühlenindustrie darstellt, ist bis jetzt nur sehr unvollkommen durchgeführt worden. Die Unternehmer scheinen sich nur sehr schwerem Herzen dazu entschließen zu können, sind aber durch hohe Konventionalstrafen gebunden. Manche

Betriebe haben zwar die Profabrikation eingestellt, beschäftigen aber die Wäcker mit Nebenarbeiten, andere haben nur einen Teil ihrer Leute entlassen, andere zahlen ihnen den Lohn weiter. Die Organisationen haben beschlossen, überall, wo nur ein Teil der Leute ausgesperrt ist, auch die anderen herauszuziehen, um die Aufertigung von Brot für die ganz stillgelegten Betriebe zu hindern.

Die Bewegung der Schöckshuhmacher in Dresden ist beendet. In einer Versammlung am Mittwoch wurde beschlossen, den von der Lohnkommission und der Verbandsleitung mit den Vertretern der Arbeitgeber vereinbarten Tarif zu akzeptieren. Er bringt eine Lohnaufbesserung von 8-10 Proz. in allen Lohnklassen, eine Erhöhung des Minimalstundenlohnes von 35 auf 40 Pf., des Minimalmonatslohnes von 18 auf 20 M. Auch die Arbeitgebervereinigungen beschlossen die Annahme des Tarifes, so daß die Lohnbewegung der Schöckshuhmacher mit einem guten Erfolge beendet ist.

Zur Tarifbewegung im Malergewerbe.

Die Maler und Weibhinder nahmen in stark besuchten Versammlungen in Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden, Worms, Hanau, Höchst, Homburg, Raheim und Coblenz den Bericht über die Verhandlungen vor dem unparteiischen Schiedsgericht in Berlin entgegen. Die Abstimmung ergab überall eine große Mehrheit für Annahme des Schiedsspruches. Da auch in den übrigen Orten Süddeutschlands Zustimmung erfolgte, ist der Schiedsspruch vom Malerverband angenommen worden. Der Verbandsvorstand hat bereits die Annahme nach Berlin gemeldet. Stimmt auch der Arbeitgeberverband dem Schiedsspruch zu, so können dann die örtlichen Differenzen, die bis zum 16. Mai erledigt sein müssen, geregelt werden. Die Aussperrung besteht bis dahin weiter.

Ausland.

Die Krise in der Diamantindustrie Amsterdams und Antwerpens.

Am Dienstag meldete eine Depesche aus Amsterdam, daß der 8000 Mitglieder starke Diamantarbeiter-Verband beschloffen hätte, vom nächsten Montag, also den 11. Mai ab, den Generalstreik aufzuheben. Dies trifft jedoch nur insofern zu, als die allgemeine Arbeitsruhe mit diesem Tage aufhören soll. Der Beschluß besagt nur, daß bei den Arbeitgebern und Eigenvermachern, die ein Uebereinkommen mit dem Diamantarbeiter-Verband abgeschlossen haben, die Arbeit wieder aufgenommen werden soll, und auch in Antwerpen erstreckt sich die Wiederaufnahme der Arbeit nur auf diese Betriebe.

Der Generalstreik selbst ist ja in beiden Städten nicht um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgeführt worden, sondern um gewisse schädliche Zustände in der Industrie zu beseitigen, die in Verbindung mit schlechtem Geschäftsgange sowohl den Arbeitern wie den Juwelieren zu schwerem Nachteil gereichten mußten. Daß die Arbeiter 20 Prozent Erhöhung der Tarife verlangten, sollte ja nur dazu dienen, die Tariffrage mit den wirklichen Löhnen einigermassen in Einklang zu bringen. Werkwürdig ist, wie sich die Amsterdamer Juweliervereinigung dieser Forderung gegenüber verhielt. Vor nunmehr drei Wochen hatten die Verhandlungen bereits begonnen. Damals äußerten die Juweliere den Wunsch, daß die Arbeiter nur um einen Monat ausgebeht werden möchte, was sie im Interesse sowohl des Marktes für geschliffene wie für Rohdiamanten zweckmäßig erachteten. Als Entgelt wollten sie dann den Arbeitern gute Löhne zukommen lassen, jedoch bestimmte Verpflichtungen nicht eingehen. Am Dienstag voriger Woche aber erklärte der Juweliervorstand Hary, daß es ihm mit großer Mühe gelungen sei, seine Mitglieder für eine 10prozentige Tarifierhöhung zu gewinnen, aber unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen mit der Premier-Diamantkompagnie zugunsten der Juweliere ausfielen. Am nächsten Tag war der Vorstand der Juweliervereinigung schon zu einer 15prozentigen und am Abend des 1. Mai zu einer 20prozentigen Tarifierhöhung bereit, aber nur unter jener Voraussetzung, wie unter der Bedingung, daß, wenn nötig, die Arbeitsruhe auch noch nach dem 1. Juni fortgesetzt werden sollte. Daran scheiterte die Einigung mit der Arbeitgeberorganisation.

Bekanntlich war die Arbeitseinstellung zunächst nur auf vier Wochen berechnet; am nächsten Montag sind es aber fünf Wochen. Der Niederländische Diamantarbeiterverband hat bereits fast 300 000 Gulden für Streikunterstützung ausgegeben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Beigelegter Streik.

Mannheim, 8. Mai. (B. G.) Der Ausstand der Redarschiffe wurde durch ein Schiedsgericht beigelegt. Es wird wieder zum alten Schlepplohne gearbeitet.

Rechenkatastrophe.

Dormund, 8. Mai. (B. G.) Bei der Ausführung von Reparaturen auf der Yacht "Königsborn" wurden zwei Vergleute getötet, einer verletzt.

Feuersbrünste.

Landsberg a. W., 8. Mai. (B. G.) Bei dem Brande der Bäckerei Ortman in Neubaum verbrannte das Dienstmädchen, zwei Lehrlinge und ein Geselle wurden tödlich verlegt.

Nürnberg, 8. Mai. (B. G.) In der Nacht ist die Farbenfabrik Kemmühle bei Schwabach bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Man vermutet, daß das Feuer durch Selbstentzündung von Kohlenstaub entstanden ist.

Atlanta (Georgia), 8. Mai. (B. L. W.) Eine große Feuersbrunst vernichtete hier sechs Geschäftshäuser und zwei Hotels im Geschäftszentrum der Stadt. Der Schaden wird auf 1 250 000 Dollars geschätzt. Das Feuer droht sich über die gesamte Geschäftsstadt auszubreiten. Die Tätigkeit der Feuerwehr ist durch niedrigen Wasserdruck behindert.

Die Amnestierten.

Madrid, 8. Mai. (B. L. W.) Kalens, Sabra und Ratin, die vom König begnadigt wurden, sind schon heute freigelassen worden, anstatt, wie vorhergesehen war, am Sonntag, offenbar um Kundgebungen zu vermeiden.

Drei Kardinal-Verbrecher.

Breslau, 8. Mai. (B. L. W.) Die zweite Strafkammer hat den Agenten Wilhelm Weich wegen versuchter Erpressung und Unterschlagung, verurteilt an dem Kardinal Kopp, zu vier Jahren Gefängnis und fünfjähriger Ehrverlust, den Dekorateur Max Zimmermann wegen versuchter Nötigung und Verleumdung des Kardinals zu vier Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe, den Installateur Richard Wolff wegen Verleumdung zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Ein Königreich für ein Pferd!

London, 8. Mai. (B. G.) Der Verkauf des Rennpferdes des kürzlich verstorbenen Herzogs von Devonshire hat 416 000 Mark ergeben. Das Pferd Uclain, Gewinner des New Rakrei-Rennens vor vier Jahren, wurde für 74 800 Mark verkauft.

ist noch weniger einer einseitigen Erklärung, durch welche der Versicherungsträger oder Versicherungsnehmer des Rechts aus § 88 des Gesetzes sich begibt, irgend welche rechtliche Bedeutung beizumessen.

Der von der Berufsgenossenschaft in ihrem Bescheid vom 28. Juni 1892 einseitig angewandte Ausdruck „Dauerrente“ hat also keine rechtliche Wirksamkeit und hindert im vorliegenden Falle nicht die Anwendung des § 88 a. a. O. Dem Antrag der Berufsgenossenschaft auf Aufhebung der Rente war hierdurch entsprochen. Wäre der Berufsgenossenschaft kein Arbeiter, der der „Fürsorge“ des Unfallversicherungsgesetzes untersteht, würde schwerlich ein Gericht sich gefunden haben das annimmt, der Verlust zweier Fingerglieder ziehe keinen Schaden nach sich und die Zuerkennung einer „Dauerrente“ sei ohne rechtliche Bedeutung, soweit sie für den Verletzten von Nachteil ist.

Anwürfe gegen die Krankenkassen.

Unter der Ueberschrift: „Krankenkassen und Sozialdemokratie“ bringt die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Nr. 487 vom 6. Mai einen Heftartikel, in dem sie den am 11. und 12. Mai in Berlin stattfindenden Allgemeinen Kongress der Krankenkassen des Deutschen Reiches als einen rein „partei politischen Akt“ der Sozialdemokratie hinstellt; er sei lediglich eine Veranstaltung der unter sozialdemokratischer Herrschaft stehenden Kassen“. Dann heißt es im Mugdan-Stile weiter: „Die Sozialdemokratie befürchtet, daß ihr durch eine Gesetzesänderung die Herrschaft in den großen Ortskrankenkassen, wo sie sich recht häuslich eingerichtet und tüchtige Genossen untergebracht hat, genommen wird. Unter dem harmlosen Namen Krankenkassenkongress werden Krankenkassen, die die Verhältnisse nicht überschauen, verleitet, mitzumachen. Dieses Vorgehen ist wieder ein Beweis dafür, wie notwendig es ist, daß Sicherheiten geschaffen werden, die einen Mißbrauch der Krankenkassen im Interesse einer politischen Partei ausschließen.“

Die Behauptungen des Kölner Blattes über den Charakter des Krankenkassenkongresses werden schon Lügen gestraft durch die von der „Deutschen Krankenkassen-Zeitung“ gemachte Feststellung, daß „ein Drittel der zahlreichen Redungen zum Kongress von Arbeitgebern einläuft“. Der Schwindel von der angeblichen Ausnutzung der Ortskrankenkassen durch die Sozialdemokratie wird widerlegt durch zahlreiche Zeugnisse von in den Kassenvorständen tätigen Unternehmern, die parteipolitisch der „Kölnischen Zeitung“ nahe stehen. Der ganze krankenkassenfeindliche Artikel der „Kölnischen Zeitung“ aber wird niedergeschlagen durch eine vor einigen Monaten von der „Kölnischen Zeitung“ selber gebrachte Feststellung. Das Blatt schrieb in seiner Nr. 1209 vom 21. November 1907 in einem Artikel zur Reform der Krankenversicherung:

„Eine Reform, die für die Versicherten keine Vorteile bringen und sich darauf beschränken würde, die politischen Auswüchse in der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen zu bekämpfen, würde weder die Bezeichnung Reform verdienen, noch auf Annahme im Reichstag rechnen können. Sie würde auch der inneren Berechtigung entbehren, denn die Zahl der Ortskrankenkassen, in denen der Einfluß der Sozialdemokratie in unzulässiger Weise hervorgetreten ist und wo fortgesetzt Reibungen zwischen den Versicherten einerseits und den Arbeitgebern oder Aufsichtsbehörden andererseits hervorgetreten sind, ist verhältnismäßig nicht groß. Mit Recht können die Ortskrankenkassen, mit denen Arbeitgeber und Versicherte zufrieden sind, und wo sich Unzulänglichkeiten nicht bemerkbar gemacht haben, den Anspruch erheben, daß sie auch weiter erhalten bleiben und nicht der Reform zum Opfer gebracht werden.“

Häufigkeit des Verstoßes gegen Schutzvorschriften als Milderungsgrund.

Der Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes in der Oberpfalz verlor seine Maschine nicht mit den vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen. Ein 13-jähriges Kind, das auf dem Hofe in Arbeit stand, kam in die Maschine. Die Folge: dem Kinde mußte ein Fuß abgenommen werden, es ward zum Krüppel. Das Schöffengericht in Rittenau beurteilte den Gutshofbesitzer wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 50 Mark Geldstrafe mit der Verurteilung, das Gericht habe deshalb Milde walten lassen, weil die Vorschrift für das Anbringen von Schutzmaßnahmen in der dortigen Gegend nicht so beachtet wird, wie sich's gehört.“

Die Fälle, in denen die Häufigkeit als Strafmilderungsgrund bei Uebertretung von Schutzvorschriften erachtet wird, mehren sich und fordern gebieterisch Hinaufsetzung des Strafminimums. Bei anderen Delikten gilt die Wiederholung von Gesetzesverletzungen in der Regel als Strafschärfungsgrund.

Zur Krüppelfrage.

Der Kongress der Orthopäden vom 26. April 1908 hat sich auch wiederum eingehend mit der Krüppelfrage beschäftigt und forderte 1. mehr Krüppelanstalten zur Erziehung der Krüppel, mit angelegelter Heilanstalt, wie dies in Amerika, Dänemark bereits besteht. 2. Orthopädische Ambulatorien zur zeitweiligen Behandlung beginnender Krüppel. 3. Orthopädischen Unterricht auf den Universitäten und 4. Versorgungsanstalten für unheilbare — dem Konkurrenzkampf des Lebens nicht gewachsene Krüppel“. Schöne Forderungen, die aber in unserem Staatsleben von heute doch wenig Beachtung finden werden, wenn auch ein Redner ausrief: „Der Krüppel soll aus einem Almosenempfänger ein Steuerzahler werden! Die Krüppel sollen ja heute schon Steuern zahlen! Der Staat, der helfen soll, hat aber bei Beratung dieser Frage erfahren, daß die Zahl der Krüppel in Deutschland viel größer ist, als wohl allgemein angenommen wird. Die bayerische Statistik zählt 9000 schwere Krüppel in schulpflichtigem Alter. Die Berliner Statistik zählte allein 75000 schwere Krüppel im Reiche (ohne Bayern, Baden und Hessen) in schulpflichtigem Alter! Auf 1000 Personen kommen also im Reiche 1,48 schwere Krüppel, die noch in schulpflichtigem Alter stehen!

Von diesen 75000 Krüppeln sind allein 42000 heimbefähigt, d. h. sie bedürfen der Anstaltspflege. Nur 64 Proz. der gezählten Krüppel waren ärztlich behandelt worden, 10 Proz. geistig nicht normal, weitere 10 Proz. hatten gar keinen Schulunterricht genossen!

Was wird sich ein Malow aus den Forderungen der Orthopäden machen?

Aus Industrie und Handel.

Erbauliches von der Milchzentrale.

Erbauliches von der Milchzentrale weiß die „Bank- und Handelszeitung“ zu berichten. Seit diesen Jahren müssen die heringefallenen Landwirte von jedem Liter Milch, den sie nach Berlin schicken, ihren Zoll an die Milchzentrale entrichten, und trotzdem ist jetzt noch beinahe eine Million an Wechselschulden zu bezahlen, die in sehr unvorsichtiger Weise von den Leitern der Milchzentrale gemacht wurden. Nach der Erklärung des Liquidators Grosvenstein steht jetzt noch der Zentrale ein Tagesquantum von 100000 Litern zur Verfügung, von dem die schwer betroffenen Landwirte 1/4 Pf. pro Tag und Liter an die Zentrale abführen müssen. Das macht pro Tag 1200 M., und pro Jahr nicht weniger als 432000 M. Und

das fordert die Zentrale, obwohl ihr höchste deutsche Gerichtshof längst jede Milchabgabe für geschwindig erklärt hat.

Nach der letzten Bilanz schuldet die Zentrale der Preußenkasse noch 1000000 M. In die genossenschaftliche Zentrale des Bundes der Landwirte sind weitere 326456 M. zu zahlen, was zusammen schon 1326000 M. ausmacht.

Aus den Bilanzen sieht man ferner, daß die Landwirte der Zentrale noch „an Anteilen und für Verlustdeckung“ 2400000 M. zu zahlen haben, also beinahe noch 2 1/2 Millionen Mark! Demgegenüber stehen als Geschäftsguthaben der Genossenschaft verzeichnet: 636000 M. Das heißt also: Landwirte, bringt noch 1 1/2 Millionen Mark auf, werft sie weiter der unerlässlichen Milchzentrale in den Rücken, und ihr werdet dafür nicht einen Pfennig Eurer sämtlichen bisherigen Einzahlungen zurückerhalten!

Die Frage, woher die Verluste stammen, beantwortet das Blatt also:

„Alle Verluste — und zwar gerade die der letzten Zeit — stammen daher, daß die jetzigen Leiter der Zentrale nicht den Mut und die Offenheit besitzen, um wahr zu erklären, daß man schlecht gewirtschaftet hat. Sie wagen es nicht, die ganze Angelegenheit ein Ende mit Schreden nehmen zu lassen, und lieber den Konkurs anzumelden, statt, wie jetzt, den Landwirten einen Schrecken ohne Ende zu bereiten. Das Berliner Unternehmen verschlingt Riesensummen, die viel besser zur Schuldentilgung angewandt werden könnten, wenn man in ehrlicher Weise den Konkurs anmelden würde. Allerdings müßten dann die zuständigen Behörden sich mit der ganzen Geschäftsführung der Milchzentrale gründlich beschäftigen und so über viele Punkte eine Klarheit schaffen müssen, die bis jetzt noch von der drängenden Stimme der öffentlichen Meinung vergebens verlangt wurde. Nur durch einen ehrlichen Konkurs können die immer neu den Landwirten auferlegten Opfer herabgemindert werden. Allerdings müßten dann die hochbezahlten Beamten der Milchzentrale ihre Stellungen aufgeben. Es ist ja eine Tatsache: Von dem Gelde der Bauern lebt es sich gut! So kann man sich noch immer nicht zu dem Schritt entschließen, den die einfache Vernunft schon längst jedem denkenden Menschen aufgedrängt hätte. So verschiebt man von Tag zu Tag, was doch kommen muß und unter allen Umständen kommen wird: Die Anmeldung des Konkurses über das Vermögen der Milchzentrale! Schade — jammerschade, daß die märkischen Landwirte immer aufs neue für ihre Leichtiggläubigkeit so schwer büßen müssen!“

Eingleisige Kreisbahn. Louis Brennan führte vor kurzem der englischen Akademie der Wissenschaften seine von ihm erfundene Kreisbahn vor, die die Idealbahn der Zukunft werden soll. Seine Erfindung beruht auf dem physikalischen Grundgesetz des großoptischen Kreisfelds. Dieses Grundgesetz hatte Brennan schon bei einer anderen Erfindung praktisch verwertet, nämlich bei den Torpedos der englischen Marine. Es gelang ihm, vermittelst eines Kreisfelds den Torpedo vom Lande aus in jede beliebige Richtung zu steuern. In sein Eisenbahnwagenmodell, welches er vorführte, hatte er einen Kreisfeld eingebaut, der 4000 Touren in der Minute machte. Wagen und Kreisfeld erhielten Antrieb durch einen Elektromotor, der von einem Akkumulator gespeist wurde. Der Wagen lief auf einem als Schiene dienenden Drahtseil. Trieb, bezw. Lauftraber sind hintereinander angeordnet. Selbst als der Wagen stille stand, der Kreisfeld also in Bewegung gehalten wurde, behielt der Wagen durch die Tätigkeit des Kreisfelds die Balance, während das Fahrzeug im Ruhezustand anfällt. Diese Erfindung soll, wie der „Tiefbau“ mittelt, schon in nächster Zeit praktische Verwendung finden. In Afrika soll die erste Eisenbahn nach dem neuen System gebaut werden.

Der Verband deutscher Großhändler der Nahrungsmittel und verwandten Branchen, E. B. (Sitz Berlin) wendet sich mit einer Eingabe an die Handelskammern und amtlichen Handelsvertreterungen, um eine zeitgemäße Reform der Bedingungen, unter welchen die Reedereien den Warentransport übernehmen (Konnossementenklauseln) herbeizuführen. Die Eingabe sagt, daß die üblichen Konnossementsbedingungen einseitig, nur im Interesse der Reedereien, festgesetzt seien und diese von jeder Verantwortung für die ihnen zum Transport anvertrauten Güter befreien. Der einzelne Ladungsinteressent, der die Ware zumeist „Kassa gegen Labedokumente“ gekauft hat, ist demgegenüber machtlos; eine Anfechtung der Bedingungen als gegen die guten Sitten verstoßend, ist wegen der unständlichen Beweislast überaus schwierig. Besonders drückend wird die Klausel empfunden, wonach der Reeder für ungenügende Verpackung nicht verantwortlich ist. Die Eingabe stellt auf dem Standpunkt, daß für die Schifftransporte dieselben Bedingungen wie beim Eisenbahntransport Anwendung finden müßten. Der Verband schlägt vor, eine Kommission zu bilden, der es obliegt, für den nationalen wie internationalen Seeverkehr Konnossementsformulare auszuarbeiten und zur Durchführung zu bringen, welche beiden Teilen gerecht werden.

Schiffbaukrisis in England. In welchem Umfang der allgemeine Niedergang auch den weltwirtschaftlich bedeutenden Industriezweig des englischen Schiffbaus erfaßt hat, zeigt ein Bericht eines Sachmannes in der Zeitschrift „Eisen und Eisenbeton“. Danach haben in den letzten fünf Jahren die in Auftrag gegebenen und fertiggestellten Segelschiffe und Dampfer eine so große Ueberschneidung an fertigem Schiffbaumaterial in England hervorgerufen, daß seit dem Herbst vorigen Jahres eine erhebliche Reduktion des Arbeiterpersonals eintreten mußte; heute haben nicht nur kleinere, sondern auch alte und große Werften mit herborragendem Weltruf ihren Gesamtbetrieb teils eingestellt oder doch sehr herabgemindert.

Die zu den renommiertesten Werften Englands zählende Firma J. Laings u. Co. in Sunderland hat nicht nur ihre zirka 5000 Arbeiter entlassen müssen, sondern ist wegen der schlechten Geschäftslage genötigt gewesen, in Liquidation zu treten. Auch müßten andere Werftanlagen, z. B. in Harrow und Newcastle, die Betriebe zum größten Teil einstellen, wodurch etwa 12000 Arbeiter plötzlich brotlos wurden. Da die großen englischen Werften im Vergleich zu den deutschen ihre Betriebe anders organisiert und insofern großzügiger angelegt haben, als diese zugleich mit Hochöfen und Walzwerken verbunden sind, so ist der Zusammenbruch solcher Werftfirmen besonders verhängnisvoll. Außer den bereits angeführten Betriebseinstellungen sollen ferner auch in anderen Industriezweigen umfangreiche Entlassungen von 30—50000 Schiffbauarbeitern vorgenommen worden sein.

Aus der Frauenbewegung.

Allgemeiner sozialdemokratischer Wahlverein.

Aufnahmen werden außer den bereits bekannt gegebenen noch an folgenden Stellen entgegengenommen:

Berlin.

- Frau Raskewitz, Schönebergstr. 14.
- Frau Döhning, Steinwegstr. 23.
- Frau Steinbock, Dramenstr. 45.
- Frau Wengels, Warschauer Straße 20.
- Frau Döhl, Forster Straße 44.
- Frau Jern, Eisinger Straße 2.
- Frau Ränberg, Chodowiczstr. 21.
- Frau Wulff, Oldenburger Straße 40.
- Frau Hangeram, Pappel-Allee 76.
- Frau Maschke, Wolgaster Straße 8.
- Frau Hoppe, Vandelstr. 40.
- Frau Köster, Stralauer Allee 17 III.
- Frau Köster, Schreinerstr. 68 v. II.

Zellow-Beckow.

- Mörsdorf: Frau Schindhelm, Bismarckstr. 28.
- Röpenitz: Frau Timms, Elisabethstr. 2.
- Baumshulenberg: Frau Ringel, Marienhaler Straße 2.
- Rixdorf: Frau Mohr, Wilmannsstr. 10.
- Mariendorf: Frau Händel, Blumenweg 18.
- Königs-Wusterhausen: Frau Lorenz, Lindenwalder Straße 4.
- Schenkendorf: Frau Fischer, Gartenstr. 5.
- Schöneberg: Frau Sämler, Reiningersstr. 8.
- Steglitz: Frau Dräger, Hohnstr. 15.
- Friedenau: Frau Wudraß, Ringstr. 25.
- Wilmersdorf: Frau Ede, Schöneberg, Regensburgerstr. 33a.
- Zehlendorf: Frau Schulz, Hauptstr. 46.
- Zellow: Frau Rehler, Hoher Steinweg 7.
- Charlottenburg: Frau Gurlert, Brauhofstr. 2.
- Groß-Lichterfelde: Frau Senf, Rollestr. 21.
- Tempelhof: Frau Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 20.

Niederbarnim.

- Lichterberg: Frau Liebermann, Gärtelstr. 2.
- Reichensee: Frau Kahl, Friedrichstr. 3, S. I.
- Rummelsburg: Frau Jiderl, Neue-Prinz-Albert-Straße 14, I.
- Tege und Vorhagen: Frau Kienast, Vorhagenwalde, Mühlstr. 10.
- Wilhelmsruh: Frau Jähle, Linden-Allee 20.
- Reinickendorf-Ost: Frau Albehl, Winterstr. 30.
- Reinickendorf-West: Frau Grothe, Eichhornstr. 70.
- Pankow-Nieder-Schönhausen: Frau Stiller, Pankow, Ringstr. 8.
- Erdner: Frau Ullig, Friedrichstr. 21.
- Friedrichshagen: Frau Lindenberg, Friedrichstr. 8, I.
- Kaulsdorf-Waldhof: Frau Buchmann, Kaulsdorf, Hönowerstr. 1.
- Karlshorst-Friedrichsfelde: Frau Küter, Karlshorst, Krausestr. 6.

Außerdem bei der Kreisvertrauensperson Frau Neumann, Berlin O 112, Frankfurter Allee 178, III.

Einem Schritt zurück!

Wir waren wieder mal zu optimistisch! Der Vorstand des Verbandes für Frauenstimmrecht hat den anerkanntesten Beschluss der Versammlung der Berliner Sektion, betreffend Landtagswahlen, arg verhöhrt, ihn zur Farce gemacht. Nach jenem Beschluss, den wir in unserer Dienstag-Nummer veröffentlichten, dürfen nur solche Landtagskandidaten unterstützt werden, die unbedingt auch für das Frauenwahlrecht eintreten. Da von den bürgerlichen in Frage stehenden Kandidaten in Groß-Berlin nur die Herren de Witt und Breitfeld die entsprechenden Erklärungen abgegeben, sollen hier lediglich diese beiden Kandidaten, außer denen der Sozialdemokratie, unterstützt werden. Logischerweise durfte man annehmen, der Vorstand des Verbandes für Frauenstimmrecht werde für ganz Preußen einen prinzipiell gleichen Aufruf erlassen. In dieser Ansicht wurde man noch bestärkt durch die letzte Nummer der „Frauenbewegung“. Minna Cauer schreibt da unter der Ueberschrift „Freie Bahn“:

„Mit Erstaunen haben wir das Umschlagen vieler liberaler Männer erlebt, mit Entrüstung empfanden wir, wie Frauen, um des eigenen Vorteils und Erfolges willen, die Entrechtung ganzer Volksklassen zu beschönigen versuchten.“

„Schweren Herzens zugestimmt, — aber — das ist die Signatur der sich liberal nennenden Männer, die dem Vordringenden entsprechend, immer von neuem in allen Farben zu schillern verstehen.“

„Wir bliden gespannt auf die Entwidlung. Wird die deutsche Frau Prinzipientreue aufweisen? Wohin wird sie sich neigen? Zu dem veralteten, verwässerten und geschwächten Liberalismus oder wird sie den Mut haben, neue, wenn auch bornenbolle Wege einzuschlagen, Männer anfeuernd, die Schwere Wege zu gehen bereit sein müssen, Männer voller Kraft und Ueberzeugung? Ja fürchte, wir werden auch hier wieder die Erfahrung machen, daß die Frauen das Geschwommene, Unklare, Schwankende dem Festen, Klaren und Zielbewußten den Vortzug geben werden.“

„Die Lage ist völlig verändert. Arbeiterkraft und Frauenbewegung sind zwei neue Faktoren im Staatsleben. — Bedeutende Missionen liegen ihnen ob. Es wird zum großen Teil von diesen beiden Faktoren abhängen, ob das deutsche Volk sich aufrichten wird, ein wahrhaft freiheitliches Volk zu werden, oder ob es vorzieht, ewig mit der Schlafmütze als deutscher gutmütiger Michel im Weltgetriebe zu erscheinen.“

Wie stolz, wie echt liberal, wie prinzipienfest klingt das. Aber über Nacht ist der tapferen Damen Mut und Prinzipientreue verloren gegangen. Schnell zimmerten sie ein Hintertüschchen, durch das sie wieder zu dem in allen Farben schillernden Liberalismus gelangen konnten. Ein auch von Minna Cauer unterzeichnetem Aufruf an die Mitglieder der preussischen Landesvereine für Frauenstimmrecht, zwecks Mitwirkung bei den Landtagswahlen, enthält folgende Einleitung:

„Wicht der preussischen Frauen ist es, mitzubelfen, daß die Kandidaten für ein freiwählbares Wahlrecht den Sieg über die Gegner davontragen. Jede Frau sollte ihre Arbeitskraft einem Wahlbureau zur Verfügung stellen und sich nicht scheuen, auch uninteressante, oft langweilige Arbeiten, wie Adressen- und Listen-schreiben, zu übernehmen.“

Zuvor muß sie sich natürlich orientieren, ob der Kandidat bereit ist, prinzipiell für die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen einzutreten, oder ob er zum mindesten den Kampf für die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Männerwahlrechts in energischer Weise aufnimmt.

Damit ist der Beschluss der Berliner Sektion, wenigstens für die übrigen Wahlkreise, über den Haufen geworfen. Das Zentrum somohl als auch der Volksverein erklären patetisch, man sei schon bisher energisch für die Uebertragung des geltenden Reichstagswahlrechts auf Preußen eingetreten. Und die liberalen und zentralistischen Kandidaten werden nicht ansetzen zu erklären, daß man auch in Zukunft ihre bewährte Methode im Wahlrechtskampfe werde bewahren können. Dann haben sie das Mindestmaß der Forderungen unserer weiblichen Kapitoldiäster des Liberalismus erfüllt und mit Pauken und Trompeten geht's in den Kampf für die sich „liberal nennenden Männer“, für die „Verräter des Liberalismus“, gegen Arbeiterkraft, gegen Freiheit und Kulturfortschritt.

Nachträglich her für die — Zielbewußten vom Verbands für Frauenstimmrecht! —

Das Frauenwahlrecht in Spanien.

Madrid, 8. Mai. Der Aufruf, welcher beauftragt ist, den Gesetzesentwurf betreffend das Frauenwahlrecht zu prüfen hat einen Zusatzen angenommen, worin den Frauen das absolute Stimmrecht für Gemeinderatswahlen zugestanden wird. Die Frauen, welche Familienoberhäupter sind, hatten seit längerer Zeit schon dieses Stimmrecht in verschiedenen Provinzen Spaniens.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für die Interessen der Hausangestellten. Sonnabend, neuntes Stiftungsfest bei Nitzky, Kommandantenstr. 58/59. Für gute Unterhaltung ist Sorge getragen. (Näheres Annonce.)
Berlin. Montag, den 11. Mai, 8 1/2 Uhr, Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72. Repter Vortrag des Julius „Zur Geschichte der Frau“. Referent: Wally Peyer.
Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Montag, den 11. Mai, 8 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“, Kronoldplatz, Gr.-Lichterfelde-Ost.
Rummelsburg. Donnerstag, den 14. Mai, 8 1/2 Uhr, Alt-Vorhagen 66, Vortrag, Genossin Ottilie Vaader.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18

Veteranenstr. 1-2

Heute Sonnabend billige Lebensmittel-Preise

Gebrannter Kaffee 1/2 Pfd. 45 Pl.	Puddingpulver 3 Pakete 20 Pl.
Haushalt-Kakao Pfd. 1 ¹⁵	Rote Grütze 3 Pakete 20 Pl.
Haushalt-Schokolade Pfd. 85 Pl.	Eisbonbons od. russ. Drops 1/4 Pfd. 12 Pl.
Kaffee-Zusatz Pfd. 25 Pl.	Bonbons „Maiweinblätter“ 1/4 Pfd. 8 Pl.

Kasseler Rippespeer Pfund 85 Pl.

Prima Cervelatwurst Pfund 1¹⁵

Felne Tafelbutter Pfd. 1 ²⁰	Mausschinken Pfd. 1 ¹⁵
Feinster Schweizerkäse Pfd. 75 Pl.	Prima Schinkenwurst Pfd. 1 ¹⁵
Hochfeiner Tilsiter Käse Pfd. 60 Pl.	Hausmacher Leberwurst Pfd. 88 Pl.
Romatour-Käse Stück 25 Pl.	Hausmacher Fleischwurst Pfd. 95 Pl.
Limburger Käse 1/2 Stück 25 Pl.	Hallesche Leberwurst Pfd. 1 ¹⁰

Prima Blumenkohl Kopf 22 Pl.

Kieler Bücklinge 5 Stück 20 Pl.

Prima Spinat Pfd. 10 Pl.

Heute Sonnabend

Doppelte Rabattmarken

mit Ausnahme von Lebensmitteln und einiger anderer Artikel.

Vornehme

Herren-Bekleidung

fertig und nach Mass

Beste Verarbeitung

Garantie für Haltbarkeit

Sacco - Anzüge

in den neuesten braunen Farben

16⁵⁰, 20, 24, 27, 30, 35 bis 60 Mk.

Frühjahrs-

Paletots und Ulster

in denkbar grösster Auswahl

18, 22⁵⁰, 25, 28, 30, 36 bis 50 Mk.

Modernste Fassons

Aparteste Dessins

Direkter Vertrieb eigener Fabrikate

VEREINIGTE SPEZIALGESCHÄFTE



Carl Zobel

SO., Köpenicker Strasse 121
IV, 2004



Hermann Vandsburger

SW., Friedrich-Strasse 7 NW., Turm-Strasse 30a
IV, 9099 II, 3653

Wir haben die Neuaufgaben folgender Werte erworben, die wir zu ermäßigten Preisen abgeben.

Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik

von 1840 bis 1850.

Ein Beitrag zur deutschen Literatur- und Nationalgeschichte von Christian Weber.

Statt 10 R. nur 4,50 R.

Illustriertes Familienbuch der Naturheilkunde

mit besonderer Berücksichtigung der öffentlichen Hygiene von Ludwig Reizhauer.

Statt 9,50 R. nur 3,50 R.

Die reifere Menschheit.

Bilder des Lebens, Treibens und Denkens der Halbstarbten von Leo Hebenius.

Mit 376 Abbildungen im Text und fünf Tafeln.

Statt 7,50 R. nur 2,50 R.

Bilder aus Südafrika.

Von James Bruce. Autorisierte deutsche Ausgabe nach der dritten englischen Ausgabe von Max Klein Schmidt. Mit einem Vorwort von Theodor Barth und einer Karte von Südafrika.

Gebunden statt 6,50 R. nur 3 R.

Die physikalischen Kräfte

im Dienste der Gewerbe, der Kunst und der Wissenschaft.

Nach U. Guller in für das Verständnis weiterer Kreise bearbeitet von Professor Dr. E. Rudolf Söntje. Zweite, revidierte und ergänzte Auflage. Mit 116 Holzschnitten, 15 großen Abbildungen außerhalb des Textes und 3 Dunndruckarten.

Statt 15 R. nur 4,50 R.

Geschichte der Theater Deutschlands.

In hundert Abhandlungen dargestellt, nebst einem einleitenden Rückblick zur Geschichte der dramatischen Dichtkunst und Schauspielkunst von Dr. Otto Weddigen.

Mit zahlreichen Illustrationen, Holzschnitt und Vellagen. Zwei Bände elegant gebunden.

Statt 40 R. nur 20 R.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68

216/6

Lindenstraße 69, Laden.

Borussia-Festsäle

Inh.: Georg Wolffgramm

Berlin N., Ackerstraße 6/7, Ecke Elsassers

Empfehle den geehrten Vereinen meine vier Säle (100-1600 Personen) zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Schöner Naturgarten, 600 Personen fassend, mit Theaterbühne, ist noch Sonnabende und Sonntage zu Vereinsfestlichkeiten frei.

Im Garten: Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger (ab 19. Mai).



Dampferfahrten mit Musik von der

Jeden Sonntag nach Krampenburg. Abfahrt vom 9^{1/2} Uhr, nachmittags 2 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 75 P., einseitig 50 P., Kinder 25 P. Dampfer jeder Größe sind billig zu vermieten.

Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin.
Telephon Amt VII 550 und 13 459.

4 Neue Säle 4

NEUE ARMIN-HALLEN

Kommandanten-Strasse 58-59.
Fernsprecher Amt IV 10 155.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Turmstr. 60 **Gebr. Witt** Turmstr. 60

Spezialhaus für moderne Herren- u. Knabenbekleidung
Maßanfertigung

unter Leitung eigenen Zuschneiders.

Große Auswahl in allen Abteilungen.

Spezialität: paffertige Bekleidung für starke u. schlanke Figuren.

Arbeiter- u. Berufsbeleidung, nur gute Qualitäten.

Wir verarbeiten nur gute, erprobte Stoffe

ir verwenden beste Zutaten

ir garantieren für tadellosten Sitz

ir liefern nur erstklassige Ausführung

ir verkaufen zu streng festen Preisen.

Jeder Kauf ist eine Empfehlung für uns.

Turmstraße 60 **Gebr. Witt** Turmstraße 60

Vom 5. Mai, nachts 11^{1/2} Uhr, entfiel nach langem schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der Schriftsteller

August Proecker

im 64. Lebensjahre.

Dies geht Hesteträft an im Namen der Hinterbliebenen:

Albertine Proecker geb. Präker.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den

2. Berliner Reichstagswahlkreis

Vom 5. Mai verfiel unser langjähriges Mitglied, der Schriftsteller

August Proecker

Rathstr. 24

im Alter von 64 Jahren an Herzschlag.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Freireligiösen Friedhofes, Pappelallee, aus statt.

210/18

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Verband der Buch- und

Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Zahlstelle II. (Hilfsarbeiter.)

Vom 4. d. M. nach plötzlichem

Herzschlag, der Folger

Hermann Effenberger

im noch nicht vollendeten 30. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken bewahrt uns

Die Zahlstelle II.

Die Beerdigung findet statt Sonnabend, den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gethsemanen-Friedhof in Nieder-Schönhausen.

65/12

Der Vorstand.

Gesangverein „Freie Sänger“

Charlottenburg.

Nach langer, schwerer Leiden verfiel am 6. Mai unser langjähriger Gesangsbruder

Wilhelm Reinhold

im 32. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofes, Fürstenbrunner Weg, aus statt.

65/12

Der Vorstand.

Vom Donnerstag, den 7. Mai, verfiel nach langem, schwerem Leiden unser geliebter Bruder und Schwager, der Tischler

Johann Weroniecki

im 60. Lebensjahre.

Dies geht, um stille Teilnahme bitend, Hesteträft an

Berlin, den 6. Mai 1908

Johanna Passek geb. Weroniecki

Wilhelm Passek.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofes in Dohren-Schönhausen (Wilhelmsberg) aus statt.

19018

Der Vorstand.

Vom 7. d. Mts. verfiel unser werter Kollege

Otto Wotschke.

Ehre seinem Andenken!

Die Kollegen der Firma

Adolf Behmack.

Vom Donnerstag, den 7. d. M., verfiel nach kurzem schweren Leiden mein Ablieferer

Otto Wotschke

im 56. Lebensjahre.

Seit circa 10 Jahren war derselbe bei mir, seit beinahe dreißig Jahren bei der Firma tätig. Sein unermüdlicher Fleiß, sein blühender Charakter und seine Bescheidenheit sichern dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken weit über das Grab hinaus.

Adolf Mählberg,

in Firma Adolf Behmack.

19018

Der Vorstand.

Deutscher

Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Altkamer

Heinrich Hohlfeldt

am 5. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

110/4 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Montag, den 11. Mai 1908, abends 8 1/2 Uhr, in Fockers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Die Gewerkschaften und die Landtagswahlen.“ Referent: Gemeindevorordneter Wilhelm Penner-Baldmannslust 2. Diskussion.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es allen Kameraden zur Pflicht, in dieser Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Desgleichen eruchen wir unsere Mitglieder, dafür zu agitieren, daß auch die aus der Provinz hier beschäftigten Verbandskameraden zur Stelle sind.

NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Vorarbeiten zur Neuinstellung unserer Bezirks-Zahlstellen so weit fertiggestellt sind, daß in denjenigen Bezirken, die neu errichtet werden, in den nächsten Tagen die Versammlungen stattfinden können, um die Konstituierung der neu zu bildenden Bezirke vorzunehmen. Die Einladungen zu diesen Versammlungen erfolgen an die betreffenden Mitglieder per Postkarte. Alle Mitglieder, die eine diesbezügliche Einladung erhalten, bitten wir, in diesen Versammlungen bestimmt zu erscheinen.

Der Vorstand. J. A. Wilhelm Witt.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 10. Mai 1908, vormittags 10 Uhr:

Außerordentl. General-Versammlung

in Fockers Festsaal, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

Die Regelung der Unterstützungsforderung von der Raifeier.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Wegen obiger Versammlung sollen die zu diesem Tage angelegten Gruppenversammlungen aus, dieselben finden acht Tage später statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 8, 1239. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 8, 1987.

Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlungen

für die gesamte Verwaltungsstelle

in folgenden Lokalen:

Für den Osten u. Lichtenberg bei **Lifin**, Memeler Straße 67.

Für Rummelsburg, Borswagen und Stralau bei **Tempel**, Alt-Borswagen 56, Ecke Bahnhofstr.

Für Weißensee bei **Roskopf**, Königshaussee 38.

Für Süden, Südosten und Zentrum im großen Saale des **Gewerkschaftshauses**, Engel-Ufer 15.

Für Rigdorf bei **Koppe**, Hermannstr. 49/50.

Für Charlottenburg im **Volkshaus**, Rosinenstr. 3.

Für den Westen und Schöneberg bei **Zühlke**, Dennevißstr. 13.

Für Steglitz im **Birkenwäldchen**, Groß-Lichterfelde, Chausseestraße.

Für Spandau bei **Böhle**, Havelstr. 20 (früher Ulrich).

Für Moabit bei **Peters**, Wicelstr. 24 (Gesellschaftshaus).

Für den Norden zwei Versammlungen bei **Ballschneider**, Badstr. 16, und in der **Bockbrauerei**, Chausseestr. 64.

Für Tegel bei **Trapp**, Bahnhofstr. 1.

Für Oberschöneeweide im Lokal **Kasselwerder**, Haffelwerderstraße.

Für Köpenick bei **Ritter**, Bahnhofstraße.

Tagesordnung

in allen Versammlungen:

Beratung der am 25. Mai stattfindenden Generalversammlung

Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.

Zu diesen Versammlungen haben nur Mitglieder Zutritt.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse für das Töpfer-Gewerbe zu Berlin.

Su der am Montag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Königstadt-Kasino, Potsdamerstraße 72, stattfindenden ordentlichen

General-Versammlung

werden die Herren Vertreter der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber hiermit eingeladen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Prüfungsausschusses. 3. Statutenänderung (§ 63 betr. Gesamtumschreibungen). 4. Verschiedenes.

Als Legitimation gilt die schriftliche Einladung. 274/8

Der Vorstand. **Hugo John**, Vorsitzender.

Nathan Wand

129 Stallter Str. 129.

Die schönsten

Herrn-Sommer-Paletots

und Anzüge in neu sowie speziel

Monats-Garderobe

von Kapellern getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziel

speziel

Spezial-Anzüge sind in großer Auswahl stets zu namend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallter Str. 129.

Hochbahnstation Kottbuser Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Greift zu!

den besten

Monatsanzüge 9.50 B.

Abonnementanzüge 13.00

Wandlunganzüge 11.00

Partieanzüge 12.00

Gehrockanzüge 14.50

Anzüge, Erjak f. Moh. 20.50

Paletots 9.50

Hosen 2.00

Moldauer

Prinzenstraße 64, im Laden. — Straßenbahn-Verbindung. —

Echte Panama-Hüte

von uns direkt importiert

Unerreicht niedrige Preise □ Wert erheblich höher



Der echte Panama-Hut in feinsten Qualitäten ist federleicht und fast unverwundlich; bei einiger Schonung trägt man ihn jahrelang, denn er gewinnt nach jedesmaligem Waschen ein neues Aussehen. Der echte Panama-Hut hat einen hohen imaginären Wert, für besonders feine Exemplare sind von Liebhabern schon 1000 M. und mehr bezahlt worden. Der echte Panama-Hut wird aus den Blättern einer Pandanoeen-Art, einem palmähnlichen Gewächs mit lederartigen Blättern, das im tropischen Amerika heimisch ist, hergestellt.

Die Hüte können in jeder Façon getragen werden, da sie sich beliebig kniffen lassen. Die Hutbänder sind je nach Wahl schwarz oder farbig.

Panamahut Cordillero . M. 16.—	Panamahut Don Miguel M. 24.—
Panamahut Istmo M. 18.—	Panamahut La Fuente . M. 27.—
Panamahut Regenerado M. 21.—	Panamahut Presidente . M. 30.—

BAER SOHN

Chausseestrasse 29-30 □ 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Haupt-Katalog No. 34 kostenlos und portofrei.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer

sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Sonntag, den 10. Mai cr., nachmittags 4 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 270:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vierteljährlicher Kassabericht. Bericht der Revisoren. 2. Wahl des ersten Vorsitzenden und zweiten Schriftführers. 3. Bericht der Delegierten vom Verbandstage. 4. Verschiedenes. 145/10

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Zahlreichen Besuch erwartet.

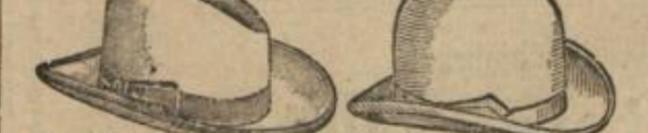
Wo? machen wir am Sonntag unseren Ausflug? **Rach Pichelswerder zum Alten Freund.** 26502*

Empfehle auch diesen Sommer mein Lokal zu Land- u. Wasserpartien.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116

(Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engrosgeschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1.50—6.00
Stiefe Herrenhüte v. 2.00—7.00
Nur fehlerfreie moderne Ware. Grösste Auswahl in Strohhüten und Mützen.



Das Rätsel

trotz teurer Lebensbedürfnisse doch elegant zu erscheinen. Wist das **Versandhaus Berliner Herrenmoden** nur Stralauer Straße 28 I, am Rollenmarkt, durch Lieferung gediegener Herren-Garderoben fertig und nach Maß an jedermann auch gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an. Eigene Schneidererei und Werkstätten, daher unübertroffene Leistungsfähigkeit. Beschäftigung unseres großen Betriebes lohnend. **Kein Kaufzwang. Kein Waren-Kredit.** Ueber unsere reelle Bedienung schriftliche Anerkennungen. **Nur Wunsch** Besuch unseres Stadtreisenden mit reichhaltigen Mustern. **Wochentags bis 8 Uhr und Sonntag geöffnet.** — Nachdruck verboten. —

Kongreßstoffe,

Stores, Gardinen, Stickerei, Tüll, seidene verflochten unter Preis, wegen Erbschaftsregulierung und Auflösung
Grüner Weg 80, parterre.

Dürkopp

bestes Material vorzüglichste Arbeit eleganteste Ausstattung
Kataloge umsonst
Dürkopp & Co., A.G. Bielefeld.
Gegründet 1867. Ca. 4000 Arbeiter.

Paletots Mark 40.— 38.50
36.— 34.— 32.50
30.— 28.— 24.—

18.50 an Anzüge

Mark 40.— 38.50
36.— 34.— 32.50
30.— 28.— 24.— **21.50 an**

M. Schulmeister
Dresdener Str. 4, am Kottbuser Tor
□ (Hochbahn-Station) □

Agitations-Kalender.

März.

Deutsche Rechtspflege.

Graf Hohenau ist nunmehr vom Ehrengericht zur Entfernung aus dem Offiziersstande verurteilt worden. Er geht damit seines Titels, seiner Orden und Ehrenzeichen verlustig. Der Spruch des Ehrengerichts ist vom Kaiser bereits bestätigt worden. Seine Pension als Generalmajor bezieht Hohenau dagegen weiter, weil diese ihm nicht ehrengerichtlich abgesprochen werden kann. Das Kriegsgericht hatte Hohenau „wegen nicht erwiesener Schuld“ freigesprochen.

11. Die Nachricht von der ehrengerichtlichen Verurteilung des Grafen Hohenau wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ dementiert.

10. Wegen den Genossen Rechtsanwalt Karl Liebknecht hat der Staatsanwalt wegen seiner angeblich hochverrätherischen Broschüre ein ehrengerichtliches Verfahren beantragt. Das Ehrengericht der Anwaltskammer, das nur aus Rechtsanwälten besteht, hat den Antrag abgewiesen mit der Begründung, daß in der Verurteilung politischer Ansichten keine Verletzung der Standesehre liege. Auf die Verurteilung des Staatsanwalts hat nunmehr das Kammergericht das Hauptverfahren gegen Liebknecht eröffnet.

18. Zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt die Strafkammer zu Görlitz den Genossen Fleißner aus Dresden als verantwortlichen Redakteur der „Görlitzer Volkszeitung“, weil er beim Bericht über die Verurteilung von Berliner Schulleuten wegen Mißhandlungen auf der Polizeiwache den Ausdruck „uniformierte Bestien“ gebraucht hat.

20. Am 19. Februar hatte der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg im Reichstage erklärt: „In der polizeilichen Abtreibung eines Lokals wegen der Parteistellung eines Versammlungsveranstalters ist schon nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung ein offizielles Amtsmißbrauch zu erblicken, der nach § 339 A.-Str.-G.-B. strafbar ist. Da nun der Dsmiger Amtsvorsteher Dr. Guradze den Wirt Anabe deshalb schwer geschädigt, weil er sein Lokal den Sozialdemokraten zur Verfügung gestellt hatte, so wurde er dem Staatsanwalt angezeigt. Nach 5 1/2 Wochen kam vom Staatsanwalt der Befehl, daß Herr Guradze bestraft, es könne, wenn in einem von Sozialdemokraten Lokal getrunken werde, zu Prügeleien mit den Ordnungsleuten kommen; deshalb stelle er, der Herr Erste Staatsanwalt, das Verfahren gegen Guradze ein.“

Aus der Zeit der Block-Politik.

8. Das preussische Enteignungsgesetz gegen die Polen wird mit den vom Herrenhause eingefügten Änderungen vom Abgeordnetenhaus angenommen.

14. Das „Berliner Tageblatt“ meldet: „Die Berliner Vörsen war heute fest auf das Gerücht, daß gestern ein Kompromiß über Vereinsgesetz und Vörsenreform zustande gekommen sei. Man erzählt sich, daß die Freisinnigen für den Sprachenparagraphen des Vereinsgesetzes stimmen würden, während die Konservativen bereit seien, für die wesentlichsten Teile der Vörsenreform einzutreten. Daß in dieser Richtung gearbeitet wird, ist nicht eben neu; die Meldung von dem vollzogenen Kompromiß eilt aber den Tatsachen wohl voraus.“

16. Auf die Drohung eines freisinnigen Blattes, den Sprachenparagraphen im Vereinsgesetz abzulehnen, schreibt die konservativ „Kreuzzeitung“:

„Nun, dann mögen sich die Freisinnigen vom Zentrum aus das Vörsengesetz bewilligen lassen, und interessiert es unter diesen Umständen nicht mehr.“

Und nicht minder deutlich schreibt die „Post“:

„Die allein richtige Taktik ist daher jetzt, bei § 7 des Vereinsgesetzes die politischen Voraussetzungen für die Gewinnung einer Mehrheit zur Ermöglichung der gewünschten Reform des Vörsengesetzes zu schaffen.“

Man vergleiche hiermit die spätere Behauptung des Freisinn, sein Umfall in der Sprachenfrage sei nicht durch Rücksicht auf das Vörsengesetz diktiert worden.

17. In der Sitzung der Vereinsgesetzkommission bieten die Freisinnigen ihren Umfall in der Sprachenfrage an.

18. Den Jahrestag der Revolution feiern die Freisinnigen, indem sie im Vereinsgesetz die Unterdrückung der Muttersprache der Polen gutheißen. Zugleich wird angekündigt, daß die Konservativen auch noch den Ausschluß der Jugendlichen verlangen werden.

19. Das Vereinsgesetz wird mit Unterdrückung der fremden Sprachen und Ausschluß der Jugendlichen in der Kommission angenommen.

20. Im Reichstage erklärt der Reichskanzler Fürst Bismarck in einer längeren Rede: „Würde mich irgend jemand widerlegen können, wenn ich sagte, daß kaum ein anderes Wahlrecht auf reiferes Urteil, auf geistige Bildung, auf politische Erfahrungen so wenig Rücksicht nimmt, als das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht?“

Soziales.

10. Nicht weniger als vier Parteien, nämlich die Konservativen, die Freisinnigen, die Nationalliberalen und das Zentrum, interpellieren im Reichstage, warum die Erhöhung der Beamtengehälter noch nicht erfolge. Den Grund dieses plötzlichen Eifers so kurz vor der preussischen Landtagswahl liefert der freisinnige Professor Sidhoff in die Worte: „Wir haben doch alle den Wunsch, wiedergewählt zu werden.“ — Reichschatzsekretär Sydow erklärt: an die Aufbesserung der Beamtengehälter sei erst nach der sogenannten „Finanzreform“ zu denken; erst müßten neue Einnahmen geschaffen sein.

10. Im preussischen Abgeordnetenhaus wird konstatiert, daß der Ertrag der Einkommensteuer im vorliegenden Jahre um 13 Millionen Mark heraufgeschraubt ist, weil mit Hälfte der neuen Bestimmungen des § 23, der die Unternehmer verpflichtet, das Einkommen ihrer Angestellten anzugeben, die Arbeiter viel scharfer zur Steuer herangezogen werden als die Kapitalisten.

11. Auch im preussischen Abgeordnetenhaus bringen die vier bürgerlichen Parteien (siehe oben) ihre Interpellation wegen Erhöhung der Beamtengehälter ein. Hier lautet die Antwort der Regierung, daß die Vorschlagsvorlage in der laufenden Session nicht mehr dem Landtag unterbreitet werden könne. Man müsse die Reform der Reichsfinanzen abwarten. Im Herbst solle die Vorlage kommen und dann würde man die Gehälter vom 1. April 1908 ab aufbessern.

11. Auf dem Stiftungsfest des „Landwirtschaftlichen Vereins von Woltersdorf und Umgegend“ in Sachsen sang man u. a. folgende schönen Verse:

Wir können uns den schönen Tag
Schon leisten ohne Not.
Denn um der Landwirtschaft zu nützen,
Ist man sie „oben“ mehrfach schätzen,
Damit recht teuer das Brot.

Wir werden deshalb heute nur
Am Fleisch uns essen satt.
Wir wollen sicher nicht vergessen,
Daß Brot nur von denen wird gegessen,
Wer kein Vieh im Stalle hat.

Es soll die edle Landwirtschaft,
Stets blühen und gedeihen.
Es muß ein jeder danach streben,
Den Preis der Produkte zu heben,
Dann bringt sie auch etwas noch ein.

Wenn 100 Mark der Scheffel Korn,
Die Butter eine Kron,
Wenn Gold man zahlt für Milch und Eier,
Das Schlachtwich dreifachmal so „teuer“,
Dann sind wir erst richtig belohnt.

25. Auf der Delegiertenversammlung des Landwirtschaftlichen Zentralvereins zu Königsberg stellt der Gutsbesitzer Henke-Reu-Waldeck den Antrag, beim preussischen Abgeordnetenhaus zu beantragen, daß es gesetzlich verboten werde, inländische Arbeiter bei dem bevorstehenden Bau des masurischen Schiffahrtskanals zu beschäftigen. Nur Gefangene, Zuchthäuser und billige ausländische Arbeiter dürften dabei arbeiten. Begründet wird dieser Antrag damit, es müsse unter allen Umständen verhindert werden, daß etwa der letzte Rest der in Ostpreußen vorhandenen Landarbeiter Lohnensere Beschäftigung beim Kanalbau finde.

Aus Heer und Flotte.

10. Der Reiter W. von der dritten Eskadron des 1. bayerischen schweren Reiterregiments hatte vom Schwefel seines Dienstpferdes einen etwa 12 Zentimeter langen, baumstarken Haarbüschel abgeschnitten. Er wollte sich daraus ein Kadelstiften anfertigen. Unter Auflage gestellt, wurde er vom Kriegsgericht freigesprochen, daß weder ein Diebstahl noch eine Beschädigung vorliege, da die Haare ja wieder wachsen. Gegen die Freisprechung legte der Gerichtsherr Verurteilung ein, und das Oberkriegsgericht verurteilte den Mann zu drei Monaten Gefängnis. Seine Revision wird vom Reichsmilitärgericht verworfen.

Aus unseren Kolonien.

19. Aus Südwestafrika kommt die Kunde, daß bei der Unterdrückung und Ausrottung der Eingeborenen wiederum 14 Söhne deutscher Mütter das Leben verloren haben. Außerdem sind neun schwer und acht leicht verwundet. Dies geschah am 16. März bei einem Angriff gegen Simon Copper. Von den Schwarzen wurden 58 getötet. — Wie in früheren Fällen, so nennt der Telegraph auch diesmal wieder nur die Namen von zwei Offizieren, die sich unter den Toten befanden. Die anderen sind einfach „12 Mann“.

Taten der Polizei.

4. In Braunschweig begann am 24. Februar ein Streit in der Bleiwarenfabrik von Boper u. Sohn. In den Streikenden gehörten einige österreichische Arbeiter. Schon am 27. Februar wurden zwei von ihnen ausgewiesen. Der gelbe sogenannte Vaterländische Arbeiterverein hat ebenfalls Oesterreicher unter seinen Mitgliedern. Diese werden nicht ausgewiesen, obgleich der Verein laut Statut auch die Beteiligung an allen öffentlichen Wahlen seinen Mitgliedern zur Pflicht macht.

18. In Berlin macht die Polizei an der Moskibrücke und in der Landsberger Allee wieder verschiedene siegreiche Attacken gegen Leute, die das Andenken der Revolution feiern.

23. Vor dem Stuttgarter Landgericht beginnt die Verhandlung gegen Genossen Heymann, Redakteur des „Wahren Jakob“, wegen angeblicher Beleidigung der Breslauer Polizei. Die Beleidigung wird gefunden in einem satirischen Witz, das sich mit dem Verhalten der Breslauer Polizei im April 1906 beschäftigt, als dem Virewald die Hand abgeschlagen wurde. Etwa 40 Zeugen sind deswegen in Breslau vernommen worden. Aus deren Aussagen ergibt sich unter anderem: „Was, halt die Presse, ich hau' dich mitten entzwei!“ schimpft der eine Breslauer Polizist, „was machen Sie noch hier, Sie dickwampige Sau!“ schreit der andere eine schwangere Frau an. Ein Bote, der den Arzt zu einem schwer blutenden Manne holen soll, wird nicht zum Haus hinausgelassen. Ein Arzt sagt aus: „Der größte Teil der Verletzungen befand sich auf dem Rücken. Dies erregte die Verwunderung der Ärzte.“ Und dann der „Fall Virewald“! Das Urteil soll am 30. März verkündet werden.

30. Das Urteil im Prozeß der Breslauer Polizei gegen den „Wahren Jakob“ lautet auf 150 Mark Geldstrafe, weil die Kritik des „Wahren Jakob“ sich gegen die Gesamtheit der Polizei richte, während nur bewiesen sei, daß ein Teil der Schutzleute ihre Befugnisse erheblich überschritten habe. Es hätten sich nach dem Urteil bei der Räumung der Nebenstraßen eine Reihe von Hebergreifen der Schutzleute ereignet, die nicht zu rechtfertigen seien.

Terrorismus.

24. Der freisinnige Breslauer Magistrat hat wieder einmal einige Mitglieds der Gemeindearbeiter-Verbandes gemahnt, darunter Leute, die bereits 10 Jahre im Dienst waren. Als Grund gibt der Magistrat das „gehässige Treiben“ des Verbandes an, weil dieser „dreist verkünde“, daß die Verbesserungen in der Lage der städtischen Arbeiter seinem Einfluß zu danken wären. Wörtlich fährt der freisinnige Magistrat fort: „Wir halten es schon für unanständig und eines ehrlichen Arbeiters unwürdig, wenn unser guter Wille von städtischen Arbeitern öffentlich bestritten wird. . . . Mit Leuten, die sich solche verleumderischen Behauptungen aneignen und sie weiter verbreiten, können wir nicht zusammen arbeiten. Das muß auch jeder ehrenhafte Arbeiter einsehen. . . .“ Der Freisinn also terrorisiert die Arbeiter schon, wenn sie an seinen guten Willen nicht glauben wollen.

Gegnerische Parteien.

16. Die freisinnige „Berl. Morgenpost“ erzählt, daß die beiden freisinnigen Parteien in ihrem Sein und Nichtsein von dem Wohl- oder Unwohlsein der Interessentengruppen abhängen, deren Ged sie bei den Wahlen brauchen. Die Freisinnigen bekommen ihr Pulver teils von den Banken, teils von der Börse und teils von gewissen Industrien. . . . Diesen gegenüber befinden sich die Parteileitungen in einer beschämenden Abhängigkeit. . . . Demgemäß richtet sich auch die Politik der Partei ganz nach den Wünschen dieser Geldgeber, deren Interessen man zunächst vertritt, weil sie berechtigt waren, die man aber dann allen

anderen politischen Rücksichten voranstellen mußte, um die Geldgeber bei Laune zu erhalten. . . . Die Führer der Partei sehen wohl jetzt durchweg ein, daß der Block unhaltbar ist, aber sie müssen stillhalten, weil sie durch Gefährdung des Vörsengesetzes die Börse nicht unheilbar verkrüppeln dürfen. Sie werden, wenn es sein muß, auch den Sprachenparagraphen des Vereinsgesetzes opfern, denn solche Opfer gehen nicht aus Leben, wenigstens nicht sofort, während das Verfliegen der Geldquellen die ganze Partei mit einem Schläge aufs Trockene setzen würde.“

Weiter schreibt das Blatt: „Vor einigen Jahren wurde von der freisinnig-volksparteilichen Leitung die Kandidatur eines Fabrikanten forciert, dessen ganze Verdienste um die heilige Sache in reichlichen Alibitionen (Spenden) für das chronisch notleidende Parteiblatt und in der Adaptionierung eines Parteivorstandsmitglieders für den Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft bestanden hatte. . . . Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist für die kommenden Landtagswahlen ein ähnlicher Kandidat, diesmal aus Grundstückspekulantenkreisen, im Anmarsch. Der Mann will sich die Sache etwas kosten lassen. Uebrigens hat die Kammissar der Kapitalisten auch ihre Grenzen. Als man vor einigen Jahren einen Großhändler zur Spende von 50 000 M. verlocken wollte, da erwiderte er höhnisch, für 50 000 M. könne er sich allein einen Abgeordneten halten.“

Der Fabrikant ist Herr Gerschel, das in den Aufsichtsrat adoptierte Parteivorstandsmitglied ist Herr Müller-Sagan, der Grundstückspekulant ist Herr Haberland.

30. In einer Versammlung in Stettin erzählte Herr Kopsch über den Ordensstreik, der wegen der Verdienste um die Vörsenpolitik über die bekannten „freisinnigen“ Blockhandlanger niedergegangen war, folgendes Geschichtchen: Als man feierlich im Reichstage auf den Plagen die Einladungen zum Ordensstreik vorgefunden, sei „man“ ganz „konservativ“ gewesen. Die Freisinnigen seien zu einer Beratung zusammengetreten, und man habe jemand abgesandt mit der Frage, ob die Absicht der Dekorierung nicht rückgängig zu machen sei. Das wäre verneint worden. In weiterer Beratung habe man dann festgestellt, daß auch frühere verdiente Freisinnige: Forderbeck, Rommeln, Virchow usw. Orden erhalten und angenommen hätten, und es eine Beleidigung dieser Männer noch im Grabe sei, wenn man jetzt die Orden ablehne.

Auswärtige Politik.

6. Die Londoner Zeitung „Times“ veröffentlicht die Mitteilung, daß der deutsche Kaiser einen Brief an den englischen Marineminister Lord Tweedmouth über die Flottenpolitik gerichtet habe. Dieser Brief, so behauptet der „Times“-Korrespondent, verleihe sich zu dem Versuche, den für unseren Flottenetat verantwortlichen Minister im deutschen Interesse zu beeinflussen. Der Brief sei zweifellos authentisch und Lord Tweedmouth habe ihn beantwortet.

7. Mit dem Brief des deutschen Kaisers an den englischen Marineminister hat sich das englische Ministerium in einem Kabinettsrat beschäftigt, worauf der Minister Asquith im Unterhause erklärte, es handle sich um rein private und persönliche Mitteilung, die ebenso beantwortet worden sei, ohne daß das Kabinet vom Brief oder von der Antwort etwas erfuhr. Ueber den Marinevorschlag sei übrigens schon vor Ankunft des Briefes endgültig entschieden worden.

Das deutsche Auswärtige Amt erklärt offiziell: die Behauptung der „Times“, daß der Kaiser einen Versuch gemacht habe, sich in die britischen Flottenpläne zu mischen, sei unzuverlässig. In seinem Brief forgiert der Kaiser nur gewisse irrtümliche Ansichten, die in England bezüglich der Entwicklung der deutschen Flotte herrschen.

9. Die englischen Parlamente fordern vom Ministerium Rechenschaft wegen des Briefes des deutschen Kaisers. Im Unterhause erklärt der Schatzkanzler Asquith, daß er seinen Ausführungen vom letzten Freitag nichts weiter hinzuzufügen habe, als daß Lord Tweedmouth sofort nach Empfang des Briefes diesen dem Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey gezeigt und sich mit Grey darüber verständigt habe, daß der Brief keinen offiziellen Charakter trage und als eine Privatmitteilung zu behandeln sei. Es könne absolut keine Rede davon sein, eine private, persönliche Korrespondenz auf den Tisch des Hauses niederzulegen.

Im Oberhause erklärt der Empfänger des Briefes, Lord Tweedmouth selbst:

„Es ist Tatsache, daß ich am 18. Februar einen Brief vom deutschen Kaiser erhalten habe. Dieser Brief ging mir auf dem gewöhnlichen Postwege zu. Der Brief war ein privater und persönlicher. Er war sehr freundlich gehalten und sein Ton war ganz ungezwungen. Als ich ihn erhielt, zeigte ich ihn Grey, der mit mir einer Meinung darüber war, daß er als Privatbrief und nicht als offizielles Schreiben zu behandeln sei. Demgemäß sandte ich dem Kaiser am 20. Februar ein Antwortschreiben, das in demselben Sinne gehalten war, wie sein eigener an mich gerichteter Brief, nämlich in einem freundlichen, zwanglosen Tone.“

27. An Stelle des amerikanischen Gesandten in Berlin, Tower, der seinen Posten verläßt, ist von der amerikanischen Regierung Herr Hill ernannt worden. In der bürgerlichen Presse wird erzählt, daß der deutsche Kaiser nachträglich seine Unzufriedenheit mit dieser Ernennung ausgedrückt habe. Die „Vossische Ztg.“ behauptet, der Grund dieser allerhöchsten Unzufriedenheit sei, daß Hill nicht so reich sei wie Tower und deshalb in Berlin nicht in einer der Weltmachtstellung der Vereinigten Staaten entsprechenden Weise auftreten könne, worunter „das Prestige (Ansehen) Amerikas in Deutschland leiden“ werde.

Der Fall verursacht in Amerika Aufsehen und Erregung.

Verschiedenes.

8. Die Mülhauser „Volkszeitung“ berichtet, daß der verflozene Statthalter Fürst Hohenlohe-Langenburg für die ihm von seiner Frau zugefallene Erbschaft, die mehrere Millionen betrug, keine Erbschaftsteuer bezahlt habe. Er soll der Steuerbehörde gegenüber geltend gemacht haben, daß er kein dauerndes Domizil in Elßah-Lothringen habe und darauf habe sich die Steuerbehörde bereit erklärt, von ihrer Forderung abzulassen.

11. In einem Schreiben an den Staatssekretär v. Müller befragt der Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, daß er die Erbschaftsteuer nicht bezahlt habe, und zwar weil ihm schon lange vor dem Tode der Fürstin der Vorstand der Finanzabteilung, Unterstaatssekretär v. Schraut gütlich erklärt habe, er sei zur Zahlung in Elßah-Lothringen nicht verpflichtet.

19. Die Journalisten des Reichstages beginnen einen Streit, weil der Zentrumsabgeordnete Landgerichtsrat Gröber sie „Saubengel“ geschimpft hat.

Lammerlöhne.

In den letzten Jahren waren viele dienstwillige Federn tätig, um immer wieder die Behauptung zu wiederholen, die Lebensmittelpreissteigerung sei ein Segen, die Lage der Arbeiterschaft habe sich gehoben, die Löhne seien mehr gestiegen als die Aufwendungen für Lebensbedürfnisse. Eine der großindustriellen Handelskammern läßt in ihrem Jahresbericht also sich vernehmen:

„Da muß nun vor allem ein nachdrücklich betont werden, nämlich, daß es völlig verkehrt sein würde, wegen gewisser vorübergehender Erscheinungen, wie der — für weitere Bevölkerungssteigerung ohne Zweifel als recht empfindlichen — Steigerung gewisser Lebensmittelpreise, in das System der grundsätzlichen Maßnahmen Besche zu legen, die zum Schutze unserer Landwirtschaft getroffen sind und die einen integrierenden Teil unserer Wirtschaftspolitik überhaupt bilden.“

Die Folge eines solchen Vorgehens würde nicht nur die Landwirtschaft selbst, sondern weiterwirkend auch Industrie und Gewerbe und in letzter Linie wieder die Arbeiter treffen. Denn die durch die guten Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gestärkte Konsum- und Kaufkraft der landwirtschaftlichen Kreise ist es, der zu einem wesentlichen Teil die starke und erfreuliche Steigerung des inländischen Absatzes und damit die reichliche Arbeitsgelegenheit zuzuschreiben ist, von der auch die industriellen Arbeiter in den letzten Jahren in so hohem Maße Nutzen gezogen haben. Darüber kann gar kein Zweifel sein: Geht der Landbedarf wesentlich zurück und tritt damit eine erhebliche Verminderung der Arbeitsgelegenheit ein, so ist auch gemeiniglich ein Sinken der Löhne nicht zu vermeiden. Dieser Zusammenhang ist übrigens heute auch wohl jedem Arbeiter bekannt, ebenso wie auch in Arbeiterkreisen längst die Ueberzeugung zum Durchbruch gekommen ist, daß billige Lebensmittelpreise keineswegs unter allen Umständen das Wohl der Arbeiter ausmachen.“

Die Verteiliger der Lohnzettelpolitik können nicht einmal nachweisen, daß die Arbeiter wenigstens in dem besten Jahre der jüngsten Prosperitätsperiode, im Jahre 1906, allgemein einer Gehung der wirtschaftlichen Lage sich erfreuten. Für einen großen Teil der Lohnarbeitenden Klasse ist nämlich selbst in diesem Jahre die Lohnzunahme hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurückgeblieben. Und dabei waren in diesem Jahre die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte selten günstig. Es sind aber nicht nur die Löhne nicht in entsprechender Weise gestiegen, sie hielten sich vielfach auch auf einem kaum glaublich niedrigen Niveau. In der nachfolgenden Tabelle stellen wir, nach den Rechnungsergebnissen der gewerblichen Berufs-genossenschaften, die sich auf Grundlage der ausgewiesenen Kaszarbeiter und der tatsächlich gezahlten Löhne berechneten Tagelöhne und wirklich erzielten Jahreseinkommen der Jahre 1905 und 1906 in Vergleich.

Berufsgenossenschaften	Tagelöhne im Jahre 1906		Jahresdurchschnittslöhne für einen Arbeiter (300 Arbeitstg.) im Jahre 1906		Jahresdurchschnittseinkommen pro durchschnittlich beschäftigten Arbeiter im Jahre 1906	
	1906	1905	1906	1905	1906	1905
Rheinisch-Westfälische Hütten- und Bergbau	4,91	4,68	6,06	1600	1418	6,23
Nordöstliche Bau	4,41	4,20	5,00	980	914	5,08
Hamburgische Bau	4,84	4,08	6,37	954	898	6,24
Knappschütz Maschinenbau und Meinelindustrie	4,81	3,96	5,84	1293	1189	6,75
Heinrichshütte	4,13	3,88	5,09	1241	1179	5,26
Nordwestl. Eisen- und Stahl	4,06	3,83	6,00	1218	1149	6,01
Südwestl. Eisen- und Stahl	4,05	3,88	4,38	1096	1020	4,51
Südwestl. Bau	4,04	3,84	5,21	1215	1186	5,19
Nordöstliche Maschinenbau-Industrie	4,01	3,77	3,72	1149	1084	6,00
Privatbahn	3,99	3,90	2,56	694	718	3,46
Strohen- und Kleinbahn	3,97	3,77	5,30	1246	1214	2,64
Rheinisch-Westfälische Bau	3,98	3,82	3,66	1235	1104	2,59
Südwestliche Bau	3,88	3,60	7,77	862	792	7,68
Gas- und Wasserwerke	3,87	3,68	4,89	878	828	5,48
Norddeutsche Metall	3,80	3,72	3,76	1150	1115	3,95
Südwestliche Bau	3,75	3,51	0,84	1043	932	11,90
Südwestliche Bau	3,75	3,59	4,46	973	1000	2,70
Chemische Industrie	3,71	3,54	4,80	1074	1026	4,68
Tiefbau	3,70	3,54	4,52	634	610	3,93
Sächsischer Bau	3,67	3,48	5,58	795	761	4,47
Südwestliche Eisen- u. Stahl	3,66	3,44	0,39	1041	981	0,12
Sächs.-Thüring.	3,64	3,48	4,50	1062	1019	4,22
Lagererei	3,59	3,48	4,86	1076	1029	4,57
Deutsche Buchdruckerei	3,56	3,47	2,59	938	891	5,27
Beaver- und Mälzerei	3,53	3,49	1,14	1155	1169	1,37
Bürttembergische Bau	3,50	3,37	3,85	677	647	4,64
Bayerische Bau	3,49	3,39	16,72	899	659	6,07
Lederindustrie	3,49	3,28	0,40	1011	961	5,20
Hannoversche Bau	3,47	3,34	3,80	764	734	4,09
Hessen-Nassauische Bau	3,41	3,21	6,23	779	733	6,28
See (Ostdeutsche)	3,40	3,37	0,89	940	920	1,51
Steinbruch	3,31	3,14	5,38	807	855	3,38
Glas	3,28	3,24	1,23	909	887	2,71
Magdeburger Bau I.	3,27	3,20	0,91	628	659	4,70
Norddeutsche Bau	3,23	3,09	4,53	879	842	4,39
Südd. Edel- u. Unedelmetall	3,22	3,07	4,89	965	921	4,78
Südwestdeutsche Holz	3,21	3,04	3,50	778	738	5,42
Ziegel	3,16	3,09	2,29	639	625	5,44
Schlesische Eisen- und Stahl	3,11	3,01	3,32	905	887	2,94
Kuhwerts	3,10	2,96	5,08	888	838	0,60
Westdeutsche Binnen-Schiffahrt	3,06	3,13	2,23	870	781	4,89
Juder	3,06	2,90	5,52	565	515	0,71
Bekleidungsindustrie	3,00	2,87	4,53	814	782	4,09
Mälzerei	2,98	2,87	3,83	895	861	3,95
Schornsteinfegermeister	2,97	2,87	3,49	892	862	3,48
Sächsische Holz	2,96	2,84	4,23	882	815	2,09
Mälzerei, Brenner- und Stärke-Industrie	2,94	2,87	2,44	800	871	0,23
Lägererei	2,91	2,77	5,05	874	894	4,79
Seiden	2,88	2,74	4,38	857	822	4,26
Papierverarbeitungs	2,86	2,79	2,51	859	839	2,38
Schlesisch-Posenische Bau	2,86	2,77	3,25	628	611	2,76
Rheinisch-Westfälische Textil	2,84	2,73	4,03	852	821	3,78
Thüringische Textil	2,81	2,68	4,85	642	616	4,22
Bayerische Holz	2,79	2,66	4,80	809	769	8,76
Ostdeutsche Binnen-Schiffahrt	2,78	2,65	4,90	708	618	12,94
Sächsische Textil	2,73	2,52	8,37	721	683	5,56
Nahrungsmittelindustrie	2,72	2,63	3,42	735	691	0,36
Papiermacher	2,68	2,53	5,93	826	791	4,42
Eisen-Bohrmaschinen Textil	2,62	2,40	5,00	756	720	4,17
Ullah-Bohrmaschinen Textil	2,44	2,34	4,27	722	702	2,85
Norddeutsche Textil	2,43	2,41	0,83	733	744	1,48
Schmelze	2,41	2,17	11,60	644	642	0,31
Südwestdeutsche Textil	2,30	2,16	0,49	691	649	0,47
Tobak	1,92	1,84	4,35	575	535	7,48
Fließerei	1,92	1,85	3,78	699	678	3,09
Schlesische Textil	1,84	1,75	5,14	568	536	5,04

Wie die Tabelle ergibt, halten sich die Lohnzunahmen in einer Reihe Berufs-genossenschaften sowohl bezüglich der Tagelöhne als auch der wirklich erzielten Jahresdurchschnittseinkommen weit unter 5 Proz. Bei 36 Berufs-genossenschaften macht die Steigerung des durchschnittlichen Jahreseinkommens noch keine 5 Proz. aus. Vereinzelt sind sogar direkte Minderverdienste nachgewiesen.

In 28 Berufs-genossenschaften beträgt der Tagesdurchschnittslohn nicht einmal 3 M., und bei 45 von den 66 Berufs-genossenschaften

bleibt der Tagesdurchschnittslohn unter 3,50 M., nur bei 9 Berufs-genossenschaften geht er über 4 M. hinaus. Und das Jahr 1906 hat nach den Behauptungen der Unternehmer und der ihnen dienstwilligen Presse den Arbeitern sabelhaft hohe Löhne und eine beneidenswerte Höhe der Lebensführung erbracht!

Der Kölner Herzstreik.

Mit dem 1. Februar 1906 erreicht der Zustand sein Ende, daß die Kölner Krankenkassen mit ihren weit über 100 000 Mitgliedern mehr- und willenlos dem Allgemeinen ärztlichen Verein ausgeliefert sind. Fünf volle Jahre hindurch hat die Kölner Krankenkassen des Selbstverwaltungsberechts beraubt gewesen; fünf volle Jahre haben die Kassen dem Ärzteverein als milchgebende Kuh gebient.

Im Jahre 1904 traten die Mitglieder des Allgemeinen ärztlichen Vereins Leipziger Oberleitung in den Streit. Durch den Vertragsbruch einer Anzahl Kassennärzte führte man künstlich einen Zustand herbei, den die Regierung zu Köln als Notstand in der ärztlichen Behandlung der Versicherten bezeichnete. Die Regierung schloß auf Grund der Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes über die Kasse der Kassenvorstände hinweg mit der „Abteilung für freie Arztwahl“ des ärztlichen Vereins einen fünfjährigen Vertrag, wonach den Kassen das Selbstverwaltungsrecht bezüglich der gesamten ärztlichen und Hospitalbehandlung sowie der Arzneilieferung entzogen und gewaltsam die sogenannte freie Arztwahl eingeführt wurde. Zugleich wurde der Honorarfuß, den die Kassen zu zahlen hatten, auf 5 M. pro Einzelmitglied und 15 M. bei Familienbehandlung, also durchschnittlich auf das Doppelte erhöht. Dann wurden die Ärzte auf Grund eines sinnlosen Couponsystems auf die Kassenmitglieder losgelassen. Es begann eine Jagd nach „Popularität“ und — Coupons. Die Simulanten hatten herrliche Tage. Die Ausgaben der Kassen für Krankengeld, Kartzehonorar, Arzneien und Stärkungsmittel flogen ins Ungeheure. Eine durch das Statistische Amt der Stadt Köln auf Anordnung des Oberbürgermeisters vorgenommene Erhebung brachte den Nachweis, daß lediglich die sogenannte freie Arztwahl mit ihren typischen Defekterscheinungen die Ursache der riesigen Mehrausgaben und des Schwindens der Reservefonds war.

Um den glatten Zusammenbruch des Systems der freien Arztwahl zu verhindern, arbeitete man von oben mit den größten Mitteln: Unerfährten Arbeiterinnen wurden die Stärkungsmittel, schwindsüchtigen Arbeitern die nötigen Arzneien verweigert, schwachfranke Leute wurden gesund und arbeitsfähig „geschrieben“; die Zahl der zur Kur überwiesenen Kassenmitglieder ging zurück. Die ärztliche Nachuntersuchungskommission leistete die unglaublichen Dinge und zog sich den Titel „Gesundheits- und Arbeitskommission“ zu; kurz: es entwickelten sich Zustände, die als „Köln 1904“ in die Geschichte der ärztlichen Behandlung konstruiert werden können, wenn am 31. Januar 1906 der heutige Vertrag mit den Ärzten abläuft, sicherten sich die Krankenkassen sofort 34 Ärzte vertraglich zum 1. Februar: 14 bisherige Mitglieder des Kölner ärztlichen Vereins und 20 Herren, die zurzeit noch in Leipzig als Distriktsärzte tätig sind. Es liegen noch etwa 100 weitere Angebote vor; der Kölner Krankenkassenverband will aber vorläufig den in Köln ansässigen Ärzten den Vorrang lassen, ehe er weitere Engagements vollzieht.

Mittlerweile waren die Verhandlungen zwischen Krankenkassenverband und Ärzteorganisation wieder aufgenommen worden. Die Sitzungen fanden unter Leitung des Oberbürgermeisters Wallraf statt. Der Vorstand des Kasserverbandes erklärte sich bereit, insgesamt 100 Ärzte anzustellen und den Mitgliedern die Auswahl unter diesen völlig freizulassen. Schließlich stimmten sie auch dem Vermittlungsvorschlag des Oberbürgermeisters zu, 150 Ärzte unter Einrechnung derjenigen bereits engagierten 34 Ärzte, die von ihrem Vertrage nicht zurücktreten wollen, anzustellen, und pro Einzelmitglied 5 M. bei Familienbehandlung 15 M. zu zahlen. Der erste Vorschlag wurde von den Ärzten nicht mal einer Antwort gewürdigt, der Vermittlungsvorschlag des Oberbürgermeisters glatt abgelehnt. Schließlich stellte der Ärzteverein ein Ultimatum, wonach die „Abteilung für freie Arztwahl“ nach wie vor im Allgemeinen ärztlichen Verein bestehen bleiben und als solche mit den Kassen die Verträge abschließen sollte; die Zahl der behandelnden Ärzte sollte nur, soweit diese freiwillig auf die Kassenpraxis verzichteten, vermindert werden. (Heute sind über 300 Ärzte zugelassen.) Ueber das fünftägige Verhältnis der bereits von den Kassen engagierten 34 Ärzte äußerte der Ärzteverein sich nicht. Die Kassenvorstände lehnten dies Ansuchen, das an dem bisherigen Zustande so gut wie nichts ändert, natürlich ab. Das Angebot gewisser „Garanten“ bezüglich des finanziellen Ergebnisses der freien Arztwahl wiesen die Kassenvorstände ebenfalls auf Grund der in dieser Beziehung in Leipzig gemachten Erfahrungen zurück. Die Verhandlungen wurden unter diesen Umständen von dem Oberbürgermeister als gescheitert aufgehoben.

Am Mittwoch nahmen die Vorstände der Kölner Orts-, Betriebs- und Innungsorganisationen zu den Verhandlungen Stellung. Die außerordentlich stark besuchte Versammlung verließ in vollster Einmütigkeit, Arbeiter, wie Unternehmervertreter gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß es sich für den Leipziger Ärzteverband lediglich um einen Machtkampf handle. Der Ärzteverband wolle durch seine Beherrschung der Kassenpraxis die Ärzte an die Organisation fesseln.

In der Versammlung erfuhr die Kampfesweise des Ärztevereins eine große Beleuchtung. Es wurde zunächst auf die Tatsache hingewiesen, daß schon vor vier Jahren auf Veranlassen des Ärztevereins eine Anzahl zu den Kassen nach im Vertragsverhältnis stehender Ärzte kontraktbrüchig geworden ist. Ferner wurde berichtet, daß Vertreter des Ärztevereins bis in die Nacht hinein im Automobil herumgefahren sind, um die Mitglieder durch schriftliche Abgabe des Ehrenwortes zu verpflichten, zu einem von dem Ärzteverein zu bestimmenden Termine die jetzt gültigen (mit der Regierung abgeschlossenen) Verträge zu brechen, wodurch man die Kassen in eine plötzliche Notlage bringen und dem Ärzteverein gefügig machen wollte. Ferner mußten die Mitglieder eine Urkunde unterschreiben, die sie vollständig dem Ärzteverein in die Hand gibt; sie müssen sich unter Ausschluss jedes Rechtsweges dem ärztlichen Ehrengericht unterwerfen und bei einer von diesem beschlossenen Verurteilung zur Zahlung von 3000 M. konventionellstrafe verpflichten. Der Vertrag gilt auf fünf Jahre. Mit welchen Mitteln der Leipziger Verband weiter arbeitet, ging aus dem Schreiben eines Arztes hervor, der beobachtet, in Köln nicht in ein Vertragsverhältnis zu dem Kasserverband treten zu können, weil der Leipziger Verband ihm, als er in einer Notlage war, ein Darlehen von 2000 M. geradezu aufgebrängt habe, wofür er sich verpflichten mußte, zehn Jahre lang keine Stelle ohne Genehmigung des Kasserverbandes anzunehmen. Endlich wurde von einzelnen Rednern nachgewiesen, daß die gedruckten Rundgebungen: Zirkulare, Inserate und Prechartikel, womit der Leipziger Verband die deutsche Ärzteschaft und die Öffentlichkeit geradezu übersättigt, von Unwahrheiten wimmeln. Man könne aus alledem erkennen, wessen man sich von Seiten der Ärzteorganisation zu versehen habe.

Große Heiterkeit erregte die Feststellung, daß sich unter den eifrigen „Kämpfern“ der freien Arztwahl und den Unterzeichnern der öffentlichen Erklärungen eine ganze Anzahl Mediziner befindet, die teils selber in hochdotierten Positionen an staatlichen oder kommunalen Kassen sitzen, teils in dem Vereinigen des Kölner Ärztevereins mit der Annäherung versehen sind, daß sie Kassenmitglieder nur auf den Ueberweisungsbefehl eines anderen Arztes und auch dann noch „ohne Gewähr“ behandeln.

Die Versammlung endete mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, in der der Zuersticht Ausdruck gegeben wird: „daß der von der Leipziger Ärzteorganisation um ein Nachtprinzip gewollte, für die Kassen unter den denkbar günstigsten Auspizien begonnene Kampf seitens des Kassenvorstandes mit aller Energie zu einem siegreichen Ende geführt wird, damit die Kassen von dem sie bedrückenden Joch der freien Arztwahl befreit werden und im Interesse der belästigten Arbeitgeber wie der Versicherten endlich einmal wieder zu gesunden und normalen Verhältnissen gelangen“.

Neunte Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter.

Leipzig, 7. Mai 1906.

I. Verhandlungstag.

Zum Punkt

Einführung von Arbeitsnachweisen

erhält Krähig das Wort.

Der Referent erläutert zunächst, daß bei dem Plan, den er zur Regelung des Arbeitsnachweises aufmachen will, vor der Hand nur die Regelung des Arbeitsangebots ins Auge gefaßt werden kann, welches aber für die Arbeiterschaft schon von außerordentlich großem Interesse wäre. Allerdings würde dieser Arbeitsnachweis ganz beträchtlich abweichen von der Art und Weise, wie die paritätischen, die kommunalen und die Unternehmer-Arbeitsnachweise diese Materie zu regeln suchen. Besonders bei den Unternehmern machen sich energische Bestrebungen geltend, den Arbeitsnachweis in ihre Hand zu bekommen, und zwar, weil sie in demselben ein wesentliches Kampfmittel gegen die Forderungen der Arbeiterschaft erblicken; das haben die letzte Generalversammlung der Textilindustriellen und die „Arbeitsgeheimhaltung“ ganz offen ausgesprochen. Unser Verband muß deshalb notwendig auf der ganzen Linie versuchen, den Arbeitsnachweis selbst in die Hand zu nehmen. Um die Nachfrage nach Arbeitskräften brauchen wir uns in der Textilindustrie keine zu großen Kopfschmerzen zu machen. Denn es ist Tatsache, daß in verschiedenen Bezirken, und ganz besonders in den geilen Arbeiterkategorien, ein Mangel an Arbeitern zu verzeichnen ist. Mit der fortschreitenden Technik, wo die Maschinen komplizierter werden, wird das in noch höherem Maße der Fall sein; ganz besonders da, wo Qualitätsware und sehr teures Rohmaterial bearbeitet wird. Wo müssen die Unternehmer darauf bedacht sein, auf geschulte Arbeiter zu behalten; ungelernete und Gelegenheitsarbeiter würden auf diesen teuren Maschinen und bei diesem wertvollen Material ungeheuren Schaden anrichten. Außerdem wird seitens der Abnehmer immer stärker auf fehlerfreie Ware und auf besonders kurze Lieferungsfristen gedrungen. Das alles sind Chancen; wenn wir die richtig ausnützen, so können wir die Unternehmer von einer Verlegenheit in die andere bringen. Redner legt dann einen ganz detaillierten Plan vor, wonach das ganze Verbandsgebiet mit örtlichen Arbeitsnachweisen überzogen werden soll. Diese sollen in den einzelnen Gauen zusammenlaufen in Gauarbeitsnachweise, die Spitze aber soll ein Zentralarbeitsnachweis bilden, der in Händen des Zentralvorstandes ruht. Es folgen dann noch eine ganze Anzahl anderer Vorschläge, wodurch stets in wirksamer Weise Aufführung über die Verhältnisse aller einzelnen Orte verbreitet werden soll, in denen mit einer Lohnbewegung eingeleitet wird oder in denen seitens der Unternehmer Arbeiter verlangt werden. Redner erläutert die Wirkung seiner Vorschläge an einer Reihe von Beispielen. Seine gesamten Ausführungen, auf die wir aus erläuterlichen Gründen in der Öffentlichkeit nicht näher eingehen, werden mit großem Interesse verfolgt und mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen. Ohne Debatte wird die vom Referenten eingebrachte Resolution einstimmig angenommen.

Die Regelung des Angebots der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt der deutschen Textilindustrie erachtet die Generalversammlung in Leipzig als eine dringende Aufgabe der Organisation. Sie beauftragt daher den Zentralvorstand, gemeinsam mit den Gau- und Ortsverwaltungen die Regelung des Arbeitsnachweises in die Hand zu nehmen. Mit dieser Regelung, welche in dem vom Referenten gezeichneten Rahmen erfolgen soll, soll sofort nach dem Gewerkschaftskongress in Hamburg begonnen werden.

Damit sind die Verhandlungen des vierten Verbandstages erschöpft, da der Nachmittag der Besichtigung der Konsumvereinsanlagen gewidmet ist.

Gerichts-Zeitung.

Das Muster eines Polizeibeamten.

Der Schuhmann Mühlbörfer wurde vor einem Jahre in Stadthaus bei Regensburg als Schuhmann angestellt. Mit einem Monatsgehalt von 75 M. konnte er allerdings nicht gut auskommen. Seine Frau ging deshalb systematisch auf den Diebstahl aus. Auch vor einem schweren Einbruch schreckte sie nicht zurück. Kein Mensch durfte hinter dem Schuhmannsehepaar die Schuldigen. Die Untersuchung hatte die Behörde dem Ehepaar die Diebstahl selbst übertragen. Der konnte natürlich den Dieb nicht erwischt. Endlich hatte er ihn doch gefunden. Auf gauerhafte Weise verband der Schuhmann einen Gärtnerlehrling der Diebstahl verdächtig zu machen. Aus einem Kleiderladen heraus verhaftete er den Jungen und zog ihn an den Ohren in das Nachtlokal. Dort sollte der arme ahnungslose Junge nun fürchterliche Stunden erleben. Mit Schlägen ins Gesicht begann das Verhör. Weil er nicht sagen konnte und wollte, ja ich habe die Diebereien der Schuhmannsfrau begangen, schleppte ihn der Polizeier ins Arrestlokal, warf ihn auf den Strohsack und prügelte den Knaben mit einem Stöckchen fürchterlich durch. Nach einiger Zeit holte der Schuhmann sein Opfer wieder ins Nachtlokal, nahm einen Dienstrevolver, setzte die scharf geladene Waffe dem vor Angst bebenden jungen Menschen auf die Brust und versuchte ihn, unter Drohungen mit Totschüssen ein Geständnis abzupressen. — Der Junge aber gestand immer noch nicht, und wieder wurde er unter Drohungen und Mißhandlungen ins Arrestlokal geworfen. Das wiederholte sich mehrere Male. Endlich, nach 18 stündiger Gefangenhaft, während der der Arme keinen Bissen zu essen erhalten hatte, ließ die Polizeibehörde den unschuldigen Jungen losen. — Das Urteil lautete für die Frau wegen Diebstahls auf 1 1/2 Jahre Gefängnis, für den verbrecherischen Schuhmann auf 2 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust.

Zur Schimpfreisheit der Reichsverbändler.

Zwei Bergleute hatten gegen den bekannten Führer der reichstreuen Bergarbeiter in Waldenburg, Semert, Privatklage angebracht, weil er ihnen „Gemeinheit“ vorgeworfen hatte. Das Oberlandesgericht hat nun als Revisionsinstanz das verurteilende Erkenntnis der Strafkammer aufgehoben und auf Freispruch erkannt, weil in dem Worte „Gemeinheit“ im vorliegenden Falle eine Verleumdung nicht zu finden sei. Wäre im umgekehrten Falle das Breslauer Obergericht zu gleicher Feststellung gekommen!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 9. Mai
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Der fliegende Holländer.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Der fliegende Holländer.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Der fliegende Holländer.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Der fliegende Holländer.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Der fliegende Holländer.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Der fliegende Holländer.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Der fliegende Holländer.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Der fliegende Holländer.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Der fliegende Holländer.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Der fliegende Holländer.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Der fliegende Holländer.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Der fliegende Holländer.
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Abends 8 Uhr:
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

DOLORESCHER ZARTEN
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

Theater in der Spree
Södenstr. 68.
Täglich 8 Uhr:
Der Cowboy.

DERNWARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Zum 27. Male:
Die Loreley.

Metropol-Theater
Zum 231. Male:
Das muß man seh'n.

Apollo Theater
Vierfacher Erfolg!
Kallist:
Die Tochter der Persephone.
Spezialitäten:
François Hüblig, Grete Galitz,
Karl Bretschneider, O'Gasta-Trio,
Enrico Caruso durch das Konzertprogramm
d. deutschen Gramophon-Gesellschaft.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das größte Rechenrätsel und
Gedächtnisphänomen aller Zeiten
Dr. RÜCKLE
und
das
großartige
Mai-
Programm.
Ganz Berlin spricht nur von
Dr. RÜCKLE!

Passage-Panoptikum.
Zum ersten Male in Berlin!
Die lange Dora
Das größte Riesenskind
Gesamtlänge 2 Meter 19.
:: Kunsttaucher ::
Kapit. Gröbl **Riesenbassin.**
in seinem
Neapolitanische Briganten-Kapelle.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

WINTER ZARTEN
Neues Programm.
Otto Reutter.
Orford's Elephants,
Palace Girls, Englische Gesangs- und Tanztruppe,
Niards, Akrobaten,
Hagedoras Wundergrotte,
Lilli Schreiber, Soubrette,
Ferry Corwey, Musik-Clown,
Guyer und Crispi, Amerikanische Excentrics,
Perezoff-Truppe, Jongleure,
Togud, der Hund als Reiter,
Equilibrist und Jongleur,
Tambo and Tambo, Banjo-Jongleure,
Biograph.

Volksgarten-Theater
am Bahnhofs-Geländebäumen.
Nächste Vorstellung Sonnt. 10. Mai
Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Befestigungen auf Dauerkarten werden schon jetzt im Bureau entgegen genommen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
Lustspiel in 4 Akten v. Adolf Pürrenberg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hans Huckebein.
Montag, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Lustspiel in fünf Aufzügen von William Shakespeare.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das vierte Gebot.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ohne Geläut.
Montag, abends 8 Uhr:
Ohne Geläut.

Castan's Panoptikum
165 Friedrichstr. 165
Neu! In der Schreckenskammer Neu!
Knabenmörder Heider.
850 lebende Kolossal-Reptilien, Berliner Originale.
Täglich: Heitere Abende, 7-10 Uhr.

Walhalla-Opern-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr.
Die neuen großartigen
Mai-Spezialitäten.
Amüsantes Programm.
Im Tunnel: Konzerte.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Sonnabend
8 Uhr.
Anfang
Sonntag
7 Uhr.

Brunnen-Theater
Südstr. 58. Direkt.: Bernh. Rose.
Morgen Sonntag, den 10. Mai 1908,
abends 7 Uhr:
Griseldis.
Dramatisches Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Nach der Vorführung: Großer Ball
Vorverkauf vorm. 10-1 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W.,
Goltzstr. 8.
Des großen Erfolges wegen verlängert
Die schöne Witwe Helverth mit ihren
drei Kindern. Neue
Neu! Unsere Marine. Neu!
Lebensbild mit Gesang und Tanz.
Neu! Graf Zappella mit seinem leib-
baren Lusthahn Nodell 1908.
Außerdem großes Biograph und
20 Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr Sonntag 6 Uhr.

Kasino-Theater.
Rothfingerring 37. Täglich 8 Uhr:
Der urkomische Malzer und das
erstaunliche Mai-Programm.
Der
Brandstifter.
Drama von O. Hejerman jr.
Sonntag 4 Uhr: Ein Dorfmann.
Tranon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Seine erste Frau.

Sanssouci.
Kottbuser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Sonnabend:
Ersemble-Galopp von
Berliner Künstlern:
Die Anne-Liese.
Lustspiel in 4 Akten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.
Kabarett.
× Sommerachts-Ball ×
Morgen:
Gr. Witte-Soiree, Tanz.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16
Große Extra-Vorstellung.
Das Recht der Mutter.
Schauspiel in 3 Akten von H. Dunas.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Sonntag, Montag: Diefelbe Vorst.



Centralhaus moderner Herrenkleidung
Neue Friedrichstr. 35,
neben der Central-Markt-Halle.
Liefert an jedermann elegante fertige
Herren-Garderoben
sowie nach Maß unter Garantie
für langlebigen Sitz gegen wöchentliche
Teilzahlung von 1 M. an.
Zuschneiderei u. Werkstätten in Hause.
Lagerbesuch lohnend.
Auf Wunsch besucht Sie unser
Stadtrefektorium mit den neuesten
Stoffmustern.
Sonntag geöffnet.
Kein Waren-Kredithaus,
daher billigste Preise.

Dr. Schönemann
Spezial-Physik für 32222
**Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr

**Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**
die Lederhose Merkules tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit.
Wein-Verlauf. Sehr hartes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe.
Haltbarste Qualität. Taschen.
Große Hüften umlaufend. 4 M. 50
Die Merkules-Hose

Monteur-Jackets, Edlon,
edlon Körper oder Dress 2 M. 65
Monteur-Hosen, Edlon,
edlon Körper oder Dress 2 M. 25
Manchester-Jacken-Gambinus 6 M. 50
Manchester-Jackets-Gambinus 11 M. 50
Halter-Mittel 3.50, 2 M. 40
Wasserdichter-Mittel (braun) 3.35, 2 M. 75
Weisse Lederhosen 4.50, 3 M.
Stiefel-Anzüge 7.25, 6.—, 5 M. 50
Weisse Jackets für Arbeiter, Reizner,
Kundbären, Kötche usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
Schauffstr. 29/30, Brückstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis und franco.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Schrittlänge, bei
Jackets und Mitteln die Brustweite
anzugeben. 25252

Anton Boekers Festsäle
Weberstraße 17. □ □ □ Weberstraße 17.
Empfehle den geehrten Vereinen meine Säle zu
Vorsammlungen und Vereinsfestlichkeiten; große Theater-
bühne; sowie meinen
schönen Naturgarten
mit großer, feststehender Theaterbühne.
Sonnabende und Sonntage sind noch zu
Um gütigen Zuspruch ersucht
Tel.: Amt VII 13 414. Anton Boeker, Weberstr. 17.

Dampfer an Gesellschaften
u. Vereine vermietet täglich Dampfschiffahrtstafel
Robert Klack, Berlin, Falckensteinstr. 48.
Telephon: Amt 4, Nr. 8197. 29812

Katz Gebrüder
Filiale: 121 Große Frankfurter Straße 121
Von Sonnabend, den 9. bis Sonnabend, den 16. d. Mts.:
Billige Spitzen-, Handschuh- u. Strumpf-Tage

Spitzenstoffe
Tüllstoffe Meter 75, 95 Pf. 1.25
Spachtelstoffe Meter 95 Pf. 1.25 1.75
Einen Posten Spitzenreste 4 1/2-9 Mtr., jed. Coupon 95 Pf.

Weißwaren
Mozart-Jabot Stück 22, 32, 42 Pf.
Spachtelpassen Stück 48, 75, 95 Pf.
Spachtel-Jackettgarnituren 95 Pf.
Seiden gest. Jackettkragen Stück 95 Pf.
Weiße Einheftkragen Stück 8, 10, 15 Pf.
Goldgummigürtel glatt Stück 88 Pf. 1.25
Goldgummigürtel mit Blumen Stück 95 Pf. 1.45
Waschgürtel Stück 50 Pf.
Kinderlackgürtel Stück 9 Pf.
Ein Posten Gürtel für Damen Stück 25 Pf.
Ein Posten Damen-Handtaschen Stück 50 Pf.

Korsetts
Gehblümt Empire Stück 88 Pf.
Grau Drell halbhoob Stück 95 Pf.
Grau Drell mit Spiral Stück 95 Pf.
Grau Frackkorsett Stück 1.25
Untertaillen Stück 58, 95 Pf.

Strümpfe
Damenstrümpfe schwarz, engl. lang Paar 18 Pf.
Damenstrümpfe schwarz u. braun, engl. lang Paar 28 Pf.
Damenstrümpfe geringelt, engl. lang Paar 38, 48 Pf.
Damenstrümpfe schw., mode, br., halb durchbr. Paar 48 Pf.
Damenstrümpfe schwarz, dtseh. lang, gestrickt Paar 28 Pf.
Herrensocken geringelt Paar 12 Pf.
Herrensocken Macco Paar 22, 32 Pf.
Herren-Schweißsocken ohne Naht Paar 32 Pf.
Kinderstrümpfe geringelt und lederfarbig
Größe 1-8 28 Pf.
Größe 4-6 48 Pf.
Größe 7-10 68 Pf.
Kindersocken hell- und dunkelgeringelt
Größe 1-4 28 Pf.
Größe 5-10 38 Pf.

Handschuhe
Halbhandschuhe weiß, coul., durchbroch. Paar 12, 18 Pf.
Halblange Handschuhe weiß mit Spitze Paar 22, 32, 42 Pf.
Damen-Handschuhe coul., mit Finger Paar 22 Pf.
Spitzenhandschuhe Paar 75, 95 Pf. 1.25

Verkauf bis zur Hälfte des bisherigen Wertes, zum Teil noch billiger
::: Trotz der billigen Preise verabfolgen wir in der Ausnahme-Woche :::
Doppelte Rabatt-Marken

Peek & Cloppenburg

Spezial-Geschäft für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung.

Gertrauden-Straße
25-26-27
bei der Petri-Kirche

Zum Frühjahr:

Sacco-Anzüge

Serie 2 **19** M. Ser. 3 **24** M. Ser. 4 **27** M. Ser. 5 **32** M.

Unsere Anzüge in genannten Serien sind äußerst preiswert mit Bezug auf Qualität und Ausführung.

Jeder Kauf ist eine Empfehlung für uns.

Hohe Leistungsfähigkeit durch eigene Erzeugung unserer Fabrikate.

Straßenbahnlinien: 38, 47, 48, 58, 59, 62, 64 bis 72, 74, 78, 79, 80. (6, 9, 83, 84, 87, 88, 91, 92).

Manoli
Abbas
Beste 3 Pfg.
Cigarette.

Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116
(Kein Laden) am Granienplatz

Hut u. Mützen

Engros-Geschäft



Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen

Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00
Weiche do. v. 1,50-6,00
Herren-Mützen v. 0,40-2,50
Kinder-Mützen v. 0,40-3,00
Herren-Stroh Hüte v. 0,50-13,50
Kinder-Stroh Hüte v. 0,40-3,00
Garn-Damenhüte v. 1,00-5,25
Nur fehlerfreie moderne Ware

Konkurs-Ausverkauf

des M. Levin'schen Warenlagers
in Wäsche, Schürzen, Blusen, Röcke

und andere Waren werden täglich von 8-1 und 3-8 Uhr zu festgesetzten, ständigen :: billigen Preisen :: ausverkauft.

Berlin C., Rosenstraße 19, im Laden.

3. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Mai 1908, vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

89 183 407 32 45 850 [5000] 1043 [5000] 158 437
789 904 68 [5000] 84 2357 442 51 351 3221 40 696 705 27
630 70 4037 311 300 638 706 [1000] 28 871 970 5007 20
[5000] 309 38 [5000] 31 304 35 410 44 844 908 657 781 6013
[5000] 157 253 434 [5000] 555 51 7186 [1000] 427 613
630 8200 395 467 338 133 815 15 [5000] 9049 73 [5000] 81
228 08 [5000] 95 641 85 280

10164 360 442 11001 817 [1000] 839 87 12124 218
841 435 57 [5000] 858 911 13168 [5000] 439 47 584 690 [5000]
729 37 876 14054 92 [5000] 313 69 [5000] 324 563 68 736
[1000] 843 87 82 15181 58 [5000] 288 458 39 854 64 [5000]
947 16485 703 43 833 [5000] 96 828 17494 18048 114 28
[5000] 483 [5000] 812 886 19337 [5000] 43 875 732 96

20552 341 21081 [1000] 500 698 94 96 769 996 22121
227 47 71 91 37 733 908 54 23111 19 352 844 655 [5000]
22417 [5000] 339 404 41 85 [5000] 518 407 702 10 88 935 69
55073 59 62 824 [5000] 54 83 747 908 [5000] 64 [5000]
28639 178 422 [1000] 30 [5000] 802 747 827 27355 864
805 59 69 [5000] 584 [5000] 28369 496 67 29205 97 [5000]
808 483 626 84 354 97

30123 [5000] 422 440 837 71 [5000] 31108 82 482 611
19 [5000] 743 32306 [1000] 34 66 115 [5000] 35 [1000]
80 312 [5000] 87 467 [5000] 557 964 33907 15 401 602 26
787 70 34282 [5000] 736 67 801 18 83 973 35118 264 313
497 [5000] 877 79 32 875 36942 360 447 563 613 756 973
37142 553 64 81 745 38889 161 65 461 [5000] 63 [5000]
565 778 996 80 39934 80 89 123 582 621 27 734 [1000]
907 [5000]

40078 [5000] 180 267 50 505 676 43 80 717 826 [1000]
899 [1000] 41064 215 560 [5000] 78 769 830 96 913 97
42280 496 741 [5000] 80 806 43387 87 479 61 620 725
64229 70 219 409 325 [5000] 94 841 45681 [5000] 484 784
53103 71 215 698 52 [1000] 914 716 [5000] 47946 336
825 85 445 48399 407 15 [5000] 92 631 731 855 970 49144
218 39 64 808 15 23 27 94 604 10 797 808

50128 62 391 [1000] 482 503 631 824 301 [1000] 5106
774 252 52 603 52916 10 424 449 538 771 [1000] 819 [5000]
53100 40 86 540 618 86 769 [5000] 958 54036 522 607 981
55073 212 491 11 88 [1000] 669 963 56040 144 315 647 899
75038 282 [1000] 316 97 412 [1000] 900 322 769 859 83
85923 97 498 536 414 [1000] 817 90 59923 252 938 83
419 12 812 35 790

60258 68 [5000] 77 433 79 88 605 61501 106 [1000]
76 [1000] 737 [5000] 782 819 80 805 53 62903 32 67 135
208 709 459 827 92 63145 48 38 [1000] 79 311 63 65
[1000] 65 [5000] 709 19 553 906 61442 46 481 59 511 17
48 62 635 871 [1000] 998 55043 73 138 241 648 754 [5000]
803 66312 236 65 [1000] 329 [1000] 318 565 734 67099
123 893 68016 134 [1000] 97 838 [1000] 379 387 [1000]
907 7 69104 714 811 50 328 388 41 [5000]

70216 395 511 700 71039 381 401 [5000] 735 [5000]
72011 21 [5000] 144 [5000] 61 288 483 337 813 73193 439
85 72643 [1000] 29 293 371 845 789 [5000] 801 813
75098 29 121 [5000] 324 652 95 710 847 977 76029 [1000]
48 129 [5000] 380 513 627 82 844 965 77139 [5000] 801 876
508 [1000] 59 43 [5000] 81 627 61 796 809 81 78171 303
624 49 837 50 658 39 63 79 72096 141 231 873 730

80125 390 677 917 81042 217 346 564 650 83 707 823
862 78 93 [1000] 82156 391 438 96 391 893 [1000] 43 821
83211 317 49 88 [1000] 429 553 [5000] 84938 150 285 74
428 841 76 968 85617 760 352 54 849 906 86008 [1000]
185 [5000] 907 87102 39 283 [5000] 413 613 814 88081 177
448 83 685 89288 444 730

90015 93 144 515 855 84 756 886 981 9147 217 418
89 89 718 67 92182 330 476 90 506 714 973 93421 [5000]
608 700 83 88 56 [5000] 94775 95479 87 340 883 96069
82 835 604 27 131 589 939 97008 84 771 [5000] 74 84 888
[1000] 470 644 896 98063 833 [1000] 65 438 47 513 854 934
99019 119 213 37 57 58 [1000] 758 63 818

100346 51 82 90 105 94 392 534 689 958 84 101203
523 441 [5000] 509 15 762 855 102209 39 511 551 850 61
103246 60 472 81 608 789 34 104190 244 60 90 745 823
905 77 105147 210 80 225 282 35 814 17 880 106883 87
430 563 780 854 42 50 107229 47 [1000] 285 [1000] 405
21 58 066 34 43 62 675 778 806 50 905 [5000] 108748 802
[1000] 109085 155 207 216 704 910 59 74

110611 70 178 207 56 406 635 [5000] 637 782 90 963
111009 14 309 559 72 112019 111 202 [1000] 33 485 596
71 698 [1000] 113152 543 873 884 114118 [5000] 72
342 342 568 942 90 115135 [5000] 503 36 [1000] 667 761
909 [5000] 116988 708 [1000] 983 117019 174 97 210 87
814 325 [5000] 674 828 80 118104 87 [5000] 231 [1000]
85 089 587 613 97 119288 91 114 [5000] 29 342 57 415
678 898

120187 354 73 [5000] 121179 346 882 534 71 696
749 800 [1000] 122056 390 [1000] 708 [5000] 77 222 667
71 895 914 123067 70 198 270 882 435 [5000] 969 634
124098 62 225 800 901 78 [1000] 125242 44 97 480 [5000]
518 708 42 398 126042 929 127118 84 388 47 128292
887 407 30 34 57 714 867 129171 354 408 500 [5000] 978
130181 318 95 874 131083 81 337 85 881 [1000] 40
809 19 132087 103 00 70 222 846 89 [1000] 89 807 133070
[5000] 162 500 594 819 81 09 134299 989 [1000] 135810
78 678 136093 273 93 823 31 480 805 799 914 137174
216 314 [5000] 936 80 138415 664 97 743 139058 65 228
[5000] 41 82 382 [1000] 67 637 748 87 823

140185 481 584 88 [5000] 611 [1000] 953 141078 207
808 27 142015 35 287 635 766 [5000] 143184 800 405 68
423 [5000] 884 144166 261 227 [5000] 145074 92 708 28

3. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

150070 374 475 564 705 151015 84 206 983 28 [5000]
88 351 152070 73 476 553 62 959 153108 83 238 350 599
809 154204 86 530 [5000] 677 879 155200 344 [1000]
87 669 948 [5000] 156066 83 128 284 599 942 60 157029
149 77 320 81 91 506 40 844 981 158330 [5000] 427 613
32 712 820 29 51 [5000] 988 159014 119 26 90 254 323 34
89 509 674 581 85

160187 226 73 484 523 689 [5000] 750 324 41 161084
282 805 [5000] 113 28 [5000] 715 [5000] 71 76 887 876 83
162062 86 230 85 696 872 912 163832 218 336 420 583
689 790 890 98 965 164432 597 712 [5000] 815 165006
[5000] 21 197 271 91 861 [5000] 166014 26 51 [5000] 150 73
854 515 58 74 619 [5000] 40 76 858 96 167228 228 43 430
86 427 705 820 43 168123 88 829 405 814 [5000] 169152
348 437 514 689 49 795 [5000] 849

170215 270 309 442 62 540 85 819 784 823 78 222 29
[5000] 171144 [5000] 265 538 [5000] 678 764 172021 924
173007 [5000] 686 828 902 935 95 174342 887 [1000] 750
175081 47 170 680 [5000] 765 [5000] 907 10 88 46 176587
71 604 756 876 88 177129 232 [5000] 65 454 [5000] 664
[5000] 708 878 178084 234 [5000] 386 481 61 688 797 928
[1000] 77 82 179134 463 563 750

180055 164 226 28 50 [5000] 343 624 57 181056 61 209
78 98 308 730 182291 356 427 507 629 713 73 943 183108
50 232 65 429 551 669 862 184435 225 98 674 713 185179
347 95 401 64 [1000] 842 [5000] 996 186066 113 50 473 75
535 97 90 [5000] 612 43 187000 28 165 82 250 387 634
[5000] 33 49 55 761 188179 249 318 562 306 65 982 189109
228 409 28 50 268 688 717 717 818 40 96

190018 22 66 112 377 99 788 191080 157 241 390
[5000] 62 416 664 893 881 [1000] 192003 [1000] 1 80 276
90 257 67 435 [5000] 43 591 768 863 193504 660 [5000] 719
28 893 912 33 194023 254 809 83 [1000] 195324 25 78
514 688 712 196016 248 77 534 38 197138 503 870 743
881 47 198186 273 610 [1000] 889 199011 14 190 267
351 [1000] 419 [1000] 513 606 726 890 928 71

200025 744 [1000] 867 908 201138 343 406 [5000]
614 48 85 860 [5000] 94 202105 13 28 38 282 300 13 498
203017 [5000] 64 [5000] 14 200 31 352 23 32 783
[5000] 828 953 80 204040 92 34 181 92 [5000] 286 70
[1000] 897 [5000] 437 545 693 205747 435 51 604 9 965
206276 83 336 [5000] 73 [5000] 891 207039 341 459
511 62 608 724 860 987 208135 322 62 858 979 209190
[5000] 509 23 98 428 510 51 661 808

210127 578 21143 215 90 250 780 859 212022
348 436 527 722 801 950 213085 237 84 303 500 755
[1000] 687 214082 180 80 330 425 33 632 812 300 703
93 913 215316 482 [5000] 623 730 884 981 94 210923
180 [5000] 456 518 46 89 670 718 840 217284 382 507
71 218061 190 248 629 722 92 [5000] 823 [1000] 53
988 219088 274 611 704 91 854 76 987

220348 78 249 633 [1000] 221032 123 244 [5000]
599 688 765 89 943 222432 46 566 840 223074 233 699
778 958 224024 111 229 84 [5000] 639 894 225493
73 [1000] 95 130 306 65 531 65 693 98 [5000] 706 889
226038 88 102 298 435 [5000] 610 914 227083 151 85
[5000] 89 322 388 566 228023 319 483 93 608 [5000] 19
35 55 229011 871 401 617 [5000]

230029 248 74 819 880 711 231104 218 99 877 458
867 [1000] 643 721 886 232325 652 [1000] 233156 238
234088 96 [5000] 286 254 794 239 900 [1000] 235066
97 [5000] 423 70 854 796 236086 50 61 218 29 474 612
21 37 57 [5000] 718 [5000] 71 237247 389 565 753 833
238097 222 125 488 595 620 876 27 239084 73 250 438
[5000] 598 806 26

240184 219 682 954 923 66 84 241000 [5000] 346
86 825 242116 270 [1000] 679 738 243115 69 77 818
426 921 915 [1000] 57 69 244037 129 90 282 557 741
92 871 977 [5000] 65 245633 134 246102 35 66 [5000]
72 801 690 868 256 247095 918 41 251 71 827 28 601
703 71 864 920 248096 256 97 814 [5000] 94 504 69 662
249196 462 621 [1000] 60 891 888

250394 836 [1000] 929 251088 846 456 880 90 889
312 90 71 252029 84 143 91 318 25 872 832 813 88
[1000] 253908 [1000] 847 254223 664 255 255198 227
490 512 624 787 888 914 [5000] 256122 301 [5000] 12 426
805 832 257184 270 445 87 [1000] 81 564 [5000] 867 802
13 915 15 258495 [5000] 647 817 [5000] 64 78 259297
353 402 16 690 773 84 862

260019 [5000] 299 [1000] 344 474 99 607 625 764
261112 351 841 833 946 262118 78 606 39 [5000] 89 778
845 263182 99 407 712 895 867 264045 138 513 265098
262 531 641 98 785 844 [1000] 928 266057 829 36 91
267099 413 61 82 684 268294 [5000] 338 [5000] 85 754
70 [5000] 873 [1000] 942 269289 [1000] 314 21 414 30 84
[1000] 95 801 787

270008 [5000] 272 509 613 925 57 63 271246
387 [5000] 599 759 272016 173 307 62 86 830 412 524 85
273162 [1000] 225 282 441 87 753 [5000] 84 836 274487
91 703 897 275026 298 439 89 878 276504 836 41 89 78
277068 182 40 217 710 934 [5000] 37 278161 [5000] 28
[1000] 962 [1000] 808 279049 83 151 843 707 92 828

280187 46 294 92 [1000] 92 28128 418 34
90 534 35 [5000] 889 742 95 827 40 [5000] 282497 630 83
917 35 79 283193 234 427 [1000] 85 598 701 284311
19 84 37 394 123 69 522 98 678 198 940 99 285006 262
301 [5000] 243 48 70 732 940 286154 87 378 89 449 827
287410 23 284 718 859

3. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

110232 659 70 730 830 908 75 76 11553 634 692 715
74 931 12175 474 633 13123 74 611 713 812 945 81 14189
429 533 [5000] 42 [5000] 335 [5000] 39 987 15259 352 [5000]
736 239 839 [5000] 16097 198 69 279 433 518 639 770 [5000]
1719 484 47 713 18182 [5000] 53 498 519 32 778
19014 56 237 433 64 511 23 [5000] 139 896

20081 228 408 78 564 648 175 2182 421 81 94 557
414 22148 380 623 684 734 984 86 23353 [5000] 81 800
47 433 558 827 24046 411 591 25969 179 300 64 516 45
26 873 833 76 78 26105 223 638 [1000] 778 833 950
27044 883 [5000] 404 543 98 898 904 81 28188 78 96 810
630 861 991 67 84 29388 62

Beiträge für das Auer-Denkmal.

Von einem alten Freund 5.— Arbeiter-Radfahrerverein Berlin, Mitglied des Bundes „Solidarität“ 11.50. Ein hümmiger Freund 10.— Kollegen der Firma Pfennigwerth durch Sichen 1.00. Aus der 5 Pfennig-Kasse der Kollegen Chemilowitsch, Holzbearbeitungs-fabrik 2.— R.

Berichtigung. In der vorigen Nummer soll es heißen: Von Hotelbesitzern durch Rudolf Diefing 10 R. Weitere Beiträge sind zu richten an Emil Voeste, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Partei-Angelegenheiten.

Reinickendorf-Ort. In der am Montagabend 8 Uhr im Kirchhofen Lokale, Marktstr. 2/3 stattfindenden öffentlichen Landtagswähler-versammlung findet am Sonntag früh 8 Uhr eine Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus statt. Der Vorstand.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Kühnischen Lokale. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Wollermann über: Die bevorstehenden Landtagswahlen. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

Berliner Nachrichten.

Der belehrte Magistrat.

Wie wir bereits mitgeteilt, vertrat der Berliner Magistrat bei der Aufstellung der Wählerlisten die sonderbare Auffassung, daß solche preussischen Staatsangehörigen, die einmal zu Freiheitsstrafen und zum vorübergehenden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt waren, damit für alle Zeit ihr Landtagswahlrecht eingebüßt hätten. Gegen diese eigenartige Auffassung, die der Magistrat diesmal übrigens im Gegensatz zu früheren Wahlen zum ersten mal vertreten hat, erhob eine Anzahl der zu Unrecht ihres Wahlrechts beraubten Einspruch resp. Beschwerde beim Minister des Innern. Dieser hat jetzt dem Magistrat die Anweisung gegeben lassen, daß die Eintragung der betreffenden Reklamanten in die Wählerliste zu erfolgen hat. Bei einiger Kenntnis der einschlägigen Bestimmungen des Wahlrechts hätte sich ein wohlwollender Magistrat diese Belehrung ersparen können!

Im Rettungshaus für Trinkerinder.

Man kann — so schreibt man und — ein Gegner der Antialkoholbewegung, ja sogar ein großer Freund von Hopfen und Malz sein und dennoch im Herzen recht viel übrig haben für jene Ergötzen, die unter den Nachwirkungen des mißbräuchlichen Alkoholgenußes furchtbar leiden. Der den Standpunkt vertritt, daß der Alkoholmißbrauch vielfach erst eine Folge sozialen Elends ist, hat demnach die Pflicht, alle Begleitersehnungen, die solches doppelte Elend zu mildern geeignet sind, mindestens zu beachten. Und beachtenswert ist eine Einrichtung, die ihre Entstehung einer Frau mit dem Herzen auf dem rechten Fleck verdankt. Im fünften Jahre schon blüht und gedeiht dieses aus den kleinsten Anfängen heraus zielbewußt fortentwickelte Institut. Der übliche Rantam ist völlig ausgeblieben, die vorlaute Wohlthätigkeitströmmel nicht geführt worden. Man hat ganz im stillen gearbeitet, ganz aus dem eigenen feinstenwegs überfließenden Geldbeutel, und diese heutzutage seltene Uneigennützigkeit verehrt der Sache ihren hohen ideellen und praktischen Wert. Nicht trunksüchtige Eltern sollen in neue Lebensbahnen geleitet, sondern unschuldige Kinder, die die Veranlassung zum Teil schon als äußeres Krankheitszeichen mit auf die Welt gebracht haben, gerettet werden.

„Kinder-Rettungshaus“ steht ebenso bescheiden als diskret auf dem Vorsektionsfeldchen der beiden großen Mietwohnungen in Moabit und in Halensee. Das nimmt mich von vornherein gewaltig ein. Wozu auch den Kindern den Stempel ihrer sozialen Mißgeburt noch extra auf die Stirn drücken? Eine „Schwester“ in schwarzer, aber fast weltlicher Tracht öffnet. Ich wünschte nie lieber ein anspruchsloses helles Kleid an diese sonnige Stätte selbstloser Liebe. Aber die Liebendwürdigkeit des Empfanges verschweigt diesen ersten Eindruck. Da spielen gleich im ersten, wunderhübsch und doch einfach ausgestatteten Zimmer wohl ein Duzend der Kleinen, die hier unter Fremden eine neue Heimat gefunden haben. Ober sind es keine Fremde mehr? Sauber und nett sind sie gekleidet, von Kopf bis zu den Füßen. Nach wenigen Minuten haben sie die Schamhaftigkeit überwunden, werden allgemein zutraulich, schmiegen sich fast geräuschlos an mein Frauenkleid. Wenn kleine Kinderhergen habe ich gewonnen, noch bevor meine Konfektions die Kunde machte. Trinkerinder! Jawohl, der Kenner und Sozialkritiker, der gewohnt ist, in die Höhlen des Elends hinauszufolgen, steht es auch hier noch auf den ersten Blick. Ich sträube mich fast, diese gehrechten Gliederchen zu umfassen. Auf den spindeldürren Beinchen sitzt ein auffallend großer Kopf. Schwer röhelt bei dem einen Kleinen die hohle Brust. Den bringen sie auch hier wohl kaum durchs qualvolle Leben. Und diese Augen! So groß und tief sind sie, so weltverloren, lebensunlustig und — anklagend! Es ist, als ob die Kinder, die alle noch nicht schulpflichtig sind, schon wüßten, welcher Keim in ihnen schlummert und was der Vater — nein, was die moderne Gesellschaftsordnung an ihnen verschuldet hat. Eine Stunde später sah ich die älteren Kinder. Da war schon mehr Leben drin. Die verstanden schon die Würdigung des Unterschiedes zwischen Hunger und guter, nahrhafter Kost, zwischen dem Voger auf Lumpen und der Kuhstall im sauberen Bett, zwischen Prügelein und Liebe. Doch sie verstanden auch, weshalb sie hier sein müssen, weshalb ihnen das Elternhaus verloren gegangen ist, und es läßt oft schwer, in diesen zwiespältigen Herzen das verlorene Gleichgewicht wieder aufzufassen. Ernst erzählte mir die Leiterin des Heims, wie eine hochintelligente Dreizehnjährige, die später zur Lehrerin ausgebildet werden soll, sich getrigert habe, am Einsegnungsunterricht teilzunehmen. „Wie kann es einen gerechten Gott geben“, sagte das Mädchen, „wenn er zuläßt, daß gerade ich, die ich nichts verschuldet habe und vom Leben so viel erwarte, von solchem Vater in die Welt gesetzt werde!“ Es ist Kinderweisheit. Aber es ist auch wie ein Aufschrei, der denen, die die Hauptschuld am sozialen Mitleiden tragen, geklingelt. Und ich stelle es wieder als ein Beispiel echter Nächstenliebe hin, daß auf dieses junge Mädchen kein Gewissenszwang ausgeübt wurde. Es hat sich selbst zurechtgefunden. Der Schabel wird trotz alledem tief drinnen sitzen bleiben.

Vor derartig eingerichteten und geleiteten Heimen, mögen sie in Einzeldingen auch anfechtbar sein, muß man eine nicht geringe Achtung haben. Es ist ein schwacher Versuch, dem Volke wirklich

mit dem Herzen näherzutreten, und es gibt stets ein guter Kern in solcher Grundidee, wenn sie sich möglichst unabhängig zu machen sucht von Wohlthätigkeitsbettelei. Auf die Dauer freilich hält auch der Beutel dieser wahren Menschenfreundin nicht stand. Viele Hände und Köpfe müssen noch tätig sein, um Organisation hineinzubringen. Aber gerade diejenigen Kreise, die berufen sind, in solchen wichtigen Fragen tatkräftig einzugreifen, drücken sich um die Hilfe herum — die behördlichen Instanzen. Doch man einen viel zu großen Teil der sozialen Pflichten der Privatloche überläßt, ist ja ein herbvordringender Zug in unserem herrlichen Staatsofen.

Für die zwölf Berliner Landtagswahlbezirke macht der Oberpräsident unter Hinweis auf die Vermehrung der Abgeordneten und die Änderungen der Wahlbezirke, die von ihm ernannten Wahlkommissare bekannt. Es sind dies Stadtrat Kalisch (Tiergartenviertel usw.), Stadtrat Maas (Alt-Rölln usw.), Stadtrat Wagner (Neu-Rölln usw.), Stadtrat Münsterberg (Tempelhofer Vorstadt usw.), Stadtrat Jacoby (Zuifensstadt jenseits des Kanals), Stadtrat Dr. Wuls (Stralauer Viertel, südlicher Teil), Stadtrat Alberti (Stralauer Viertel, nördlicher Teil), Stadtrat Gehricke (Stralauer Viertel, nördlicher Teil), Stadtrat Nielenz (Mosenhofer Vorstadt usw.), Magistratsrat Tschow (Spandauer Viertel usw.), Magistratsrat Dr. Meyer (Wedding, Giesendamm usw.) und Magistratsrat Dr. Dietert (Moabit, ein Teil vom Wedding).

Die Walderholungsstätten und ihre geeignete Verwendung bilden in der Sitzung der Gesellschaft für soziale Medizin, Hygiene und Redigialstatistik den Gegenstand eingehender Diskussion. So hatte Herr Dr. Georg Berg die Walderholungsstätten ganz besonders für Säuglinge empfohlen. Ebenso günstige Erfolge werde man bei kränklichen und schwächlichen Kindern erzielen, wenn man für sie in möglichster Nähe der Stadt Erholungsheime mit möglichst einfacher Ausstattung schafft. Bei leidlich günstigen Wetter soll der Unterricht im Freien abgehalten werden. In diesen Waldschul-Sanatorien könnten dann auch noch solche Kinder untergebracht werden, die erfolgreich beendeter Heilfürsorge vom Infektionsherd ferngehalten werden sollen. Dr. Radn-Hlorenz wünschte eine erweiterte Tätigkeit der Ferienkolonien, könne doch kaum der zehnte Teil der sich alljährlich Wellenden berüchtigt werden. Durch Schaffung von Walderholungsstätten könnten eine große Anzahl Kinder untergebracht werden, und es ließe sich deren Behandlung sehr gut individualisieren. Den Beweis, daß die Walderholungsstätten weit besser als die Ferienkolonien sind, hat Wolff-Becker erbracht. Herr Dr. Renkhoff ist der Ansicht, daß die Ferienkolonien bisher überwiegend für schwächliche und kranke Kinder in Frage kamen, während sie ausschließlich für gesunde Kinder in Betracht kommen sollten, besteht doch für die Kinder der ärmeren Bevölkerungskreise das gleiche Bedürfnis nach Erholung, wie für die der besser situierten Kreise, die alljährlich ihren 4. bis bisochigen Erholungsurlaub im Gebirge oder an der See verbringen. Da von den verpflegungsbedürftigen Kindern kaum 10 Proz. wirklich verpflegt werden, so ist es notwendig, eine zielbewusste Pflege zu organisieren, zumal die Behandlung klar vorgezeichnet ist. Für spezielle Krankheiten existieren Anstalten an den Seestädten, in Höhenlagen u. a. Orten, während Anstalten für einfach schwächliche Kinder noch nicht existieren, die aber sehr viel Nutzen stiften können, wenn eine systematische Auswahl unter den Kindern getroffen würde. Die Einrichtung solcher Stätten müßte nach der Art getroffen werden, wie sie Prof. Dr. Hugo Reumann für Säuglinge getroffen hat. Die Kinder müßten unter einheitlicher Beobachtung leben und fortgesetzt bleiben. Der Schulunterricht werde in den Walderholungsstätten zu sehr unterschätzt. Herr Dr. Rohardt gab interessante Mitteilungen über die in Schönholz erzielten Erfolge mit Säuglingen und sprach sich sehr günstig über Walderholungsstätten aus, welcher in den Säuglingsheimen und Krankenhäusern die Betten frei mache. Herr Prof. Dr. Reumann sprach sich des Eingehenden darüber aus, welche Arten von Kindern in den Walderholungsstätten und welche in Krankenheilstätten unterzubringen sind. So seien z. B. für die Walderholungsstätten in erster Linie die zahlreicheren unterernährten Kinder in Betracht zu ziehen, ferner die Kröpfelösen Kinder, von denen man früher meinte, sie hätten die Neigung zur Tuberkulose, was aber nicht der Fall sei, da diese Kinder an allen anderen Krankheiten sterben als an Schwindsucht. In ähnlichem Sinne sprach sich auch Herr Dr. Zindel aus, der die kranken Kinder vorzugsweise in den Walderholungsstätten untergebracht wissen will, betonend, daß die Rhachitis zu einer Volkskrankheit zu werden drohe. Entgegen der Ansicht des Herrn Dr. Renkhoff will Redner, daß man in den sozialen Bestrebungen nicht zu weit gehen dürfe und die Walderholungsstätten für nur gesunde Kinder offen halten soll.

In Worpheus Armen. Einen etwas eigentümlichen Eindruck rief am Donnerstagnabend in der Stadtorordnetenversammlung das Verhalten eines Stadtrats hervor. Es war bei der Beratung des Projektes eines Verkehrsverbandes zwischen Berlin und den Vororten. Herr Oberbürgermeister Kirchner hatte sich erhoben, um in einer großen und eindrucksvollen Rede die „Verkehrsmisere“ Groß-Berlins, das rigorose Verhalten der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft und besonders die notwendigen Maßnahmen der Stadt gegenüber der letzteren zu schildern. Gespannt lauschten die Stadtväter den Worten des „Ober“, aufmerksam folgten die Journalisten seinen Darlegungen, noch aufmerksamer die dahinter auf den Tribünen sitzenden Interessenten der kraftvollen Abfolge des städtischen Oberhauptes. Der Deputierte des Tiefbaues, Stadtbaurat Krause, ließ sich von der Rede nicht das mindeste eingeben; nur sein Kollege nebenan, ein in letzter Zeit viel genannter Stadtrat, weckte in anderen Regionen: er schlie — schließ den Schlaf des Gerechtigen! Die aufreibende Tätigkeit in den Parlamenten, der Kommune Preußens und des Reiches und besonders der erhebende Schluß der unter dem Zeichen des Wlods so wunderbar angefangenen und beendeten Reichstags-session hatten diesen „Volksvertreter“ jedenfalls derartig mitgenommen, daß er im Kampf mit dem Schlaf unterlag, während sein Herr und Meister in eindrucksvollen Worten die Bürgerschaft und ihre Vertreter zum Kampf gegen den Unheimut des Wegnezes aufrief. Wenn man auch hierbei des Spruchs eingedenk sein kann: „wer schläft, sündigt nicht“, so wäre doch den Gemeindevorgesetzten zu empfehlen, dem verständigen Beispiele Schönebergs zu folgen, die „Sitzungen“ nicht so lange auszudehnen, damit die angestregten Herren sich der notwendigen Ruhe zu Danke hingeben können.

Ein „begehrendwertes“ Posten! In Berlin gibt es eine „Deutsche Hausbau-Gesellschaft“ m. b. H., die zerlegbare und transportable Häuser und Baracken (Holzhäuser, Hallenbauten, Anstellgebäude, Arbeiterbaracken, Schulbaracken) herstellt und vertreibt. Sie besitzt ein Sägewerk bei Gohm a. Havel, hält sich Lagerplätze in mehreren Orten der Umgebung Berlins, hat Bureau in Berlin und Potsdam. Kürzlich ludte sie durch Inserat einen Wächter, den sie für ihren Lagerplatz in Friedenau brauchte. Ein Mann, dem dieser Posten begehrendwert erschien, meldete sich. Als Antwort bekam er den folgenden Brief, der niedriger gehalten zu werden verdient: „Sie hatten sich vor einiger Zeit bei uns auf ein Inserat um eine Wächterstellung beworben. Wir bemerkten, daß für den betreffenden Posten nur geringes Gehalt gezahlt wird. Es handelt sich um Bewachung eines Lagerplatzes in Friedenau, worauf der

Wächter Tag und Nacht zu verweilen, also auch dort zu wohnen hat. Es wird ihm hierzu ein größerer Raum eines Holzhauses zur Verfügung gestellt und kann er in demselben auch eventuell noch Nebenbeschäftigung betreiben. Wegen der geringen Bezahlung, ungefähr 30,00 Mark pro Monat, ist die Stellung nur für einen Rentiers- oder Rentenziehenden geeignet. Wir bitten um Mitteilung, ob Sie geneigt sind, die Stellung zu übernehmen.“

Der kleinlaute Ton, in dem diese Antwort gehalten ist, läßt darauf schließen, daß die „Deutsche Hausbau-Gesellschaft“ m. b. H. schon unangenehme Erfahrungen mit Bewerbern gemacht hat, die sich durch die „Höhe“ des ihnen angebotenen Gehaltes enttäuscht sahen. Versichtlich weist sie von vornherein darauf hin, daß das Gehalt „nur gering“ ist. Warum aber zahlt sie, wenn sie das selber einseht, nicht mehr? „ungefähr 30,00 Mark pro Monat“ und „ein größerer Raum eines Holzhauses“, das gilt dieser Gesellschaft als Lohn genug für einen Wächter, der Tag und Nacht geleistet werden muß! Bei einer so erbärmlich niedrigen Bezahlung kann der Posten in der Tat nur von einem Mann übernommen werden, der außerdem noch andere Einkünfte hat. Das Schreiben spricht von der Möglichkeit einer Nebenbeschäftigung. Ja, wann kann die betrieben werden, wenn der Lagerplatz Tag und Nacht bewacht werden soll? Wer in der Nacht Wache halten muß, der wird wahrscheinlich am Tage genötigt sein, sich schlafen zu legen.

Uebrigens sollte die „Deutsche Hausbau-Gesellschaft“ künftig schon in ihren Annoncen angeben, wie wenig sie zahlt und welche Leistungen sie dafür verlangt. Manchem Arbeitenden würde dadurch eine unnütze Schereit erspart und sie selber würde dann wahrscheinlich nicht durch allzuvielen Bewerber belästigt werden.

Der neue Omnibustarif. Am 30. Mai wird der neue Omnibustarif in Kraft treten! Den Angestellten der Allgemeinen Omnibusgesellschaft ist diese Maßnahme mitgeteilt worden, um sie zu beruhigen. Dieser neue Tarif ist sehr besonntlich wieder den 5-Pfennigtarif, aber für kürzere Strecken, fest. Die alten 10 Pf. für die ganze Strecke bleibt bestehen.

Eine erhebliche Abnahme der Brandstiftungen ist, wie aus einer amtlichen Mitteilung hervorgeht, in letzter Zeit zu konstatieren. Aufgeschrieben wird dies den außergewöhnlichen Maßnahmen, zu welchen sich die Polizeibehörde bei den Verhältnissen veranlaßt gesehen hat. Es sind durch Zusammenziehung der verfügbaren Mannschaften abwechselnde Befehle der Wächterposten in großem Umfang veranlaßt worden. Diese Maßnahmen sollen, je nach den sich ergebenden Verhältnissen fortgesetzt und erforderlichen Falles noch erweitert werden. Die Mitteilung schließt: Es steht zu erwarten, daß bei weiterem Zusammenkun von Polizei und Publikum dem Treiben der Brandstifter Einhalt geboten wird.

Durch einen Zutritt vor den Interieur ist der 54 Jahre alte, Köbliner Straße wohnende Maler Kozorowski ums Leben gekommen. In einem Streite mit seiner Wirtin kam der letzteren der Stellmacher Godowski zu Hilfe, wobei K. von dem G. derartig verletzt vor den Interieur gehoben wurde, daß er bewusstlos zusammenbrach und nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden mußte. Dort ist K. an den Folgen gestorben. Godowski wurde in Haft genommen.

Eine blutige Chetragdie hat sich gestern morgen auf dem Gendarmenmarkt abgespielt. Der 44 Jahre alte Former Friedrich Stangahr, Gottschiedstr. 33 unternahm gegen seine 58jährige Ehefrau Martha einen Mordversuch und versuchte sich dann selbst zu entleeren. Er brachte seiner Frau schwere Schnittwunden bei und mußte selbst mit erheblichen Verletzungen als Polizeigefangener nach der Charité übergeführt werden. St. ist schon in der Jernanstalt Buch einige Monate interniert gewesen.

Die Leichen zweier unbekannter Selbstmörderinnen sind vorgestern aus dem Wasser gefischt worden. In der Oberbaumbrücke wurde der Leichnam einer etwa 30 Jahre alten Frauensperson aus der Syden gezogen. Die Leichensüße hat vermuthlich den besseren Ständen angehört. — Am Steinplatz wurde eine etwa 25 Jahre alte Selbstmörderin ans Ufer gerieben. In beiden Fällen konnte über die Personalien der Toten nichts ermittelt werden. Die Leichen wurden dem Schauhaufe überwiesen.

Durch leichtsinniges Umgehen mit der Schußwaffe ist in dem Lokale Reichenberger Straße 103 ein junger Mann von einem Spritzfahrenden erheblich verletzt worden. Der Reizende hatte sich mit den Gästen unterhalten und zeigte im Laufe des Gesprächs zwei Schußwaffen vor. Eine entlud sich und die Kugel drang einem Gast in den Kopf. Nach Anlegung eines Rotverbandes in der Unfallstation mußte der Verletzte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden.

Für die An- und Abfahrt am Lessing-Theater erläßt der Polizeipräsident folgende Bestimmungen: Unter Aufhebung der Befamntmachung vom 7. September 1888 werden für die An- und Abfahrt am Lessing-Theater nachfolgende Bestimmungen zur Nachachtung bekannt gemacht: 1. Die Aufsahrt der Wagen bei Beginn der Vorstellungen erfolgt in der Richtung von der Kronprinzengröße bezw. von der Karifstraße nach der Unterbaumstraße; die Abfahrt nach beendigter Vorstellung erfolgt in umgekehrter Richtung. 2. Die zur Abholung der Theaterbesucher anfahren den Wagen stellen sich auf: a) die Hofsequipagen am Friedrich-Karl-Ufer, neben dem Theater; b) die Privatsequipagen und die bestellten Droschken in der Unterbaumstraße, neben dem Theater, hinter dem gepflasterten Vorfahrtswege, Spitze nach der Kronprinzengröße, nach Anweisung der Aufsichtsbeamten erforderlichenfalls in zwei Reihen; c) die unbestellten Droschken I und II Klasse hinter den bestellten Wagen, gleichfalls mit der Spitze nach der Kronprinzengröße, in der Verlängerung in der Kuisenstraße nach dem Steinplatz zu; d) die unbestellten Kraftdroschken in der Unterbaumstraße gegenüber den bestellten Wagen, Spitze nach der Kronprinzengröße, in der Verlängerung in der Charitofstraße nach der Karifstraße zu. — 3. Bei der An- und Abfahrt ist das Umwenden der Wagen in der Unterbaumstraße nicht gestattet. — Den Anordnungen der Aufsichtsbeamten behufs Ausführung dieser Bestimmungen ist bei Vermeidung der Bestrafung in Gemäßheit des § 132 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1899 Folge zu geben.

Die Möllersgasse wird Bauarbeiten halber sofort bis auf weiteres für Fußgänger, Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Bei der Kaiserfeier im Grater ist eine Kindermütze gefunden. Abzuholen aus der Expedition Mars, Lyngener Straße 123.

Feuerwehbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerweh nach der Köbliner Straße 35, Beuthstr. 20 u. a. Stellen alarmiert. Matrohen, Gardinen u. a. brannten dort. Ferner hatte die Feuerweh in der Heidenfeldstr. 10, Bergmannstr. 94 und Liebenstraße 17 zu tun, wo Papier, Möbel und Vorhänge usw. in Brand geraten waren.

Vorort-Nachrichten.

Zum Wahlkampf im Kreise Zeltow.

Groß-Waltersfelde. Zum Mittwochabend hatte der sozialliberale Wahlausschuss für den Kreis Zeltow eine öffentliche Versammlung nach Hertels Saal einberufen zum Zweck der Stellungnahme zu den Landtagswahlen. Der große Saal war sehr stark besetzt. Man sollte glauben, daß bei der außerordentlichen Bedeutung der diesmaligen Wahlen und der im Vordergrund des politischen Interesses stehenden Hauptfrage des Wahlrechts in Preußen auch das Bürgertum, zum mindesten das sogenannte liberale Bürgertum, seine Anteilnahme durch einen

entsprechenden Besuch dieser Versammlung bekunden würde. Dies umsomehr, als gerade in Groß-Pichterfelde die Intellektuellen der „freisinnigen“ Bürgerschaft in dichten Scharen zusammenströmten.

Jedem unbefangenen Beobachter muß sich aber die Ueberzeugung förmlich aufdrängen, daß in jenen Schichten die christlichen Freunde des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen an den Bestenständen abzuzählen sind. Das Bürgerthum ist satt, es sieht auf seinen Geldsäckeln und pfeift auf alle liberalen Ideale. Bei aller Anerkennung der politischen Ehrlichkeit und des Standpunktes der Herren Dr. Breitfeld, v. Gerlach, Oberst Gädte, die in dieser Versammlung mit schlagenden Gründen die Notwendigkeit der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nachwiesen, muß doch gesagt werden, daß viele Truppen hinter diesen Führern nicht stehen, so wünschenswert dies auch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus sein würde.

Die Diskussion gestaltete sich zu einer sehr stürmischen, als der Vertreter der freisinnigen Volkspartei Herr Rabe die den Standpunkt der Blockfreisinnigen verteidigte und die Schuld an der Zersplitterung den ausgeschiedenen Sozialliberalen in die Schuhe zu schieben versuchte. Seine Rechtfertigung des schändlichen Kompromisses in Ober- und Niederrhein rief einen Sturm der Entrüstung bei den Wahlrechtstreuenden hervor.

Genosse Kaliski hielt scharfe Abrechnung mit dem Blockfreisinn. Von einem Wahlrechtstempel, den ein liberales Blatt in Aussicht gestellt habe, sei nichts zu hören. Der Blockliberalismus habe sich ganz konsequent entwickelt, sein Verhalten in der preussischen Wahlrechtsfrage sei ebenso schmutzig wie sein Verhalten im Reichstage. Wenn Herr v. Gerlach früher der Sozialdemokratie vorwarf, daß sie in bezug auf die Erringung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen zu radikal vorgehe, so habe er heute selbst anerkannt, daß gar nicht radikal genug vorgegangen werden könne. Eine Unterstützung der Kandidaturen Tubenthal und Niepmann durch die Sozialdemokratie sei völlig ausgeschlossen. Der Volksparteier Rabe thegte quittierte über diese Ausführungen mit der Bemerkung, daß man nun ungefähr wisse, wie die Karte laufen werde. Er erwiderte dafür den Beifall des Reichsüberwändlers General a. D. v. Koebell. Graf Hoenbrosch bedauerte die Zersplitterung der liberalen Parteien, bekennend sich aber unumwunden als Anhänger des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen. Genosse Eisner führte aus, daß er sich in den häuslichen Streit der liberalen Familie nicht mischen wolle. Die Ansichten der Blockfirma Tubenthal und Niepmann, einer ganz leichtfertigen, politischen Gründung, seien gleich Null. Wenn die Blockfreisinnigen fortwährend von Zersplitterung reden, so seien sie mit dieser Kandidatur die formellen und praktischen Zersplitterer. Eine Unterstützung derselben durch die sozialdemokratische Partei sei völlig ausgeschlossen. Redner berichtet sodann über die Stimmung, wie sie in Süddeutschland über die preussischen Zustände vorherrschend sei. Man begreife dort nicht, wie das preussische Volk, die preussischen Arbeiter auch nur einen Tag diese schändliche Regimentspolitik dulden, wie es möglich sei, daß eine Raste aus der Barbarei des Mittelalters in Preußen noch herrsche, die schon längst in die politische Kumpellammer gehöre. Es sei eine Schmach, daß freisinnige und konservative den deutschen Namen schändeten, indem sie dem Völkertat die elementarsten Rechte vorenthielten. Die Sozialdemokratie unterstütze jede Partei, die mit ihr das Gefühl der Schande über diese Zustände teile und ehrlich für die Erlämpfung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen eintrete.

Erst gegen 1 Uhr hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Charlottenburg.

Für den Landtagswahlkreis Charlottenburg liegen die Urwählerlisten am Sonntag, den 10. Mai, von vormittags 10 Uhr bis 3 Uhr nachmittags; am Montag, den 11. und Dienstag, den 12. Mai, von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, öffentlich aus, und zwar:

- a) für die Stadtbezirke Westend, Spandauer Berg, Schloßviertel, Lichtenfelde, Kalowitzerberg, Ronnenbäum, Königsdamm nördlich und südlich, Martinisfelde, Lühnow, Halbinsel und innere Stadt (Umwahlbezirke 1 bis 116) in unserem Statistischen Amt, Berliner Straße 71, Seitenflügel-Erdgeschoss, Zimmer 1;
- b) für die Stadtbezirke Nordschulviertel, Kurfürstendamm und Ostviertel (Umwahlbezirke 117 bis 176) im Feuerwehrgelände: Plankestr. 10 I. im Brandmeister-Dienstzimmer.

Bersäume niemand, während dieser Zeit bei den vorgenannten Stellen die Listen einzusehen, da er sonst seines Wahlrechts beraubt geht. Wer keine Zeit hat, die Liste selbst einzusehen, wende sich an eine der folgenden Personen, die die Einsicht in die Wählerliste übernehmen:

1. Gruppe: Hennig, Christ- und Rehringstraße-Ecke; Lehmann, Potsdamer Straße 12; Rehdorf, Potsdamer Straße 44; Pfaff, Spandauer Berg 6; Hopenfink, Spandauer Berg 22.
2. Gruppe: Hochhäuser, Friedbergstr. 7; Müller, Kant- und Windscheidstraße-Ecke; Schulz, Kanitzstr. 69; Eberhard, Anobelsdorffstraße 60; Rabe, Rehringstr. 25; Kurth, Sophie-Charlottenstraße Nr. 47; Weber, Suarezstr. 8; Goldstein, Suarezstr. 13; Ebert, Suarezstr. 45; Weber, Stuttgarter Platz 18; Karnisch, Windscheidstraße 24.
3. Gruppe: Hipperger, Weuffelstr. 88; Krumben, Weuffelstr. 90; Stüwe, Gauerstr. 12; Lafe, Charlottenburger Ufer 1; Gumpel, Charlottenburger Ufer 5; Hiemann, Erasmustr. 4; Reumann, Frauenhoferstr. 15; Gehre, Waldanstr. 6; Schulz, Waldanstr. 6; Schäfer, Delnholzhtr. 11; Eids, Hattenstr. 33; Dohr, Hattenstr. 80; Kruppat, Kaiserin-Augusta-Allee 16; Dörre, Kohnenyerstr. 5; Rogatz, Louisenplatz 3; Reinhardt, Marchstr. 24a; Krull, Cönnbrüder Straße 30; Kühne, Reuchlinstr. 2a; Feldmann, Reuchlinstr. 6; „Vollhaus“, Rosinenstr. 3; Gader, Rosinenstr. 9; Lindstedt, Salz- ufer 1; Horn, Sidingenstraße 62; Wül, Tautoggenz Straße 44; Jahnisch, Tegeler Weg 40; Klische, Ufenauer Straße 6.
4. Gruppe: Anodloch, Bismarckstr. 23; Adler, Grünstr. 15; Porzbel, Kaiser-Friedrich-Straße 81; Pöple, Kaiser-Friedrich-Straße Nr. 93; Wül, Kirchstr. 30; Müller, Schulstr. 17; Wilde, Schulstraße 19; Braun, Spröckstr. 17; Schulz, Wallstr. 90.
5. Gruppe: Geiler, Kaiser-Friedrich-Straße 71; „Vorwärts“-Expedition, Seifenheimer Straße 1; Vinde, Seifenheimer Straße 11; Gantke, Schillerstr. 38/39; Lehmann, Weimarer Straße 5; Schmidt, Bismarckdorfer Straße 130.
6. Gruppe: Lersch, Kantstr. 106; Mertens, Krummestr. 43; Guegler, Krummestr. 46; Körner, Niebuhr- und Schlüterstraße-Ecke; Schrö, Pestalozzistr. 74.
7. Gruppe: Rische, Bismarckstr. 14; Diedmann, Goethestr. 75; Brill, Grolmanstr. 59; Grassfunder, Wielandstr. 4.
8. Gruppe: Rasch, Lutherstr. 33; Weisheit, Kettelbedstr. 11.

Ein schweres Unglück

Hat sich gestern vormittag in Westend zugetragen. In der Klagen-Allee werden zurzeit Ausschachtungsarbeiten zum Zwecke der Kanalisation ausgeführt. Sei es nun, daß nicht genügend abgesteift war, kurz gegen 11 Uhr stürzte an einer Stelle, an welcher die Arbeiter Hermann Daßenberg, Johann Grielski und Franz Nachlinski beschäftigt waren, das Erdreich ein, alle drei Arbeiter verschüttend. Sofort wurde die Feuerwehre zum Schutze der Verunglückten alarmiert. Es gelang zwar nach verhältnismäßig kurzer Zeit auf die Körper der Verschütteten zu stoßen, aber man fand zunächst nur Daßenberg, bereits tot, auf. Grielski aber war noch Lebenszeichen von sich, aber die Wiederbelebungsbemühungen der Samariter der Feuerwehre und eines herbeigerufenen Arztes konnten den Mann nicht mehr retten. Er starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Nur bei Franz Nachlinski hatten die Bemühungen ein Resultat; er wurde wieder ins Leben zurückgerufen und nach dem Krankenhaus Westend gebracht, wo ihn die Ärzte am Leben zu erhalten hoffen. Die Polizei, die ebenfalls von dem traurigen Ereignis verständigt wurde, beschlagnahmte die beiden Leichen und sperrete die Unfallstelle ab. Er wird untersucht werden müssen, wie

weit die Vorsichtsmaßregeln durchgekehrt worden waren, um einen Unfall zu verhindern.

Ein paritätischer Arbeitsnachweis für das Steinfeldgewerbe ist im städtischen Arbeitsnachweis Charlottenburg, Kirchstraße 5, als Nebenstelle des Hauptarbeitsnachweises für den Bezirk der Provinz Brandenburg eingerichtet worden. Die Vermittlungszeit ist vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Verwaltungsgesamtheit auf die Zeit von 10—12 Uhr vormittags festgesetzt.

Rigdorf.

Ueber die Landtagswahl und die Frauenfrage spricht am morgigen Sonntag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, Genosse Reibin in einer vom Gewerkschaftsamt nach den Festfällen von Fritz Hoppe, Hermannstr. 48/49, einberufenen Versammlung. Hierauf folgt gemüthliche Besprechung. Die Gewerkschafts- und Parteigenossen werden erlucht, mit ihren Frauen in der Versammlung zu erscheinen.

Schmargendorf.

Durch ein tragisches Mißgeschick hat die Ehefrau Kummey aus der Sulzauer Straße 13 ihr Leben verloren. Frau K. fühlte sich vormittags nicht recht wohl und liegte sich aus diesem Grunde zu Bett, sobald ihr Mann die Wohnung verlassen hatte. Während sie nun schlief, löste sich im Schlafzimmer an der Decke eine Schraube der Gasleitung. Die Gase strömten infolgedessen ungehindert aus der Leitung heraus und Frau K. wurde bald betäubt. Sie versuchte noch unter Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Kräfte aus dem Zimmer herauszukommen, was ihr aber nicht mehr gelang. Dasselbe mußte die Bedauernswerte erliden. Als der Ehemann abends heimkehrte, fand er seine Frau als Leiche auf.

Aldershof.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurden die neugewählten Vertreter in ihr Amt eingeführt. Die Arbeiten betreffend die Herstellung der Regenwasserleitung und Hausanschlüsse wurden dem Unternehmer Koecke als dem Mindestfordernden für das Jahr 1908 und die Abfuhr des Straßenschlammes und die Bestellung der Bedienung der Sprengwagen wurde dem Fuhrunternehmer Schulz, Feldberntstraße, auf ein Jahr übertragen. Da das neue Feuerwehrgelände in nächster Zeit fertiggestellt und seinem Zwecke übergeben wird, wurde beschlossen, den Abbruch des Spritzenhauses und Feuerwehrrüstturmes zu vergeben. Ferner wurde die Geschäftsordnung für die Gemeindevorstandssitzungen dahingehend abgeändert, daß künftig nur die Tagesordnungen der öffentlichen Sitzungen veröffentlicht werden, während die Tagesordnungen der nichtöffentlichen Sitzungen nur den Gemeindevorstandszugehörigen zugehen sollen. Eine lebhaftere und oft stürmische Diskussion wurde durch den von den Freisinnigen und unteren Genossen zusammen gestellten Antrag, betreffend Vergütung von Arbeiten und Lieferungen an die Mitglieder der Gemeindevorstandssitzung herbeigeführt. Mit den während der Beratung gestellten Vorschlägen hatte der Antrag folgenden Wortlaut: „Die Gemeindevorstandssitzung wolle beschließen: Arbeiten und Lieferungen, welche die Gemeinde vergibt, dürfen keinem Gemeindevorstandsmitglied oder Schöffen der Gemeinde Aldershof zur Ausführung übertragen werden. Ausgeschlossen hiervon sind Lieferungen von Medikamenten. — Ferner sollen in den abzuschließenden Verträgen die Bestimmungen aufgenommen werden: „Der Unternehmer erklärt, weder Gemeindevorstandsmitglied noch Schöffen der Gemeinde Aldershof an den auszuführenden Arbeiten zu beteiligen. Der Unternehmer ist verpflichtet, bestehende Tarifverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern der einschlägigen Branche einzuhalten.“ Prinzipielle Gegensätze wurden von keinem Vertreter zum Ausdruck gebracht. Von den Herren Dr. Erdmann, Förstner und Koecke wurde nur der Einwand erhoben, daß unsere Gemeinde für einen derartigen Antrag noch zu klein wäre, da mit der Annahme desselben heftige Gewerbetreibende von der Konkurrenz ausgeschlossen wären oder aber der Gemeinde tüchtige Kräfte für Übernahme des Gemeindevorstandes entzogen würden. Gegen den letzten Absatz des Antrages betreffend Einhaltung von Tarifverträgen wurden von keiner Seite Einwendungen erhoben. Die Abstimmung ergab die Annahme des ganzen Antrages mit 7 gegen 3 Stimmen. In das Kuratorium der neugegründeten höheren Privatschule wurden der Gemeindevorstand und die Herren Dr. Saling, Lindenbergl und von unseren Genossen Hildebrandt gewählt. Ein weiterer Antrag des Gemeindevorstandes, für den Besuch der höheren Schule 5 Proz. der Besucher als Freifahrer festzusetzen und eine Ermäßigung des Schulgeldes darentreten zu lassen, daß, wenn aus einer Familie mehrere Kinder die Schule besuchen, für das zweite Kind die Hälfte des Schulgeldes erhoben wird und das dritte Kind von der Entrichtung des Schulgeldes frei bleibt, wurde dem Kuratorium zur Vorberatung überwiesen. — Am 12. März 1908 wurde seitens der Gemeindevorstandung das Ortsstatut für die Pflichtfeuerwehr mit der Begründung aufgehoben, daß die Gemeinde eine tüchtige freiwillige Feuerwehr besitzt und dadurch die Pflichtfeuerwehr entbehren kann. Dieser Beschluß fand nicht die Zustimmung des Landrates und wurde der Gemeindevorstand aufgefordert, ein neues Ortsstatut beschließen zu lassen, da er, der Landrat, befürchtet, daß in Aldershof sehr leicht wieder ein Konflikt zwischen der freiwilligen Feuerwehr und den Behörden entstehen kann und der Ort bei Feuergefahr ohne hinreichenden Schutz dastehen würde. Die Vertretung sagte sich der Aufforderung an und wurde das frühere Ortsstatut mit der Abänderung beschließen, daß das Höchstalter zur Heranziehung zur Dienstleistung von 60 Jahre auf 50 Jahre herabgesetzt wurde. Ausgeschlossen werden jährlich 1 Proz. der Einwohner. Aus den eingehendsten Mitteilungen ist zu erwidern, daß auf Antrag des Gemeindevorstandes von der Regierung ein jährlicher Zuschuß von 3000 M. zu den Schullasten für 1908—1911 gewährt wird. Auf Grund des Erkenntnisses des Oberverwaltungsgerichts in Sachen der Besteuerung des Forstfeldes für das in Aldershof eingeschuldete forstfällige Gelände zahlte der Fiskus für das Steuerjahr 1907 66 000 M. Steuern an unsere Gemeindefürsorge. Von der Gemeinde Alt-Glienide werden 1886,75 M. als Beitrag zu den Schullasten auf Grund des § 8 des Kommunalabgabengesetzes gefordert. Die von der Gemeindevorstandung beschlossenen Zuschläge zu den Staatssteuern wurden von dem Kreisaußschuß genehmigt.

Spandau.

Stadtvorstandssitzung. Nur sieben Rummern umfaßte die öffentliche Tagesordnung, davon waren die beiden ersten nur formaler Natur, indem für den Vertrag mit dem Kultusministerium betreffend die Errichtung der Landesstammfakt und eines Lehrseminars nebst Präparandenanstalt in Spandau und für den Entschuldigungsvertrag, die Versammlung nochmals ihre Genehmigung aussprach, trotzdem diese Verträge schon in voriger Sitzung genehmigt waren. Diese Genehmigung wurde aber beanstandet, weil die Einladung zu der Versammlung nicht allen Stadtvorstandsmitgliedern mindestens zwei Tage vor der Sitzung zugegangen war. Trotz des geringen Umfangs der Tagesordnung dauerte die Sitzung von 4—8 Uhr. Die 3. Vorlage betraf die Herstellung einer Kleinbahn Güttershof Spandau nach Gladow und Verbilligung der auf die Stadtgemeinde Spandau entfallenden Kosten. Die Idee einer Bahnverbindung nach Gatow und Gladow besteht schon seit dem Jahre 1902. Man sah aber von diesem Projekt ab, weil die Rentabilität bezweifelt wurde. Erst durch den jetzigen Hafenbau wurde die Frage wieder akut. Man braucht nämlich einen Anschluß des Hafens an die Staatsbahn. Hierfür lagen zwei Projekte vor, das eine, östliche, führt nach Kuleben. Es ist das kürzeste. Das andere, westliche Projekt, soll mit der Kleinbahn nach Gatow und Gladow in Verbindung gebracht werden. Diese Kleinbahn soll circa 8 Millionen Mark kosten. Unsere Genossen hielten den westlichen Anschluß für zweckmäßiger, weil dadurch ein großer Teil städtischen Geländes erschlossen wird. Nach etwa zweistündigem Bedenkens kam die Versammlung doch noch zu keinem Resultat. Es sollen über beide Linien Kostenanschläge und Gutachten eingeholt werden. Zu diesem Zweck wird die Vorlage zurückgegeben. — Die weitere, nicht minder wichtige Vorlage betrifft den Ausbau der Heeresstraße im Spandauer Stadtbezirk und Verbilligung der erforderlichen

Mittel im Betrage von 840 000 M. und einer für diesen Zweck aufzunehmenden Anleihe. Diese Vorlage hat die Versammlung ebenfalls schon beschäftigt. Damals sollten die Kosten 2 500 000 M. betragen. Diese Vorlage wurde dann einer gemischten Kommission überwiesen, weil die Kosten zu hoch waren. Ein großer Teil dieser Kosten war für die Befestigung der Vornicker Lale, einer Sumpfgegend, eingestellt. Jetzt ist man in der Kommission zu einer vereinfachten Befestigung gekommen und hat auch sonst noch diverse Abstriche gemacht; dadurch ist die Summe bedeutend niedriger geworden. Unsere Genossen im Stadthaus ließen durch den Stadt-Schmidt die Erklärung abgeben, daß sie auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren. Die Straße werde im Interesse des Staates gebaut, also möge der Staat auch die Kosten tragen. Die Majorität stimmte jedoch der Vorlage zu und bewilligte die Mittel. — Die nächstfolgende Vorlage betrifft den Neubau der Charlottenbrücke. Die Kosten sind mit 1 770 000 M. veranschlagt. Es handelt sich einstweilen aber noch nicht um die Bewilligung der Gelder, sondern um prinzipielle Zustimmung zu dem Projekt, um die Höhenlagen feststellen zu können. Bekanntlich hat die Stadt zwecks Verbreiterung der Brückenstraße die Häuser der einen Seite dieser Straße angekauft und niedergelegt. Um nun die Parzellen wieder verkaufen zu können, muß die Höhenlage erst festgestellt werden. Da die Brücke erheblich höher zu liegen kommt, so müssen bedeutende Anrammungen gemacht werden. Die Vorlage wird genehmigt. Die übrigen beiden Rummern der Tagesordnung sowie die geheime Sitzung werden wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Unangenehme Folgen hat eine Liebeslei

in der Großstadt für den Nichtkommissionär B. gehabt, welcher gestern mit ziemlich ängstlichem Gesicht auf dem Korridor des Amtsgerichts Berlin-Mitte auf und ab ging und ungeduldig auf seinen Aufruf in der Diebstahlsache gegen die unverheiratete Kleinerin Lina Schauer wartete. Das Erscheinen des aus seiner schließlichen Heimat extra zu der Verhandlung gekommenen B. hing mit einem Vorfall zusammen, der ihm schon mehrere schloßlose Nächte bereitet hatte und der vor seiner teuren Gattin auf das strengste geheimgehalten werden mußte. Dies war so gekommen: Eines Tages Ende Februar hatte B. geschäftlich in Berlin zu tun. Genosse Ergänzungen am heimatischen Stammtische über keine Vergnügungen in dem „Sündenpfuhl“ Berlin beantragten ihn, sich noch diverse blaue Scheine, von denen „Nutter nichts mußte“, einzusteken. Der „geschäftliche Teil“ der Reise nach Berlin war in einer halben Stunde erledigt und nun hieß es bei ihm „immer rein ins Vergnügen“. Nachdem er bei Kempinski in genügender Weise für des Leibes Nahrung und Notdurft gesorgt hatte, machte B. einen kleinen Friedrichstraße-Rummel. Als er vor einem Schaufenster interessiert stehen blieb, wurde er von einer netten jungen Dame mit den Worten: „Na, Diederich“ angeredet. Die anfängliche Scheu verschwand nach und nach, so daß B. schließlich die Mühseligkeit, seinen Arm um die Taille seiner Begleiterin zu legen. Diese Pärlichkeit mußte er allerdings mit einem teuren seidenen Japon bezahlen, den er in einem Geschäft in der Friedrichstraße kaufen mußte, da die holländische Schöne erklärte, ohne diesen nicht leben zu können. Der Abend wurde im Metropoltheater zugebracht und hieran schloß sich noch eine nächtliche Studienfahrt durch verschiedene Weinstuben und Cafés. Als B. am nächsten Morgen in einem kleinen Hotel erwachte, hatte er das Gefühl, als ob sein Kopf unter einem Dampfhammer läge. Erst nach und nach stießen ihm dann einzelne Erlebnisse der Nacht wieder ein. Seine Begleiterin war verschwunden und nur ein zarter Parfümhaut, der sich noch in dem Zimmer befand, erinnerte noch an ihre ehemalige Anwesenheit. Zu seinem Schrecken vermehrte er plötzlich seine Briefschätze, in der sich über 300 M. befunden hatten. Er kombinierte ziemlich logisch, daß dieses Verschwinden mit seiner Begleiterin in einem Zusammenhange stehen mußte und ging zur Polizei. Dieser gelang es, die liebeswürdige junge Dame in der Person der jetzigen Angeklagten Schauer zu ermitteln. — Vor Gericht war die S. geständig. Das Urteil gegen sie lautete auf 6 Wochen Gefängnis.

Verammlungen.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen hielt am Mittwoch in den Arminalhallen eine außerordentliche Mitglieder-versammlung ab, in der als erster Punkt die Bedeutung der Heimarbeitsausstellung zu Frankfurt a. M. auf der Tagesordnung stand. In der Ueberzeugung, daß die Befestigung der Ausstellung für die Agitation wie für Verhandlungen mit den Arbeitgebern von Nutzen sein werde, hatte eine frühere Mitgliederversammlung beschlossen, drei Kollegen dorthin zu senden, von denen nun Kunde über die gemachten Erfahrungen berichtet. Sein Urteil war im allgemeinen, daß wohl das wissenschaftliche Komitee, das die Ausstellung veranstaltete, ehrlich bestrebt gewesen sei, die Wahrheit ans Licht zu bringen, daß aber gleichwohl die Ausstellung in Frankfurt kein unparteiisches Bild von dem Wesen der Heimarbeit gäbe, was man seinerzeit der Heimarbeitsausstellung in Berlin mit Unrecht zum Vorwurf gemacht habe. Der Redner zeigte dann an verschiedenen Beispielen, wie dort das Publikum über die tatsächlichen Verhältnisse im Unklaren gehalten und getäuscht wird. Unter anderem bemerkte er, daß auf den Etiketten an den einzelnen Gegenständen mit dem Worte „Rebenerwerb“ ein gewisser Unfug getrieben werde und erwähnte z. B. eine ausgestellte Pelermine, von der die Etikette sagt, daß sie 4½ Stunden Arbeit erfordert, daß die Frau, die sie hergestell, 18 Stück wöchentlich fertig macht, und diese 81 Stunden die Woche dauernde Arbeit als „Rebenerwerb“ bezeichnet. Zu dem Bericht über die Verflechtungsindustrie in Nr. 93 des „Vorwärts“, worin gesagt wird, daß durch die bei Konfektionsarbeiten aus Uffschaffenburg angebotenen Stundenlöhne von 70 bis 84, ja bis 91 Pf. niemand, der die wirklichen Verhältnisse kenne, getäuscht werden könne, erklärt der Redner, daß diese Löhne wohl an sich durchaus richtig angegeben seien, nur habe man vergessen zu bemerken, daß nicht eine, sondern 4 Personen sie durch gemeinsame Arbeit verdienen. Bei den Kleidungsstücken aus Uffschaffenburg seien überhaupt nur Gruppenstundenlöhne angegeben, ohne daß im einzelnen zu erkennen sei, wie vieler Personen Arbeit in den Lohnsätzen steck. Ferner wies der Redner darauf hin, wie irreführend es wirkt, daß so viele Heimarbeiter als Hausbesitzer, Landwirte usw. bezeichnet werden, obwohl sie doch meist nur eine elende Hütte besitzen, oder in Wirklichkeit nicht einmal besitzen, so daß sie eben vor Wohnungsmietern nichts voraus haben, als daß sie statt vieler Hypothekengelder zahlen müssen. Daß die Begleiterschritt zur Ausstellung von diesen „Hausbesitzern“ sagt, daß sie vielfach, wenn Krankheit oder anderes über sie hereinbricht, der Armenpflege anheimfallen, läßt ja schon erkennen, wie es mit ihrer Wirtschaftslage bestellt ist. Der Redner kam zu dem Schluß, daß von bürgerlichen Sozialpolitikern, mögen sie noch so wohlmeinend sein, keine irgendwie durchgreifende Besserung der Zustände zu erwarten, sondern daß dazu vor allem eine starke Organisation der Heimarbeiter notwendig ist.

Zu dem Vortrag, der allgemeinen Beifall fand, gab Knood noch einige Ergänzungen. Er erwähnte auch, daß es in Frankfurt an Personen fehlt, die dem Publikum die nötigen Aufklärungen zu den Ausstellungsgegenständen geben, wie es in Berlin durch die Vertreter der verschiedenen Organisationen geschah. Dann berichtete Kunde über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wegen der Feiertagsbegleichung der Tagelöhner. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit dem in Nr. 105 des „Vorwärts“ mitgeteilten Beschluß der Tagelöhner einverstanden.

Die Führer hielten am Mittwochabend in den Arminalhallen ihre Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer Lehning erstattete Bericht vom 1. Quartal 1908. Die geprüfte Abrechnung

ergibt für die Laokasse eine Einnahme von 88 326,72 M. (inkl. Kassenbestand vom letzten Quartal 80 924,45 M.). Die Ausgabe beträgt 6881,87 M., darunter stehen 2934,65 M. als Krankenunterstützung verzeichnet, somit bleibt ein Bestand von 79 444,85 M. Die Hauptkassen bilanzieren mit 5718,38 M. Die Mitgliederzahl beläuft sich am Quartalschluss auf 2023. Die Namen einer Reihe von Mitgliedern, die wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mussten, wurden verlesen.

Zu der Maltausperrung gab der Vorsitzende Ernst Schulze einen Bericht, in dem er betonte, daß die Aussperrung trotz der Drohungen der Unternehmer nur einen geringen Umfang angenommen hat und daß in der Mehrzahl kleine, unbedeutende Unternehmer sich damit nicht weiter bekümmerten. Als ausgesperrt meldeten sich am Sonntag 73, am Montag 49, am Dienstag 42, am Mittwoch noch 32 Kollegen. Die Versammlung beschloß, daß die Aussperrten vom 2. Mai ab die statutenmäßige Unterstützung erhalten; ferner stimmte die Versammlung dem Vorschlag des Vorstandes zu, daß jeder, der bis zum 16. Mai die Unterstützung nicht erhoben hat, den Anspruch darauf verliert. — Der Vorsitzende Schulze machte darauf aufmerksam, daß von jetzt ab öfter Bau- und Arbeitervertreter zu entsenden seien, da man sich davon einen guten agitatorischen Wert versprechen könne. Die Arbeiter werden aufgefordert, überall Bau- und Arbeitervertreter zu wählen, die Wichtigkeit dieses Postens nicht zu unterschätzen und sich geschloffen hinter ihrem Vertretenen zu stehen. Lehning trat mit großer Energie dafür ein, daß wieder eine kräftige Agitation für die Organisation einsetzt müsse, um manche Missethäter, die auf den Ganten in letzter Zeit eintrifft, wieder zu beiseitejagen. Mit der Zwangslage, die durch die schlechte Baukonjunktur geschaffen ist, werde jetzt vieles entschuldigt, aber man dürfe nicht vergessen, daß sich jetzt die Nachgiebigkeit gegenüber den Unternehmern später bitter rächt. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß die Bureau der Puffer am 2. Juni wegen der Landtagswahl geschlossen bleiben.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. SW., Alexanderstr. 28. Gedruckt täglich von 8 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—11 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. — Die Lesesäle-Bibliothek ist bis auf weiteres geschlossen. **Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 10. Mai, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Rappell-Platz 15/17: Freireligiöse Versammlung — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule Kleine Franzfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille über: „Neues über die Rathe vom Gerichtshof.“ Damen und Herren sind als Gäste sehr willkommen. — Sonntag, den 11. h. M., abends 8 Uhr, Seebahnstr. 39: Besprechende Versammlung (nur für Mitglieder mit weißer Kutte). Wichtige Tagesordnung. Vereinbarung der Statuten.

Verzin der Buchbinder und Schriftsetzer zu Rigdorf-Str. 4. Heute abend 9 Uhr in Lokale des Herrn Doppes, Detmoldstr. 4/5/6.

Verzin der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend (Abteilung Charlottenburg). Heute abend 9 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Vermischtes.

Die Massenmörderin von Laporte.

Neueren Meldungen zufolge sind bei den Ausgrabungen in Laporte (Indiana) nicht fünf, sondern bisher dreizehn Leichen in dem Grundstück der Farmerwitwe Guinney gefunden worden. Die Polizei ist jetzt überzeugt, daß der in dem abgebrannten Hause gefundene loslose Rump nicht Mrs. Guinney ist, da diese viel größer und stärker war; sie ist eine Norwegerin von 47 Jahren und von enormer Körperkraft. Die meisten der von ihr Ermordeten haben Löcher wie von einer Spitzhahn im Schädel. Die Polizei glaubt, daß die Mörderin in Laporte verborgen ist. Ein unter dem Verdacht der Missethat verhafteter Inspektor des Gutes, James Lamphere, erklärt sich für unschuldig und leugnet jede Mitwisserschaft. Er berichtet, daß Mrs. Guinney ein geheimes Gemach hatte, eine Art Kosterkammer, die sie stets verschlossen hielt. Hier wurden die Opfer des Mordes eingeschlossen und abgeschlachtet.

Eine Meldung aus New York hierüber besagt: Die Mörderin Mrs. Guinney in Laporte soll nach den neuesten Meldungen fünfzehn Menschen ums Leben gebracht haben. Neuerdings wird behauptet, daß der Farmer nicht ihr Helfershelfer war, daß dieser sie nicht tötete, sondern daß die Mörderin einfiel, nachdem sie ihre eigenen drei Kinder ermordet hatte. Die beiden unter verdächtigen Erscheinungen ums Leben gekommenen Gatten der Frau waren verschickt gewesen. Die Frau hat wahrscheinlich eine europäische angereizt.

Die Korruption. Russische Geheimpolizisten. Die regierungsfeindliche Zeitung in Kiew „Riwostjani“ berichtet, daß dank den freundschaftlichen Beziehungen der Geheimpolizei zu Gaunern aller Art Kiew das Dorado der Diebe und Spitzbuben geworden sei. Die Geheimpolizei verhalte sich zu allen möglichen Verbrechen völlig teilnahmslos. Wenn man einen Diebstahl melde, werde man ungeduldig angehört und die Sache nicht weiter verfolgt. Der Polizei gelang es, den „König der Diebe“, Gorenstein, der seit Monaten in Kiew

unbehindert die freiesten Diebstähle vollführte, zu verhaften. Er wurde der Geheimpolizei übergeben, die ihn sofort wieder freiließ, worauf der „König der Diebe“ der Stadt wohlweislich den Rücken kehrte. Ein bekannter Dochtapler namens Lebmann wohnte in demselben Hotel, in dem der Chef der Geheimpolizei Aljanow lebte. Lebmann verkehrte auf freundschaftlichem Fuße mit Aljanow. Als Lebmann einem im Hotel abgetragenen Kaufmann Wittkind 5000 Rubel abgeschwindelt hatte und dieser Anzeige machte, entfernte Aljanow den Wittkind unter einem nichtigen Vorwand aus dem Hotel, so daß Lebmann unentdeckt ungehindert einsteigen konnte. Mit den „berühmten“ Taschendieben arbeitet die Geheimpolizei auf Teufelspann; dafür muß sie sorgen, daß die Taschendiebe ungestört ihrer Profession nachgehen können. Die Geheimpolizisten machen sogar fremde Taschendiebe mit Theatern und anderen Dertlichkeiten bekannt, wo sie operieren können, und die Geheimpolizisten sehen — Schmirre.

Briefkasten der Redaktion.

Die kirchliche Erbschaftsbesetzung des Lindenberg Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen. **Friedrich** wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. **Geöffnet 7 Uhr** Sonnabends beginnt die Erbschaftsbesetzung um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bitte Fragen tragen man in der Erbschaftsbesetzung vor.

N. 100. 1. Ihre Frau kann Widerlage erheben: Sie legt schriftlich den Sachverhalt dar, erklärt, daß sie Widerlage erhebt, die Bestrafung des Klägers beantragt, benennt ferner die Zeugen und beantragt, diese zu laden. 2. Ja. 3. Nein: Für den Fall einer Widerlage ist Sühnetermin nicht erforderlich. — **G. B. Friedmann.** Wenn Sie die Vereinbarung beweisen, wird die Klage voraussichtlich abgewiesen. — **H. G. 76.** 1. bis 5. Nein. — **M. N. 27.** Die Reklamation hat keine Aussicht auf Erfolg. — **G. B. 500.** Eine allgemeine Vorschrift über die Breite eines Hausflurs besteht nicht. Die bauliche Veränderung brauchen Sie sich nicht gefallen zu lassen, wenn nicht etwa ausdrücklich in Ihrem Verträge vereinbart ist, daß der Mieter solche Veränderungen sich gefallen lassen muß. — **W. B. 100.** Der alte Vertrag läuft weiter. — **Handwerker OS.** 1. Ja. 2. Mit 10 M. für ein halbes Jahr. — **N. 28.** Eine Reklamation gegen die Doppelveranlagung zur Staatssteuer hätte Erfolg. Gelingen in Ihrem Fall nicht eine solche gegen die Veranlagung zur Kommunalsteuer in beiden Städten. — **M. N. 64.** Der Schlichter ist zur Herausgabe der Sachen verpflichtet; Sie würden beim Amtsgericht auf Herausgabe klagen können. Er könnte auf Zahlung des Arbeitslohnes klagen. Der Verlust der Klage ist im wesentlichen vom dem Urteil des Schlichters abhängig, das sich niemals vorauslagern läßt. Ist das Urteil in der Tat so verurteilt, daß eine Veränderung unmöglich ist, so würden Sie Ersatz für den Stoff verlangen können, müssten dann aber das Geld dem Schlichter lassen. — **N. 10.** Die Akten würden auf Grund des Zahlungsversprechens vorläufiglich zur Zahlung verurteilt werden. — **W. B. 100.** Den Offenbarungseid würden Sie auf Verlangen des Gläubigers leisten. Durch die Leistung verlieren Sie keinerlei Rechte. Keineswegs wird ein Schuldner deshalb, weil er nicht zahlen kann, bestraft. Die Schuldhaft ist in Deutschland seit 41 Jahren aufgehoben. — **Z. 3.** 1. Ja. 2. Nein. — **G. 301.** Wenden Sie sich direkt an die betreffenden Gesellschaften. — **M. N. 31.** Ja. Das Amtsgericht ist zuständig, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt. — **Z. 3.** Liegt gesundheitsgefährdende Feuersicherheit vor, so sind Sie zum Rücktritt vom Dienstvertrage berechtigt und können vollen Schadenersatz verlangen. — **N. W. 4.** Klage könnte erhoben werden, sie wäre aber abzuweisen, wenn angenommen wird, daß die damalige Vereinbarung eine Nachzahlung war. — **W. B. 100.** Die Eltern und das Kind werden erben, es ist deshalb ratsam, ein Testament zu machen. Ein eigenhändig geschriebenes, datiertes und unterschriebenes Testament genügt. Anleitung und Beispiele für ein solches finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeitervorteil“ beigegebenen Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **Hermann W. 67.** 1. Ja. 2. Nein. — **N. W. 450.** Die gerichtliche Form ist nicht erforderlich. 2. Ohne Aufforderung nicht. 3. Ja. — **H. N. 5.** 1. Ohne Einwilligung des Sohnes nein. 2. Ja. — **H. 53.** Die Forderung ist verjähr. — **C. R. 999.** Berlin. — **G. N. 100.** Ja. — **Teget 38.** Seit dem 1. Januar 1908 haben Sie keine Kirchensteuer mehr zu zahlen. — **S. P. 3.** 4 bis 36 M.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Königl. Marktblaues-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch la 66—68 pr. 100 Pfd. IIa 60—65, IIIa 54—58, Sülzenfleisch la 62—66, IIa 50—60, Kühe, jeit 45—56, da. mager 30—40, Fresser 48—56, Küsten, dänische 40—61, Strohfleisch, Doppelsteiner 110—120, Rindfleisch la 88—95, IIa 76—86, Räder ger. gen. 55—70, da. holz 50—55, Hammelfleisch 71—74, Hammel la 63—67, IIa 57—62, ungar. 0,00, Schafe 50—55, Schweinefleisch 82—60, Rindfleisch per Pfd. 0,75—1,00, Rindfleisch per Pfd. 0,55—0,62, Wildschweine, per Pfd. 0,90—0,50, Frischlinge, per Pfd. 0,45—0,50, Kaninchen, Stück 0,90—1,00, Kalbenschätze, junge, Stück 2,25—3,00, Birchhähne Stück 1,90—2,00, Hühner, la per Stück 1,80 bis 2,50, dito IIa Stück 1,00—1,60, dito Bologna, Stück 0,90—1,60, Hamburger Hähne, Stück 0,70—0,85, Roullets 0,75—1,50, Kapaunen, denische, per Stück 0,00, Tauben, junge, Stück 0,40—0,55, dito alte 0,25—0,40, dito Italien, 0,00, Enten, per Pfund 0,00, dito per Stück 0,50—3,00, dito Hamburger, per Stück 2,75—4,00, Gänse per Pfd. 0,00, da. junge 0,75—1,07, Puten la per Pfd. 0,00, da. IIa und alte 0,50, Gänse, per 100 Pfd. 94—109, da. matt 85, da. groß 46, da. groß—mittel 0,00, da. klein 107—14, Gänse, groß—mittel 0,00, da. matt, groß 100, Schote holz 99—100, dito ungarisch 105—121, dito klein IIa 80—93, Nale, mittel 115—120, groß 117—126, da. ungar. 65—72, Karpfen 65 bis 72, Korbdom 40—50, Röhren 0,00, dito groß 0,00, Wand 0,00, Karuschen 90—103, Weis 41, Bunte Hühne 50—77, da. matt, klein 13 bis 15, Sarje 0,00, da. klein 0,00, Bleie 0,00, Bleischne 0,00, Cuappen klein 0,00, Winter-Rheinische, p. 100 Pfd. 0,00, Amerikan. Lachs la, p. 100 Pfund 110—130, da. IIa 90—100, Seelachs, p. 100 Pfund 16—25, Stünder, Kieker, Steige la 2—6, da. mittel, Seite 0,00, da. Hamb. Steige 3—6, halbe Seite 2—3, vomn. la Schod 0,75—2,00, IIa

0,00, Bäcklinge, dänische der Maß 2—2,50, Kieker 0,00, englische 0,00, Straußbier 2,50—3,00, Sprossen, Danziger, Kiste 0,00, da. Biengewald, 0,00, Nale, groß per Pfd. 1,10—1,40, da. mittelgroß 0,90—1,10, klein 0,60—0,90, Deringe per Schock 3,00—9,00, Schellische, Kiste 8,00—8,00, dito 1/2, Kiste 2,00—3,50, Sardellen 1903 er per Kiste 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 92, Schottische Solberringe 1905 0,00, large 40—44, full 38—40, mod. 38—42, deutsche 30—40, Deringe, neue Ratze, per 1/2, K. 0,00, Sardinien, russl., Kiste 1,50—1,60, Straßbier jeig 1,20—1,40, da. Böhme (4 Liter) 1,40—1,76, Reunangen, Schodlag 8, da. kleine 4—5, da. Kisten 10, Kiebs per Schock 0,00, große 19,58—26,50, da. mittelgroße 17, blo kleine 6,50—7,00, da. uml. 19,50, Salziger, klein 0,00, Seemuscheln 100 St. 1,00, Eier, Land, unfortiert per Schock 3,10—3,30, da. große 3,40—4,00, Butter per 100 Pfd. la 124—126, IIa 122—123, IIIa 115—120, ablaufende 108—114, Saurer Kasten Schod 4,50—5, Westergarten Schod 4,50—5, Kartofoeln per 100 Pfund Daberidge 3,40—3,75, weiche runde 3,00—3,25, mag. bon. 3,25—3,60, Vorre, per Schock 1,00—1,75, Meerrettich, Schock 8—14, Spinat per 100 Pfund 5—10, Sellerie, per Schock 8—25, da. pommerischer 0,00, Zwiebeln per 100 Pfund 7,50, Petersilie, grün, Schodbund 0,80—1,00, Rettich, baprischer, per Stück 0,00, junge, 100 Stück 10—14, Roggruben, 100 Pfund 4,00—6,80, Karotten, per 100 Pfund 0,00, Birkenzucker, holl. v. Schock 0,00, Koffel, Schock 0,00, Weisfisch, dän. p. 100 Pfd. 8—10, Klammfisch, holl. 100 Stück 0,00, da. Erharder 0,00, da. italienischer 100 Stück 0,00, da. in Röhren 18 Stück 2,00—2,50, Kofelzoll, franz., per 100 Pfund 0,00, Grünzoll 0,00, Kofelzoll, Schock 5,00—7,00, Peterblümzucker, per 100 Pfd. 6,00—7,00, Schockbund 0,00, Sanktlauch, Schockbund 0,50—1, Tomaten, tanar., per Kiste 3,50—6,00, Kote Röhren, per 100 Pfund 0,00, Rhabarber 100 Pfund 2,00—3,00, Rabarber 30 bis 40, Röhren 0,00, Gafarol, 100 Stk. 0,00, Erdbeeren, 100 Stk. 0,00, Radisosen, Schock 1,00—2,00, Waldmeister, Kandel 0,40—1,00, Pflaumeln 80—80, Sproßzoll, 100 Pfd. 10—15, Birnen, Kochbirnen hiesige, per 100 Pfd. 6—10,00, Tafelbirnen la 30—35, da. IIa 6—17, Stallener la 25—28, da. IIa 18—20, Kiebs, per 100 Pfund, Tröler la 28—28, da. IIa 0,00, da. Iste, per 100 Pfund 0,00, da. in Röhren 120 Pfd. 30—50, Koffel, holl., 100 Pfd. 3—14, Koch 5—12, Tafelapfel la 15—28, da. IIa 0,00, Amerikaner, per Maß 12—28, Stallener, Iste, 100 Pfd. 8—14, da. in Röhren per 100 Pfd. 10—15, da. in Röhren 20—26, Weintrauben, Algerien, per Maß 0,00, Kamas 1, per Pfund 0,70—0,75, da. II 0,60, Bananen, tanar., per 100 Pfd. 28—30, Jamaica 23,00—26,00, Karotten, italienische, per 100 Pfund 0,00, Kiebs, Kranz, per 100 Pfd. 0,00, da. Krammel, per 100 Pfd. 40, da. in Röhren 32—40, Traubenrosten per 100 Pfd. 0,00, Birnen, Kiebs, 300 Stück 7,00—10,00, da. 360 Stück 5,00—8,00, da. 200 Stück 0,00, da. 150 Stück 0,00, Kiebsstein, Blut 200 St. 9,00—11,00, da. Blut 200 Stück 10,00—12,00, da. Valencia 430 Stück 18,00—24,00, da. 714 Stück 28—30,00, da. Röhren 160 Stück 9—11,00, da. 200 Stück 10—12,50, da. 300 Stück 10—13,00, da. Siall 100 Stück 6—8,00, da. 150 Stück 7—8,00, da. 80 Stück 5,00—7,00, da. 160 Stück 10—15, da. 200 Stück 14—15, da. Koffel, 0,00, Tee, per 100 Kart. 00, da. per 10 Pfd. 6,00, da. Koffel 100 Pfund 28—30.

Witterungsübersicht vom 8. Mai 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Tempe- ratur	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Tempe- ratur
Zwinnende	769 B	4 beiter	9	10,6	Ladarnanda	750 B	2 bebedt	1	11
Hamburg	761 B	3 bebedt	8	10,5	Petersburg	758 B	1 wolken	2	11
Berlin	762 B	3 beiter	10	10,5	Scia	759 B	5 bebedt	11	11
Kranf.a.R.	764 B	2 liegen	9	10,5	Aberdeen	752 B	2 bebedt	8	11
Bünden	767 B	4 halb bb.	11	10,5	Caris	765 B	3 bebedt	13	11
Wien	765 B	3 molyht	13	10,5					

Wetterprognose für Sonnabend, den 9. Mai 1908.
Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber veränderlich, mit leichtem Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	Zeit	Wasserstand	am	Zeit
	7.5	6.5		7.5	6.5
Wemel, Mühl	329	—	Salz, Großhly	189	+3
Regel, Rusterburg	97	—12	Gabel, Ebendanz	118	+2
Weichsel, Thom	208	—2	Speck, Spremberg	165	0
Oder, Ratibor	259	+60	Speck, Spremberg	99	0
• Krossen	170	0	Reckow, Rüdow	145	+2
• Frankfurt	175	+1	Reckow, Rüdow	46	+10
Bärte, Schimm	62	0	Reckow, Rüdow	122	—4
• Landsberg	55	0	Reckow, Rüdow	438	+38
Rehe, Boddamm	81	—1	• Rüb	288	+10
Gide, Leitmeritz	61	+14	• Rüb	323	—8
• Dresden	—8	+11	Reckow, Rüdow	241	+30
• Rarbo	237	+1	Reckow, Rüdow	172	0
• Magdeburg	199	+2	Reckow, Rüdow	140	+12

***) = Bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unteregel**
Nach telegraphischer Meldung ist die Ober bei Ratibor außerordentlich rasch gestiegen, der Wasserstand betrug daselbst gestern um 5 Uhr nachm. 444, heute um 8 Uhr vorm. 592 cm. Der Strom überschritt heute morgen bereits das mittlere Hochwasser, es scheint jedoch, daß eine erhebliche Verklärung durch die unterhalb Ratibors befindlichen Rebensläufe nicht stattfinden wird.

Ausnahmepreise
für Lieferungen im Mai, Juni, Juli.

A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
gegründet 1893.
Saubr-Kontor und I. Geschäft:
Berlin D. 34, Braunsbergerstr. 16,
II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.
Preise für nur 10 Marken ab May
von 10 Str. an:
Prima la Halbheine (bekannte
Matten). pr. Str. 87 Pf.
• Gerblinaud-Brilleits
pr. Str. 87 Pf.
• Anna od. Waldmannsheil
pr. Str. 89 Pf.
• Pfännerschaft 91 Pf.
• la Diamant pr. Str. (110
bis 120 Stk.) . . . 95 Pf.
• la Aile o. Aisw. pr. Str. 95 Pf.
• la Anthrazit Cadep. 2,20 Pf.
Kofe, Streitkohlen usw. zu den
billigsten Tages- und Konvention-
preisen. Anlieferung frei Keller je
nach Quantum pr. Str. 10—15 Pf.
mehr. — Bei Originalanwendung und
größerer Abschlägen verlangen Sie
meine Spezial-Offerte.

Robert Bohn
Bessere
Herren-Garderoben
Kiesen-Auswahl.
Spottbillig
fertig u. nach Maß.

Germania-Industrie
Oranienburger Str. 1
(Hackescher Markt).
M. 52,—
mit Pneumatik.
Solange Vorrat an Pneumatik
ans Gelegenheitskauf reich:
einzelne Decke . . . Mk. 2,90
einzelner Schlauch . . . Mk. 1,90
Oel-Laternen 25 Pf.
Glocke 15 Pf.

F. J. Emil Schmidt,
Restaurant,
Lindenstr. 3, 2 Hof part.
Sonntags nachm. von 5 Uhr:
Gemüthlicher
Familien-Knatsch
Küche z. Verz. 30—120 Ver.
Jahrl. h. Metallarb.-Verz. Zahlsch. b.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
dicht am
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4.

JEDER HERR
welcher Wert darauf legt, einen eleganten Anzug oder Paletot fertig oder nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei der Firma

LESKE & LEHRER
Spezialhaus eleganter Herren- u. Knabenbekleidung
— fertig und nach Maß —
Bekleidung für sämtliche Berufe. —
78 Kottbuser Damm 78

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
ir achten auf tadelloser Verarbeitung und guten Sitz.
ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Wir bringen eine unerreichte Auswahl in Frühjahrs-Anzügen Frühjahrs-Paletots.
Unerreicht groß ist unser Lager in Stoffen zur Anfertigung seiner Herren-
Hoden nach Maß. Sämtliche Sachen werden in eigenen der Neuzzeit entsprechend
eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt. Unsere
Abteilung „Anfertigung nach Maß“ ist einzig dastehend. Wir richten an unsere Kunden
die ergebenste Bitte, die Bestellung rechtzeitig zu übergoben, damit wir in die Lage
gesetzt werden, die bei uns bestellten Maßsachen auf das sorgfältigste verarbeiten zu können.

Lieferanten an Vereine und Einkaufsgenossenschaften.

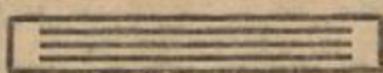
Eine Mark
wöchentliche Teiltrahlung liefert
elegante fertige Herren-Moden
Massenfertigung, feinste Verarbeitung.
Grosses Stofflager.
Bestklassige Schneider-Werkstatt
im Hause.

Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Ware-Kredithaus.
J. Kurzberg,
Rosenthalerstr. 40-41, 1
(Hackescher Markt) und
An der Jannowitzbrücke 1, 1
Bahnhof Jannowitz-
brücke.

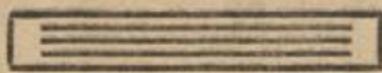
Neu! Täglich von 8 Uhr morgens:
Der Kaiser's, oder: Der
leichter Vers noch mal!
Eintritt frei.
Restaurant z. Ringbahnhof Schönberg
Charlosterstr. 6. 1921b

Feuersteins Festsäle, Alte Jakobstr. 75,
Inh.: W. Kube.
Empfehle meine Säle zu jeder Art Feischheiten und Versammlungen. Alle
Commerze prachtvoller Garten mit Büdne und Stauffelüge noch zu einigen
Sonntagen ohne Bedingungen zu vergeben. Berlupr. Amt I Nr. 867 2*

Englischen Unterricht,
einzeln und im Circle, erteilt 36372*
Gertrud Swienty,
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.



neuer Tarif



in Kraft, welcher unter Verkürzung von Teilstrecken folgende Fahrpreise festsetzt:

Teilstrecke 5 Pf., Ganze Strecke 10 Pf.

Die am 20. ds. Mts. noch im Besitz der Fahrgäste befindlichen Fahrscheinhefte zu 30 Pf. behalten für Teilstrecken ihre Gültigkeit. Auf Wunsch können diese Hefte bei unserer Hauptkasse, Wilhelmstraße 9, gegen bar umgetauscht werden.

Vom 1. Juni ab werden persönliche **Monatskarten** für die einzelnen Pferdeomnibuslinien zum Preise von **6,- M.** ausgegeben. Die Karten berechtigen zu beliebig häufigen Fahrten mit allen fahrplanmäßigen Wagen in den Straßenzügen der betreffenden Linie. Falls in diesen Straßenzügen noch Pferdeomnibusse anderer Linien verkehren, dürfen auch diese benutzt werden, soweit sich diese Linien mit der abonnierten Strecke decken. Die Bedingungen sind vom Dienstag ab von unserem Zentralbureau, Wilhelmstraße 9, und bei den Schaffnern zu beziehen.

Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft.

Billigste Dampfer Extra-fahrten.
 Sonntag, den 10. Mai 1908
 nach **Waltersdorfer Schleuse**
 früh 9 Uhr einfache Fahrt } ab **Schillingsbrücke**
 50 Pf.
 nach **Wernsdorfer Schleuse**
 früh 9 1/2 Uhr; Einfahrt 50 Pf., Rückfahrt 50 Pf.
 Nachmittags von 2 Uhr } nach **Restaurant „Kyffhäuser“**
 an halbtäglich, einfache Fahrt 30 Pf. **Reederei Rob. Tismer.**

Wernsdorfer Schleuse **Gosener Berge**
Große Dampfer-Extra-Fahrt
 Morgen Sonntag, den 10. Mai.
 Abfahrt 9 1/2 Uhr früh } ab **Schillingsbrücke**
 Einfahrt 50 Pf., Rückfahrt 50 Pf.
 Hierzu ladet ein **Piehl, Restaurant zum Oder-Spree-Kanal.**

JULIUS LINDENBAUM
 Große Frankfurter Straße 141 Ecke Fruchtstraße.
 Billigste, feste Preise.
Herrn- u. Knabenbekleidung
 in größter Auswahl, vom einfachsten bis zum elegantesten Genre vorzüglich.
Neueste Stoffmuster Modernste Fassons
Spezialität
 Anfertigung nach Maß in eigenen Werkstätten.



Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung Herren Garderoben
 Anfertigung nach Maass. Julius Fabian, Schneidermeister, Gr. Frankfurterstr. 37, Eingang Straßberger Platz.

Hygienische Bedarfsartikel.
 Gummisachen, 10000 Anerk. V. Prof. u. Aerzt empf. bill. Apoth. S. Schwitters Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 60-70. Preis gratis.

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (seitgedruckt) 20 Pf. Stellenanzeige und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (seitgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 67, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.
 Teppiche mit farbenfehlern Abdrücken...
 Pfandleihanstalt, Köpenickerplatz 7...
 Federbetten, Stand 11,00, große 16,00...
 Teppiche (sehr schöne) in allen Größen...
 Steppdecken (portabil), Federbetten...
 Bekannmachung! Spottbillige Einzahlung...
 Anzüge, Paletots nach Maß...
 Gastrosen, Petroleumlampen ohne Einzahlung...
 Bekannmachung. Umbau...
 Valetots, Monatsgänge, wenig gewasene...
 Geschäftsverkäufe.

Monatsgänge und Sommerpaletots von 5 Paar...
Pfandleihanstalt Köpenickerplatz 7...
Wir schenken auf Hermann Schilling...
Monatsgarderobenhaus. Hoch...
Monatsgarderobenhaus. Elegante...
Stüpermaschine 10,00...
Kinderwagen, Sportwagen...
Teppiche, Portieren, Tischdecken...
Pianino, wie neu, verkauft...
Sportwagen, zweifach, Verdeck...
Anzüge, Paletots aus feinsten...
Wärrerhäft, gutgehend, ver...
Geschäftsverkäufe. Gestalt, gutgehend...
Portierstall in Roßb. mit...
Wärrerhäft, gutgehend, ver...

Restaurations, allererste Lage...
Schlosserei, Spezialarbeit...
Wiederherstellung, gutgehend...
Schlafzimmer, komplett...
Salon, gute Arbeit...
Wiederverkauf sofort 4 Zimmer...
Speisezimmer, Gänge, komplett...
Dame verkauft sofort 4 Zimmer...
Möbelverkauf! Durch günstigen...
Im Möbelkaufhaus Lindenstraße...
Möbelverkauf! Durch günstigen...
Im Möbelkaufhaus Lindenstraße...

Fahrräder.
Gerrenfahrrad, Damenfahrrad...
500 gebrauchte Fahrräder...
Fahrräder, Gramophone...
Fahrräder, auch bester...
Herrenfahrrad, hochgeparnt...
Herrenfahrrad, hochgeparnt...
Herrenfahrrad, hochgeparnt...
Herrenfahrrad, hochgeparnt...
Herrenfahrrad, hochgeparnt...
Herrenfahrrad, hochgeparnt...

Charlottenburger Fahrrad...
Herrenfahrrad verkauft...
Herrenfahrrad, hochgeparnt...
Herrenfahrrad, hochgeparnt...
Herrenfahrrad, hochgeparnt...
Herrenfahrrad, hochgeparnt...
Herrenfahrrad, hochgeparnt...

Zimmer.
Möbliertes Zimmer...
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Stellenangebote.
Verschiedenes.
Vatensanwalt Bessel...
Im Arbeitsmarkt durch...
Bootsbauer
Achtung! Klavierarbeiter!
Achtung! Klavierarbeiter!
Vermietungen.
Stellung für 1 bis 2 Pferde...
Bei der Firma Gregoriet, Köstr. 67.